


2. Heft | 29. Januar 1914

## WILHELM KOLB · DIE MILITÄRFRAGE UND DIE SOZIALDEMOKRATIE

ANGSAM und immer nur nach Überwindung mehr oder weniger heftiger innerer Konflikte hat sich die Sozialdemokratie von dem Prinzip der Negation in der Politik losgerungen, um zur positiven Reformpolitik überzugehen. Nur in einem Punkt hielt sie bis vor wenigen Monaten an dem starren Negationsprinzip fest: in ihrer Stellung zur Militärfrage. Der Grundsatz »Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!« war zum politischen Dogma geworden, an dem zu rütteln früher niemand gewagt hätte. Und nun ist auch dieser Grundsatz durchbrochen, die Sozialdemokratie hat zum erstenmal Geld, und zwar nicht wenig Geld, für das Heer bewilligt. Darüber ist es auf dem Jenaer Parteitag zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Die große Mehrheit des Parteitags billigte die Haltung der Fraktion. Allein die Resolution, die dort angenommen wurde, leidet an einem innern Widerspruch, wie alle die Resolutionen, durch die man einen Kompromiß zwischen der Taktik der Negation und der Taktik der positiven Reformpolitik herbeizuführen versuchte. Solche Kompromißresolutionen haben nur immer neue Konflikte zur Folge. In dem fortgesetzten Kampf zwischen jenen beiden Prinzipien spiegelt sich die Entwicklung der Sozialdemokratie von der politischen Sekte zur politischen Partei. Je größer die Sozialdemokratie wird, um so vielgestaltiger werden ihre politischen Aufgaben, und um so häufiger werden infolgedessen die inneren Konflikte. Kamen früher solche Konflikte nur sporadisch vor, so stehen sie seit etwa anderthalb Jahrzehnten ständig auf der Tagesordnung. Und den Stoff für derartige taktische und prinzipielle Auseinandersetzungen liefern nicht nur die Fraktionen der Einzellandtage, auch die Reichstagsfraktion beteiligt sich in immer steigendem Maß daran. Sämtliche Resolutionen, durch die man die taktische und prinzipielle Einheit der Partei aufrecht erhalten zu können glaubte, sind nun bereits durchbrochen und in ihren Grundprinzipien angegriffen worden.

Die letzten Reichstagswahlen haben der Sozialdemokratie einen großen Erfolg gebracht, ihr damit aber auch ein ungewöhnliches Maß politischer Verantwortung auferlegt. In solchen Situationen lernen auch die intransigentesten Genossen sehr rasch politisch denken, wie dies das Beispiel des Abgeordneten Wurm zeigt, der sozusagen im Handumdrehen, wenn auch nur auf einem bestimmten, eng umgrenzten Gebiet, vom intransigenten Sau-

lus zum reformistischen Paulus geworden ist. Wie dem Abgeordneten Wurm so ist es auch der Mehrheit des Parteitags ergangen. Sie konnte sich der zwingenden Logik der Gründe nicht entziehen, die dafür sprachen, daß die Fraktion den Wehrbeitrag und einige anderen Steuern für die Heeresverstärkung bewilligte, sich aber ebensowenig wie der Abgeordnete Wurm dazu entschließen die sogenannte Budgetresolution unter den selben Gesichtspunkten zu betrachten, sie also aus den gleichen Gründen aufzuheben. Ganz im Gegenteil. Genosse Wurm und der Parteitag machten in ihrer Logik plötzlich halt oder bogen sie wieder nach der entgegengesetzten Richtung um. Man wollte das Prinzip der Negation wenigstens dem Schein nach wahren, und so wurde eine Resolution angenommen, deren beide Teile in handgreiflichem logischen Gegensatz zu einander stehen. Auf diese Weise hat man der *prinzipiellen* Budgetablehnung noch einmal eine Galgenfrist gewährt, damit aber zugleich die Schraube wieder angezogen, die die Sozialdemokratie daran hindert das volle Gewicht ihrer politischen Macht in die parlamentarische Wagschale zu werfen. Indes, so schwer es der Partei auch fallen mag: sie muß schließlich doch dahin gelangen das falsche Prinzip der Negation wie im einzelnen so auch im ganzen aufzugeben und aus ihrer tatsächlich reformistischen Taktik auch für ihr gesamtes politisches Handeln die logischen Schlußfolgerungen ziehen. Wird es doch in erster Linie von der Taktik der Sozialdemokratie abhängen, ob wir in der deutschen Politik in absehbarer Zeit aus dem Zustand der Stagnation herauskommen; denn ohne die Sozialdemokratie ist weder im Reich noch in den Einzelstaaten eine aktionsfähige parlamentarische Mehrheit für eine Politik des gesunden Fortschritts denkbar.

Das größte Hindernis für eine politisch aktionsfähige Linke in der Reichspolitik bildete bisher die Stellung der Partei in der Militärfrage. Und zwar entstanden die Schwierigkeiten hier viel weniger durch die Forderung unseres Programms die Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres zu setzen als durch das Dogma der einfachen Negation gegenüber dem bestehenden militärischen System, das als unantastbar galt. Diese absolute Intransigenz ergibt sich aber ebensowenig aus den Grundsätzen des sozialdemokratischen Programms wie sich daraus ohne weiteres die prinzipielle Budgetablehnung herleiten läßt. Beide Folgerungen sind vielmehr nur sehr anfechtbare Interpretationen der grundsätzlichen Stellung der Sozialdemokratie gegenüber dem heutigen Staat. Gewiß steht die Sozialdemokratie dem heutigen Staat, der auf der Grundlage des kapitalistischen Privateigentums ruht, prinzipiell als Gegner gegenüber. Aber es ist völlig verfehlt daraus den Schluß zu ziehen, daß sie deshalb alle Einrichtungen ablehnen müsse, die zum Schutz dieses Staats geschaffen werden. Das verstößt vielmehr gegen unser evolutionistisches Prinzip und namentlich gegen das System des Marxismus. In der Tat sieht sich ja auch unsere Partei, je größer sie wird, um so mehr zu positiver politischer und parlamentarischer Mitarbeit *gezwungen*. Und genau so ist sie nun auch in ihrer Stellung zur Militärfrage einfach gezwungen von bloßer Verwerfung zu eigener Anteilnahme überzugehen. Sie sieht ein, daß Negation wie Abstinenz zu den gerade von ihr erstrebten Ergebnissen nicht führen. Indem sie »diesem System keinen Mann und keinen Groschen« bewilligen wollte, hat sie sich selber die Möglichkeit genommen an ihm auch nur das geringste zu ändern. Es ging ihr da ähnlich wie mit ihrer frühern

Absicht das preußische Dreiklassenparlament »verfaulen« zu lassen: sie trug durch ihr Beiseitestehen nur zu dessen Stärkung bei. Wie alle politischen Probleme, die zu einer Lösung gebracht werden sollen, müssen wir auch das Heeresproblem positiv in Angriff nehmen. Die Auffassung, als ob die Armee nur ein Instrument des kapitalistischen Klassenstaats sei, ist unzutreffend. Wie dieser Klassenstaat selbst so unterliegen auch seine politischen und sozialen Einrichtungen einer fortgesetzten Veränderung und Entwicklung. (Welchen Sinn hätten überhaupt die Forderungen in dem zweiten Teil des Erfurter Programms, die doch ausschließlich an den Gegenwartsstaat gerichtet sind, wenn sie dem Wesen dieses kapitalistischen Gegenwartsstaats widersprächen?) Ebenso wie auf dem Gebiet der politischen Volksrechte lassen sich auch auf dem Gebiet der Wehrverfassung schon innerhalb des heutigen Staates die Grundsätze der Demokratie allmählich verwirklichen. Und die Frage ist hier wie anderswo nur die, auf welchem Weg und mit welcher Taktik man am ehesten die notwendigen Reformen durchsetzt.

Daß unsere bisherige Taktik im Kampf gegen den Militarismus zu nichts geführt hat, wird nicht bestritten werden können. Weder haben wir dem Wett-rüsten Einhalt gebieten noch irgendeine Reform von Bedeutung auf militärischem Gebiet erzielen können. Dagegen wurde es durch unsere Haltung den bürgerlichen Parteien sehr leicht gemacht erst einmal unsere Reformforderungen zu ignorieren und dann die Lasten der Wehrverstärkung fast restlos durch indirekte Steuern zu decken. Jeder politische Kampf, in dem die Sozialdemokratie völlig isoliert ist, muß notwendigerweise erfolglos bleiben, solange wir nicht stark genug sind unsere Forderungen ohne Rücksicht auf andere Parteien durchzuführen. Nun gehört die Einführung der Volkswehr, ganz abgesehen davon, daß man sich unter diesem Begriff sehr Verschiedenes vorstellen kann, zu den Forderungen, die überhaupt nur durch schrittweise vorzunehmende Reformen zu verwirklichen sind. Es ist für die heutigen Militärstaaten schlechterdings unmöglich das stehende Heer ohne weiteres in eine Volkswehr umzuwandeln. Das könnte auch die Sozialdemokratie nicht, selbst wenn sie über die politische Macht verfügte. Dazu sind Vorbedingungen nötig, die weder von einer Partei noch selbst von einer Nation allein willkürlich geschaffen werden können. Freilich soll die Sozialdemokratie den Militarismus mit aller Energie bekämpfen, wenn man den Militarismus in dem von Bernstein neulich hier definierten Sinn nimmt<sup>1)</sup>, ihn also nicht etwa mit dem System des stehenden Heeres überhaupt identifiziert. Ebenso wird unsere Partei sich stets dem Wett-rüsten der Nationen entgegenstemmen, ihre Interessen vielmehr mit einander zu vereinbaren streben. Allein das Versagen einer so großen Partei wie es die Sozialdemokratie heute ist in einer Frage, bei der es sich um die nationale Existenz des Volkes handelt, muß notwendig zu ihrer politischen Isolierung und damit ihrer politischen Lahmlegung führen. So waren auch die politischen Niederlagen, die für die Sozialdemokratie jedesmal eintraten, wenn die Militärfrage zur nationalen Parole gemacht wurde, nicht die Folge ihrer prinzipiellen Gegnerschaft gegen das System des Militarismus und das Wett-rüsten sondern die Folge ihrer absolut negativen Stellungnahme zur Frage der militärischen Verteidigung des Vaterlands.

<sup>1)</sup> Siehe Bernstein Die innere Politik des Reichs am Jahresbeginn, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 13.

Die Politik einer großen Partei, zumal wenn ihre Haltung für die politische Entwicklung eines Landes von entscheidender Bedeutung ist, muß mit den tatsächlich gegebenen Verhältnissen rechnen, sie darf nicht auf theoretische Abstraktionen, sie muß auf die politischen Realitäten eingestellt sein. Das war aber bei der Stellung der Sozialdemokratie zur Militärfrage nicht der Fall. Sie hat da bei ihrer Taktik von jeder Verantwortlichkeit für die Folgen ihres Verhaltens abgesehen. Diese Taktik wäre deshalb in dem Augenblick absolut unmöglich, wo die Partei einer Verantwortung nicht mehr ausweichen könnte. Oder will jemand im Ernst behaupten, die Sozialdemokratie könnte in der Militärfrage auf dem rein negativen Standpunkt der deutschen Partei auch in einem parlamentarisch regierten Staat beharren, in dem sie kraft ihrer parlamentarischen Stärke die politische Mitverantwortung trüge? Der Gefahr einer solchen politischen Bankrott-erklärung dürfte sich keine Partei aussetzen, die Wert darauf legte politisch ernst genommen zu werden. Diese Taktik entspricht auch keineswegs der ökonomisch-historischen Mission unserer Partei. Mit fortwährender, sich nur noch in den höchsten Superlativen bewegender Entrüstung gegen den Militarismus erreicht man praktisch gegen diesen rein gar nichts. Dieses ewige Nurprotestieren verfehlt den beabsichtigten Zweck durchaus. Wie protestmüde man nachgerade überall in Deutschland geworden ist, das hat gerade die Bewegung gegen die letzte, große Militärvorlage doch zur Genüge bewiesen. Fast alle diese Protestbewegungen, die mit so großem Pomp in Szene gesetzt wurden, verliefen im Sand; keine hat jemals ein praktisches Ergebnis zutage gefördert. Das ist auch psychologisch durchaus erklärlich. Dieses Nurprotestieren erzeugt politische Gleichgültigkeit und schadet insofern unter Umständen mehr als es nützen kann. Der deutsche Militarismus kümmert sich auch sehr wenig um die Proteste, die gegen ihn gerichtet werden. Er weiß zu gut, daß sie ihm nicht gefährlich sind. Gefährlich könnten sie ihm erst dann werden, wenn sie durch eine positive Reformpolitik gestützt wären, die den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt.

Darüber täusche man sich nicht: Die negative Haltung der Sozialdemokratie in der Militärfrage bleibt weiten Kreisen des Volkes unverständlich, sie schädigt die Partei namentlich auch in den Schichten, die sonst für sie gewonnen werden könnten. Das zeigt sich jedesmal, wenn diese Frage im Mittelpunkt des politischen Interesses steht. Es ist kein Zufall, daß die letzte Militärvorlage mit ihren geradezu enormen finanziellen Anforderungen auf so geringen Widerstand stieß, und es ist ebensowenig ein Zufall, daß diese Vorlage durchgedrückt wurde, ohne daß bei dieser Gelegenheit durchgreifende militärische Reformen erzielt werden konnten. Das hängt mit unseren absurden politischen Zuständen zusammen, die der Regierung ihre Stellung gegenüber dem Parlament so außerordentlich leicht machen. Wie die politischen Verhältnisse lagen, hätte die Sozialdemokratie der Regierung und der Reaktion keinen größern Gefallen erweisen können als wenn sie der Militärvorlage wegen die Auflösung des Reichstags provoziert hätte. Die Kosten dieser politischen Aktion hätte in der Hauptsache die Sozialdemokratie getragen. Das war offenbar auch die Auffassung, von der sich die Mehrheit unserer Reichstagsfraktion bei ihrer Haltung zur Deckungsfrage leiten ließ. Daß die Fraktion sich zum erstenmal bereit fand Steuern für militärische Zwecke zu bewilligen, bedeutet einen politischen Fortschritt.

Nur dadurch ist es möglich geworden das Reich auf den Weg der direkten Steuern zu drängen und damit die Opposition gegen das Wettrüsten in jene Kreise hineinzutragen, die dessen Gefahren bisher gleichgültig gegenüberstanden. Der Wehrbeitrag wirkt erzieherisch auf das politische Denken der nicht sozialdemokratisch gesinnten Volkskreise, jedenfalls mehr als alle Protestresolutionen und alle Entrüstungsartikel der Sozialdemokratie in den letzten 20 Jahren zusammengenommen.

Die Zeit ist gekommen das militärische Problem überhaupt einmal praktisch aufzurollen und die bürgerlichen Parteien zu einer Diskussion der Frage zu zwingen. Mit Recht schrieb Genosse Cohen in einem Artikel des Vorwärts: wenn wir überall den Kapitalismus durch Reformen zu bekämpfen versuchten, so müßten wir unmittelbar durchführbare Mindestforderungen auch in der Frage stellen, die man Militarismus nennt. Als solche Forderungen stellte Cohen die folgenden auf: 1. Einführung der 2jährigen Dienstzeit für Kavallerie und reitende Artillerie, 2. Einführung der 1jährigen Dienstzeit für sämtliche Fußtruppen, 3. Bildung des Offizierskorps aus den dazu geeigneten Mannschaften, 4. Beseitigung der militärischen Sondergerichtsbarkeit, 5. Deckung aller militärischen Ausgaben durch Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.<sup>2)</sup> Diese Forderungen bewegen sich alle auf der Linie der Forderungen, die im Erfurter Programm niedergelegt sind. Das Prinzip der Volkswehr wird durch sie nicht preisgegeben, vielmehr werden durch sie erst die zur Durchführung dieses Prinzips erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. Nicht nur vom Standpunkt einer auf positive Erfolge gerichteten Reformpolitik haben solche praktischen Forderungen eine große Bedeutung, sie fallen auch agitatorisch schwer ins Gewicht. Jeder in der Agitation erfahrene Genosse wird bestätigen können, daß wir mit der Propaganda für die Miliz sehr wenig Erfolge erzielt haben. Die Ursache ist auch ganz klar. Selbst wer das harte Urteil unseres Friedrich Engels über die Miliz überhaupt<sup>3)</sup> nicht unterschreiben kann, selbst wer noch an dieser alten, ehrwürdigen Parteiforderung hängt, muß doch zugeben, daß sie praktisch vorerst keinerlei Bedeutung haben kann. Kann doch vorläufig noch niemand einmal sagen, welches Milizsystem wir eigentlich einführen wollen; denn es gibt deren sehr verschiedene.

Welches System der Volkswehr für die deutschen Verhältnisse das zweckmäßigste ist, wird sich erst dann zeigen, wenn wir die gegenwärtige Heeresverfassung einmal bis zu einem gewissen Grad demokratisch reformiert haben. So viel steht indessen fest, daß es in absehbarer Zeit nicht mit ein paar Wochen militärischer Ausbildung getan ist. Wir werden also zuvörderst und noch auf längere Zeit hinaus mit dem stehenden Heer zu rechnen haben. Ist dem aber so, dann kann es sich auch für die Sozialdemokratie in der politischen Beurteilung der Militärfrage nur darum handeln die Bahn zur Volkswehr durch demokratische Reformen innerhalb des gegenwärtigen Systems zu ebnen. Verlangen wir aber Reformen, dann dürfen wir auch die Forderungen, die sich aus deren Verwirklichung ergeben, nicht ablehnen. Wollen wir nach wie vor keinen Mann und keinen Groschen bewilligen, dann überlassen wir die Gestaltung des Heereswesens auch nach wie vor

<sup>2)</sup> Siehe darüber auch Schippel Ein rüstungspolitisches Aktionsprogramm?, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 1. Band, pag. 464 f.

<sup>3)</sup> Siehe Schippel Die Miliz und Friedrich Engels, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 20 ff.

den anderen; wir dürfen uns dann über deren unangenehme Begleitscheinungen nicht beklagen, ganz abgesehen davon, daß wir uns als maßgebende politische Partei im Parlament selbst ausschalten, wenn wir in der wichtigsten Frage der Nation dauernd versagen.

Die politische Demokratisierung Deutschlands ist eine zwingende Notwendigkeit. Ob sie möglich ist, hängt mit in erster Linie von der politischen Haltung der Sozialdemokratie ab. Positive Reformforderungen im einzelnen genügen nicht; die ganze Politik der Sozialdemokratie muß auf eine konsequente, durch falsche Prinzipienklärungen nicht mehr beschwerte Reformpolitik eingestellt werden. Vor allem muß die Partei sich von der politisch geradezu sinnlosen Fessel der prinzipiellen Budgetverweigerung freimachen, denn diese führt immer wieder in die Sackgasse der politischen Ohnmacht. Nicht durch hohle prinzipielle Deklamationen wirken wir revolutionär im Sinn unseres Programms sondern durch die politische Tat und durch den politischen Erfolg. Der Wortrevolutionarismus schreckt weder den Militarismus noch die Reaktion, ganz im Gegenteil, er ist ihnen ein sehr willkommener Bundesgenosse. Erst dann kann der politische Kampf der Sozialdemokratie ihnen gefährlich werden, wenn unsere Partei sich anschickt den jetzt herrschenden Parteien das politische Szepter aus der Hand zu nehmen. Der Kampf um die Demokratisierung Deutschlands ist vorerst noch ein Kampf gegen den Doktrinarismus und die politische Intransigenz.

XX

## ROBERT SCHMIDT · WESHALB NOCH EIN ARBEITSWILLIGENSCHUTZ?



ER in der Tagespresse die Gerichtsberichte durchsieht, dürfte schwer zu der Meinung kommen können, daß unsere Strafjustiz bei sogenannten Streikvergehen noch nicht genügt. Und doch läßt sie mit all ihrer Härte gegen die Arbeiter die Schreier nach Arbeitswilligenschutz unbefriedigt, weil kaum ein Vorgang im kapitalistischen Getriebe die Leidenschaften so aufpeitscht wie der Versuch seinen lieben Nächsten klarzumachen, daß man nicht mehr geneigt ist für das bisher gewährte Entgelt seine Arbeitskraft hinzugeben. Das geht noch, wenn nur einer kommt, denn ihm wird sehr schnell gezeigt, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Aber wenn mehrere kommen, wird es unerträglich. Die hohen Ideale der persönlichen Freiheit geraten in Gefahr, denn es erscheint als ein achtbarer, eines besondern Schutzes würdiger Grundsatz, daß jeder das Recht hat so billig wie möglich und so lange es ihm beliebt zu arbeiten. Diese Freiheit hat nun aber für die Arbeiter immer mehr ihren Reiz verloren; nur in Unternehmerkreisen wird jenem Ideal eine immer höhere Wertschätzung zuteil.

Das stete Verlangen der Unternehmervereinigungen den Gebrauch des Koalitionsrechts weiter einzuschränken läßt die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit scharf in die Erscheinung treten. Es ist von dem Bestreben diktiert den Lebensstandard des Arbeiters auf tiefem Niveau zu halten, unregelmäßige und lange Arbeitszeit als ein unbedingtes Erfordernis für die Aufrechterhaltung des Betriebs hinzustellen und jeden Anspruch auf

Erfüllung sozialer oder hygienischer Pflichten als eine Aufhebung des *Herr im Hause*-Standpunkts abzulehnen. Die Großindustriellen bewegt zu ihrem Vorgehen nur der Wunsch sich selbst einen möglichst hohen Anteil am Ertrag der Arbeit zu sichern und ganz nach Willkür und freiem Ermessen den Arbeiter herabzudrücken. Das Kleingewerbe in den Innungen ahmt diesen Lohndruck nach, in dem Glauben, daß die durch Großindustrie und Großhandel bedrängte Existenz der Kleingewerbetreibenden in Handwerk und Handel durch möglichst niedrige Löhne noch aufrechterhalten werden kann.

Gegen diese Tendenzen ist die Abwehr der Gewerkschaften gerichtet. Sie ist eine wichtige Kulturarbeit, denn sie wendet sich nicht nur gegen ein Herabdrücken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, sie erstrebt deren Aufstieg. Dieser Aufstieg ist nur möglich durch die Koalition, die den festen Zusammenhalt der Arbeiter in der Gewerkschaft fordert. Die Ausübung des Koalitionsrechts durch die Arbeiter ist von jeher gewissen kapitalistischen Interessenskreisen unbehaglich gewesen. Kaum waren 1869 die Verbote von Koalitionen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgehoben worden, so verlangten (im Jahr 1873) die Konservativen und National-liberalen einen größern Schutz der unorganisierten Arbeiter. Man sieht: Die Forderung des Arbeitswilligenschutzes ist nicht neu, sie tritt nur zurück während der Zeit des Sozialistengesetzes, das Justiz und Verwaltung so recht Gelegenheit bot ganz nach Gutdünken jeden Widerstand der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet lahmzulegen. Unmittelbar nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes /1890/ tritt das Verlangen nach Unterdrückung der Koalitionsfreiheit wieder hervor. Die Novelle zur Gewerbeordnung, die sonst einige sozialpolitische Fortschritte aufweist, bringt zugleich eine schärfere Bestrafung der Aufforderung zum Kontraktbruch. Die Versuche durch die Umsturzvorlage /1895/ und durch die Zuchthausvorlage /1899/ die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen niederzuhalten, legen Zeugnis dafür ab, wie unausgesetzt man bemüht ist die Gesetzgebung ganz den Interessen kapitalistischen Begehrens dienstbar zu machen, um in ungehinderter Diktatur jede Mitbestimmung des Arbeiters im Arbeitsvertrag auszuschalten. Das militärische System, die absolute Unterordnung in Fabrik und Werkstatt, dünkt jenen Kreisen als das erstrebenswerte Ziel.

Hinter diesem Treiben steht heute die ganze Unternehmerorganisation, von der kleinsten Innung bis zum Hansabund. Die Hochschutzzöllner im Bund der Landwirte und im Zentralverband deutscher Industrieller vergessen ihre Gegnerschaft zum Bund der Industriellen und zum Hansabund, sie fühlen sich eins in der Frontstellung gegen Arbeiter und Angestellte. Was würde die uneingeschränkte Diktatur dieser heute tonangebenden Unternehmerorganisationen für die Arbeiterschaft bedeuten? Einen Lohndruck unerhörter Art. In der letzten Periode wirtschaftlichen Aufschwungs ist der Löwenanteil in den Taschen der Großindustriellen verschwunden, die Arbeiter haben mit Mühe und Not einen kleinen Anteil für sich gerettet. Und trotzdem das Geschrei im ganzen Lager der Unternehmerorganisationen, daß ihnen dieses Zugeständnis abgetrotzt werden konnte! Sie wollen den Lohnanteil nach freiem Ermessen bestimmen und den Arbeiter durch Hunger und Gehorsam zwingen. Zu dem *Herrn im Hause* gehört eben auch der Sklave.

Wenn die Unternehmer von der Gesetzgebung verlangen, daß sie dem Koalitionsrecht der Arbeiter Hindernisse in den Weg legt oder es sogar aufhebt, wenn sie die Rechtsprechung einseitig ihren Interessen dienstbar machen möchten, so fordern sie damit das ungeschmälerte Recht der Ausbeutung der Arbeiter, gewährleistet durch die Rechtlosigkeit der Arbeiter im Staatsleben. Die gegenwärtige Rechtslage entspricht bereits zu einem erheblichen Teil diesen Wünschen. Das Recht der Koalition in § 152 der Gewerbeordnung wird den Landarbeitern und Dienstboten versagt, und es wird für diese eine Ausnahmestellung durch die Gesindeordnung geschaffen. Für die in Werkstätten der Eisenbahnen, in Gastwirtschaften und im Buchhandel auf Bahnhöfen, bei Kleinbahnen und in Staats- und Kommunalbetrieben Beschäftigten ist die Rechtslage ungeklärt, da diese große Arbeiterschicht der Gewerbeordnung nicht unterstellt ist. Der Rücktritt von der Koalition, wie ihn § 152 Absatz 2 vorsieht, ist ein Ausnahmestand für die Arbeiter. Denn die Zwangssinnung kennt keinen Rücktritt, und die freie Innung kann ihn außerordentlich erschweren. Andere Unternehmerorganisationen können Zwangsmittel gegen ihre Mitglieder anwenden, die jeden Rücktritt unmöglich machen.

Der Zwang zum Beitritt in die Koalition ist der Zwangssinnung durch Gesetz gewährleistet, die anderen Unternehmerorganisationen erzielen ihn durch Verurserklärung, Materialiensperre und Preisunterbietungen gegenüber denen, die außerhalb ihres Interessenkreises stehen. Zwar dürfen nach § 153 der Gewerbeordnung Zwang, Drohung, Ehrverletzung oder Verrufserklärung nicht angewandt werden, um den einzelnen zum Beitritt oder Rücktritt zu veranlassen; aber diese Bestimmung gilt nur für Koalitionen, die zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen abgeschlossen werden. Die Rechtsprechung hat die Gewerkschaften allgemein als solche Koalitionen angesehen, die Unternehmerverbände in der Regel nicht, da sie noch eine andere Aufgabe haben als die auf die Lohnverhältnisse einzuwirken. (Eine objektive Rechtsprechung würde mindestens das gleiche für die Gewerkschaften gelten lassen.) Dadurch sind die Unternehmerorganisationen in der Lage für den Beitritt und gegen den Rücktritt aus ihren Verbänden alle Mittel ungehindert in Anwendung zu bringen, die dem Arbeiter verboten sind: Zwang, Drohung, Verrufserklärung; selbst Ehrverletzung bleibt strafrei, soweit sie nicht über das hinausgeht, was nach § 193 des Strafgesetzbuchs als Wahrung berechtigter Interessen angesehen wird. Während nach bürgerlichem Recht jede Verpflichtung erfüllt werden muß, die man einmal übernommen hat (vorausgesetzt, daß sie nicht gegen die guten Sitten verstößt), ist es dem Arbeiter nach § 153 der Gewerbeordnung untersagt seinen Berufskollegen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen anzuhalten, und der Unternehmer hat das Recht jederzeit von Vereinbarungen zurückzutreten, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen betreffen.

Durch das Reichsvereinsgesetz wird die ungleiche Stellung der Arbeiter- und der Unternehmerklasse beim Gebrauch des Koalitionsrechts noch weiter markiert. Die Vermutung, daß man die Absicht habe die Gewerkschaften für politische Vereine zu erklären ist bei der Beratung des Gesetzes von dem damaligen Staatssekretär von Bethmann Hollweg zurückgewiesen worden. In der Rechtsprechung findet diese Erklärung keine Beachtung.



Wiederholt hat man die Zahlstellen einiger Gewerkschaften für politische Vereine erklärt. Die Folge ist, daß die Gewerkschaften Personen unter 18 Jahren nicht als Mitglieder aufnehmen können. Für einige Berufe ist aber bei der starken Zahl ungelernter jugendlicher Arbeiter deren Zugehörigkeit zur Gewerkschaft von großer Bedeutung. Das Verbot Jugendliche in die Gewerkschaften aufzunehmen hemmt die Koalition der Arbeiterklasse. Eine weitere Hemmung bildet der § 7 des Vereinsgesetzes, der nur unter erschwerenden Bedingungen den Gebrauch einer fremden Sprache in öffentlichen Versammlungen gestattet. Damit wird den Gewerkschaften sehr oft die Möglichkeit genommen fremdsprachigen Arbeitern in Arbeitsstreitigkeiten Aufklärung zu geben. Die Einführung der Legitimationskarte für Ausländer bedeutet tatsächlich nichts anderes als daß diese unter Androhung der Ausweisung, gehindert werden an Lohnbewegungen teilzunehmen. Der Versammlungsfreiheit und der Vereinsbildung werden damit fortgesetzt Hindernisse schwerster Art bereitet, die eine weitere Steigerung durch den oft auf behördliche Anordnung erfolgenden Boykott der Saalbesitzer erfahren. Die Bekanntgabe von Lohnbewegungen wird durch die willkürliche Anwendung von Polizeiverordnungen erschwert, die die Verkehrsverhältnisse regeln sollen. Diese Verordnungen werden ständig dazu benutzt streikenden Arbeitern den Aufenthalt in der Nähe von Fabriken, in denen gestreikt wird, auf den Bahnhöfen oder in der Nähe bestimmter Wohnstätten oder Gastwirtschaften zu verbieten.

In der Anwendung der §§ 240 und 253 des Strafgesetzbuchs (Nötigung und Erpressung) hat die Rechtsprechung weiter ein Mittel gefunden den Boykott, die Androhung des Streiks (nicht der Aussperrung), die Zurücksetzung organisierter gegenüber unorganisierten Arbeitern mit schweren, entehrenden Strafen zu belegen. Alle diese Erschwerungen kommen für die Unternehmerorganisationen, die sich der gleichen Mittel viel schroffer und nachhältiger bedienen, nicht in Betracht; höchstens wird das Gesetz gegen sie bei groben Ausschreitungen, in ganz vereinzelt Fällen, und auch dann nur außerordentlich mild, angewandt.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist auf Schritt und Tritt unter Ausnahmebestimmungen gezwängt, die diese Koalition in der Abwehr wirtschaftlicher Unterdrückung schwächen. Gegenüber diesem Zustand muß um so nachdrücklicher die Freiheit des Koalitionsrechts und die Gleichstellung der Unternehmerverbände mit den Gewerkschaften in Gesetz und Recht verlangt werden. Aus gutem Grund lassen sich die Konservativen durch den Hinweis des Staatssekretärs Delbrück und des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg nicht schrecken, daß bei einer Verschärfung der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen auch die Unternehmerorganisationen getroffen werden können. Die Rechtsprechung in Deutschland läßt das nicht zu. Wo gibt es in Deutschland ein Gericht, das Unternehmer wegen Erpressung verurteilt, weil sie eine Aussperrung angedroht oder Zwangsmittel angewandt haben, um den Beitritt zur Organisation zu erlangen? Die Arbeiter haben diese Rechtsübung wiederholt schwer empfunden. Eine Beleidigung durch den Unternehmer wirkt in der Regel milder als eine Beleidigung durch den Arbeiter. Das Kölner Oberlandesgericht läßt einen Arzt straflos und billigt ihm den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs (Wahrung berechtigter Inter-

essen) zu, wenn er jemanden Streikbrecher nennt. Wendet ein Arbeiter die selbe Bezeichnung an, so erhebt er nach dem Urteil des selben Landgerichts damit den Vorwurf der Treulosigkeit und Unkameradschaftlichkeit. Ihm kann deshalb der Schutz des § 193 hier nicht zugebilligt werden. Die Berliner Strafkammer spricht einen Unternehmer frei, der behauptet hat, die Lohnkommission der Arbeiter habe sich bestechen lassen. Das Gericht erkennt an, daß diese Behauptung unwahr ist, billigt aber dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu. Dagegen wird es als Bedrohung betrachtet, wenn man einen Streikbrecher begleitet, als Beleidigung, wenn man ihn von der Seite ansieht. Das sind nicht vereinzelt verunglückte Entscheidungen; das Material liegt bergehoch, durch das diese Rechtsprechung erwiesen wird. Wenn der Reichskanzler, wie er angekündigt hat, in einer Denkschrift darlegen lassen will, wie sich heute die Rechtslage bei Lohnbewegungen gestaltet hat, so wird er billigerweise dabei nicht vergessen dürfen, wie wenig konsequent die Rechtsprechung ist, und wie sie gegenüber dem Unternehmer versagt, wo sie den Arbeiter schwer treffen kann. Deshalb haben die Scharfmacher guten Grund zu glauben, daß ihnen eine Verschärfung des Strafgesetzbuchs bei dieser Rechtsprechung keinen Schrecken einzujagen braucht.

Diese Ungleichheit muß beseitigt werden, und zwar dadurch, daß allen Arbeitern und Angestellten das freie Recht der Koalition gegeben, und alle Beschränkungen durch die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung aufgehoben werden. Wenn die beiden Parteien, die sich im wirtschaftlichen Kampf gegenüberstehen, das gleiche Recht besäßen, so würde damit der Arbeiterklasse noch keine überlegene Stellung gewährt sein. Das Unternehmertum hätte nach wie vor die stärkere wirtschaftliche Macht. Um so unerträglicher ist der gegenwärtige Zustand der Rechtsungleichheit.

XX  
**ARTHUR SCHULZ · ZUR LANDWIRTSCHAFTLICHEN BODENPOLITIK IN BAYERN**

**N**ACHDEM ich 7 Jahre die Entwicklung der bayrischen Landwirtschaft und der bayrischen Agrarpolitik aus nächster Nähe beobachtet und miterlebt hatte, und zwar nicht, wie Genosse Kaspar Schmidt meint, nur als ein auf Bücherstudium angewiesener Theoretiker von der Art K. Kautskys sondern in engem Konnex mit der Praxis, hielt ich mich für genügend vorbereitet in den Sozialistischen Monatsheften zu einem der zurzeit wichtigsten Agrarprobleme Bayerns, der Dezimierung besonders der größeren Bauernwirtschaften durch die sogenannte Güterzertrümmerung, Stellung zu nehmen.<sup>1)</sup> Ich führte damals ungefähr folgendes aus: Es muß der bayrischen Regierung und dem bayrischen Landtag als Verdienst angerechnet werden, daß sie durch das tiefeinschneidende Gesetz vom 13. August 1910 versucht haben den im großbäuerlichen Südbayern allmählich zu beträchtlichen Dimensionen heranwachsenden Prozeß der Bodenmobilisierung und Wirtschaftsflächenverringering in geordnetere Bahnen zu leiten. Es ist ferner durchaus in der Ordnung, daß die bayrische Gesetzgebung die gewerbsmäßigen Güterzertrümmerer, die auf Kosten der ländlichen Bevölkerung große unberechtigte Spekulationsgewinne

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel Güterzertrümmerung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 1. Band, pag. 294 ff.

einheimen und die Bodenpreise übermäßig in die Höhe treiben, einer weitgehenden Überwachung durch die Behörden der innern Verwaltung unterstellt und die Güterhändler unter anderm dadurch zurückzudrängen sucht, daß sie ihren Kontrahenten beim Grundstückskauf oder -verkauf ein befristetes Rücktrittsrecht gewährt hat. Die Güterzertrümmerung als solche ist jedoch nützlich und unentbehrlich. Sie ist der einzige Weg, auf dem die seit einigen Jahrfünften kränkelnde Agrarverfassung Südbayerns wieder der Gesundheit entgegengeführt werden kann. Das typische südbayrische Bauerngut ist so groß, daß dem Besitzer sehr häufig die Kapitalien und in unserer Zeit der Landflucht auch des landwirtschaftlichen Gesindes vor allem die Arbeitskräfte fehlen es genügend intensiv zu bewirtschaften. Durch Verkleinerung zu großer Anwesen im Weg der sogenannten Güterzertrümmerung müssen daher die Vorbedingungen für eine künftige arbeits- und kapitalintensivere Bewirtschaftung geschaffen werden. Aus diesem Grunde hätte, als man im Jahr 1910 die gewerbsmäßigen Güterzertrümmerer zurückzudrängen unternahm, für sie gleichzeitig ein vollwertiger Ersatz beschafft werden sollen. Einen solchen Ersatz stellen die ländlichen Spar- und Darlehnskassen, die der bayrische Gesetzgeber damals für berufen hielt mit dem gewerbsmäßigen Güterhandel auf dem Grundstücksmarkt in Konkurrenz zu treten, und die er, um ihnen diesen Konkurrenzkampf zu erleichtern, mit dem Vorkaufsrecht privilegierte, in Wirklichkeit nicht dar. Sie sind aus den verschiedensten Gründen nicht imstande die volkswirtschaftliche Funktion zu übernehmen, die der gewerbsmäßige Güterzertrümmerer, wenn auch lediglich zu dem rein privatwirtschaftlichen Zweck der Erzielung möglichst großen Gewinns und deshalb sehr unvollkommen, bisher immerhin einigermaßen geübt hatte. Die große Aufgabe die südbayrischen Großbauerngüter allmählich durch Verkleinerung einer intensivern Bewirtschaftung zugänglich zu machen und gleichzeitig durch Begründung neuer ländlicher Kleinstellen heiratslustigen landwirtschaftlichen Dienstboten Wohn- und Wirtschaftsgelegenheit zu schaffen und so der Landflucht entgegenzuwirken kann vielmehr nur durch Errichtung einer großen gemeinnützigen Land- und Siedlungsbank gelöst werden, an der sich nach dem Vorbild der provinzialen Siedlungsgesellschaften Ostdeutschlands der bayrische Staat, die ihm untergeordneten kommunalen Körperschaften und die bedeutenderen Verbände ländlicher Genossenschaften zu beteiligen hätten. Mein Standpunkt und mein Reformvorschlag haben bei sachkundigen bayrischen Agrarpolitikern Beachtung gefunden.<sup>2)</sup> Ich möchte daher unter Bezugnahme auf die vor kurzem veröffentlichte bayrische Güterzertrümmerungsstatistik für das Jahr 1912 meine Ansichten und Anregungen nochmals kurz entwickeln und weiter ausgestalten.



**R**EVOR ich das aber tun kann, muß ich einem hartnäckigen Kritiker antworten. Ich hatte in meinem Artikel über die Güterzertrümmerung dargelegt, eine südbayrische gemeinnützige Landgesellschaft könne außer der im vorstehenden Absatz angedeuteten noch eine weitere volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllen. Sie könne nämlich durch Vermehrung des Kleinbesitzes dazu beitragen die in der Hauptsache

<sup>2)</sup> Siehe Stechele Die Wirkungen des neuen bayrischen Güterzertrümmerungsgesetzes, in den Annalen des Deutschen Reichs, 1913, pag. 476 ff.

an ihn gebundene Schweinehaltung auch in Südbayern auf das Niveau der rheinpfälzischen und unterfränkischen zu heben. Und zur Erläuterung und Begründung dieses Satzes hatte ich hinzugefügt:

»Da 60 % des in Deutschland verzehrten Fleisches vom Schwein her stammt, ist es von erheblichem Interesse bayrische Regierungsbezirke mit verschiedenartiger Betriebsgliederung und Grundbesitzverteilung hinsichtlich ihrer Schweinedichtigkeit und deren Zunahme zu vergleichen. Es ergibt sich dabei, daß 1907 die Schweinedichtigkeit in den kleinbäuerlichen Kreisen Unterfranken mit 62,7 und Rheinpfalz mit 54,8 [Stück] pro 100 Hektar am höchsten, dagegen in Oberbayern und Schwaben, 2 Kreisen mit stärkerem Anteil des großbäuerlichen Besitzes, mit 24,2 und 29,5 am geringsten war. Nicht minder bemerkenswert ist es, daß 1895 bis 1907 die Schweinedichtigkeit in den beiden kleinbäuerlichen Kreisen um 13,4 und 17,1, in den beiden mehr großbäuerlichen dagegen nur um 5,7 und 5,9 Stück gestiegen ist. Diese Tatsachen sprechen sehr für die Bestrebungen derjenigen bayrischen Agrarpolitiker, die in den an größerm und großbäuerlichem Grundbesitz reicheren altbayrischen Kreisen (Oberbayern, Niederbayern, Schwaben und Oberpfalz) bei Gelegenheit von Güterzertrümmerungen, wie sie gerade hier sehr häufig sind, innere Kolonisation durch Schaffung von Landarbeiterstellen und neuer klein- und mittelbäuerlicher Anwesen betrieben wissen wollen.«

Gegen diese wenigen Sätze hat der Würzburger Genosse Kaspar Schmidt in 2 längeren Artikeln polemisiert.<sup>3)</sup> Der Kernpunkt seiner Kritik liegt in folgenden Behauptungen:

»Die hohe Schweineproduktion Unterfrankens steht nur auf dem Papier; einen Beweis für die Leistungsfähigkeit der Kleinbetriebe zur Versorgung der Bevölkerung mit tierischen Produkten liefert sie nicht ... Diese Schweineproduktion spielt für die Fleischversorgung der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung fast gar keine Rolle; die unterfränkischen Schweinezüchter verzehren ihre Schweine zumeist selber ... Zahlen können trügen, sie tun es in diesem Fall.«

Ist es nun dem Genossen Kaspar Schmidt gelungen diese seine Behauptungen, an denen Herr von Oldenburg-Januschau, Major Endell und andere als Gegner der Bauernsiedlung bekannte ostelbische Großgrundbesitzer und die mit ihnen an einem Strang ziehenden Agrar*marxisten* ihre helle Freude haben können, zu beweisen oder auch nur wahrscheinlich zu machen?

Zugunsten seines Beweisthemas führt Kaspar Schmidt zunächst die Tatsache ins Feld, daß dem Würzburger Viehmarkt im Jahr 1911 aus Norddeutschland 14 225 Schweine zugeführt wurden. Aber abgesehen davon, daß das Mißernte- und Seuchenhjahr 1911 ein Ausnahmejahr war und eine Zufuhr, die während dieses Jahres möglich oder nötig geworden war, wenig beweist, vergißt mein Kritiker zu erwähnen, daß noch im Jahr 1912 49 778 Schweine nach den an Unterfranken grenzenden oder ihm am nächsten liegenden Ländern (Baden, Württemberg, Hessen, Rheinpfalz) aus Bayern ausgeführt wurden.<sup>4)</sup> Ein sehr großer Teil dieser Ausfuhr stammt aus dem schweinereichen Unterfranken, das ja auch in seinen Abwanderungsverhältnissen und in seinen sonstigen wirtschaftlichen Beziehungen stark nach dem Norden und Westen gravitiert. Rechnet man noch den Schweineabsatz Unterfrankens nach den ober- und mittelfränkischen Städten und Industriegebieten hinzu, so ergibt sich eine nicht unbeträchtliche Schweinemehrausfuhr Unter-

<sup>3)</sup> Siehe Schmidt Nochmals der Klein- und Großbetrieb in der Landwirtschaft und Schein und Wirklichkeit in der Agrartheorie und Agrarstatistik, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 2. Band, pag. 742 ff., und 3. Band, pag. 1625 ff.

<sup>4)</sup> Siehe die Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Landesamts, 1913, pag. 449 ff. Leider läßt sich der Beitrag Unterfrankens zu dieser Ausfuhr nicht exakt aussondern. Ich habe aber auf dem Statistischen Bureau des Bayerischen Verkehrsministeriums in die handschriftlichen Listen über Güterversand und -einlauf der unterfränkischen Eisenbahnstationen Einsicht genommen und durch Stichproben festgestellt, daß der Schweineversand den Empfang nicht unerheblich übersteigt.

frankens. Aber selbst wenn Schmidt damit recht hätte, daß Ein- und Ausfuhr sich gegen einander aufheben, so würde auch das schon beweisen, daß das klein- und mittelbäuerliche Land den übrigen Regierungsbezirken, besonders aber den Kreisen Oberbayern und Schwaben in der Lieferung von Schweinen an den Markt weit überlegen ist; denn weil der großbäuerliche Süden in dieser Beziehung völlig versagt hat, mußte Bayern 1912 fast eine Million (genau 969 219) Schweine vornehmlich aus Norddeutschland einführen.

Das zweite Argument, durch das Kaspar Schmidt seine Behauptung, daß die hohe Schweineproduktion Unterfrankens sich zwar »in der Statistik ganz schön ausnehmen mag«, aber »für die Fleischversorgung der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung fast gar keine Rolle spielt«, weil die »arme Bevölkerung Unterfrankens eben die von ihr gezüchteten Schweine zum Selbstbedarf braucht«, zu erhärten sucht, ist sein Hinweis auf die Statistik der gewerblichen Schlachtungen in Bayern. Nach dieser Statistik entfallen auf 100 Hektar Bodenfläche in Oberbayern, Schwaben und Oberfranken mit ihrer geringen Schweinedichtigkeit von 24,2, 29,5 und 33,6 Stück dennoch 86,0, 72,2 und 75,6 gewerbliche Schlachtungen, während Unterfranken mit seiner hohen Schweinedichtigkeit von 62,7 auf gleicher Fläche nur 56,3 Marktschlachtungen aufweist. Aus diesen Ziffern zieht Genosse Kaspar Schmidt folgende merkwürdige Schlußfolgerungen:

»Wie wir daraus ersehen, hat Oberbayern die geringste Schweinedichtigkeit, aber die meisten Marktschlachtungen. Schwaben und Oberfranken haben ebenfalls eine sehr geringe Schweinedichtigkeit, weisen aber dabei auch eine sehr große Zahl von Marktschlachtungen auf. Umgekehrt hat Unterfranken die höchste Schweinedichtigkeit und eine sehr bescheidene Zahl (die zweitgeringste) von Marktschlachtungen. Gibt es noch einen zwingenden Beweis dafür, daß die Schulzische Behauptung: die Klein- und Mittelbetriebe weisen die größte Viehdichtigkeit auf, ergo sind sie die besten Lieferanten für den Fleischmarkt, demnach auch die beste, erstrebenswerteste Betriebsform in der Landwirtschaft, nicht unter allen Umständen richtig ist, und daß man die einfachen nackten Zahlen nicht schlangweg ohne nähere Würdigung der Verhältnisse benutzen darf?«

Die beherzigenswerte Mahnung, in die Kaspar Schmidt seine rhetorische Frage ausklingen läßt, schließt kurios genug eine Argumentation ab, die selbst geradezu ein Musterbeispiel mißbräuchlicher, »ohne nähere Würdigung der Verhältnisse« vorgenommener Verwendung statistischer Zahlen und so ziemlich das Gegenteil eines »zwingenden Beweises« ist. Kaspar Schmidt glaubt, wenn ich den Sinn seiner nicht ganz eindeutigen Argumentation richtig verstehe, aus der Tatsache, daß gewisse großbäuerliche Kreise wie Oberbayern und Schwaben eine große Häufigkeit gewerblicher Schweineschlachtungen mit geringer Schweinedichtigkeit vereinigen, schließen zu dürfen, daß die großbäuerlichen Wirtschaften dieser Gebiete trotz ihrer an sich geringen Produktion bessere Lieferanten für den Fleischmarkt sind als die unterfränkischen Kleinbauern, die angeblich »ihre Schweine zumeist selber verzehren«. Dabei vergißt er aber die außerordentlich große, rund 900 000 Stück betragende Schweinemehreinfuhr Bayerns, die vornehmlich gerade nach den Hauptstädten und Industriebezirken der von ihm genannten Kreise gerichtet ist, gebührend zu berücksichtigen. Der Umstand, daß beispielsweise Oberbayern trotz der geringsten Schweinedichtigkeit die meisten Marktschlachtungen aufweist, ist deshalb nicht ein Beweis für die größere Fähigkeit und Willigkeit der oberbayrischen Großbauern die oberbayri-

schen Märkte mit Schlachtschweinen zu beschicken, sondern einfach die Folgeerscheinung der Tatsache, daß Oberbayern die größte Stadt des Landes mit dem drittgrößten Schlachtviehmarkt des deutschen Reichs umschließt, und daß München seine Schlachtschweine zum weitaus größten Teil aus Norddeutschland bezieht und wegen der erstaunlich geringen Schweinehaltung Südbayerns auch beziehen muß. Ähnliches gilt von Schwaben und Mittelfranken, deren hohe Marktschlachtungsziffer lediglich auf das Konto der großen Industriestädte Augsburg, Nürnberg und Fürth zu setzen ist<sup>5)</sup>, und von Oberfranken, dem nächst Mittelfranken industriereichsten Kreis im rechtsrheinischen Bayern. Andererseits erklärt sich die Erscheinung, daß Unterfranken trotz größter Schweinedichtigkeit die zweitgeringste Marktschlachtungsziffer aufweist, einfach daraus, daß es nächst Niederbayern und der Oberpfalz der am wenigsten industrialisierte und verstädterte Kreis Bayerns ist. Von seiner niedrigen Marktschlachtungsziffer aber ohne weiteres auf eine geringe Marktbedeutung seiner klein- und mittelbäuerlichen Schweineproduktion zu schließen ist nicht angängig; denn in unserer Zeit der Eisenbahnen und des hochgesteigerten Schlachtviehverkehrs über das ganze Deutsche Reich hin lassen sich aus der größeren oder geringern Anzahl gewerblicher Schlachtungen in bestimmten Bezirken schlüssige Antworten auf die zwischen Schmidt und mir zur Diskussion stehende Frage, welche landwirtschaftliche Betriebsgliederung und Grundbesitzverteilung unter dem Gesichtspunkt besserer Fleischversorgung die vorteilhafteste ist, gar nicht ableiten. Schmidts ganze Argumentation ist also nur ein zwar unbeabsichtigter, aber gerade deshalb schlagender Beitrag zur Illustration des richtigen methodologischen Grundgedankens seines letzten Aufsatzes, daß in der Agrartheorie und Agrarstatistik, »wo immer noch die verschiedensten Nebenumstände zu berücksichtigen sind«, »Schein« und »Wirklichkeit« oftmals stark auseinanderfallen.

Kann demnach mit Hilfe der Marktschlachtungsziffern das, was Schmidt beweisen will, unmöglich bewiesen werden, so läßt sich andererseits durch eine Kombination der bei den Viehzählungen ermittelten Viehbestandsziffern mit den Ergebnissen der Hausschlachtungsstatistik in schlüssiger Form der Nachweis erbringen, daß seine Behauptungen über die geringe Marktbedeutung der starken Schweinehaltung der unterfränkischen Klein- und Mittelbauern falsch sind. Selbstverständlich dürfen wir unseren Berechnungen nicht die Ausnahmejahre 1911 und 1912 zugrunde legen, da sich in diesen beiden Jahren die Schweinehaltung unter dem zusammenwirkenden Einfluß einer beispiellosen Hackfrüchtemißernte und der Maul- und Klauenseuche auch in Bayern und Unterfranken ganz anormal gestaltete. Wir müssen vielmehr von der Viehzählung des letzten normalen Jahres, also des Jahres 1910, aus-

<sup>5)</sup> Ein im Schmidtschen Sinn sehr günstiges Verhältnis der Marktschlachtungen (72,6%) zu den Hausschlachtungen (27,3%) weist Mittelfranken auf. Wollte man aber daraus schließen, daß Nürnberg aus seinem groß- und mittelbäuerlichen Hinterland im Zentrum und im Süden Bayerns gut und besser als etwa Würzburg durch die unterfränkischen Kleinbauern mit Schweinen versorgt wird, so wäre man sehr auf dem Holzweg; denn Nürnberg erhielt nach der vom Statistischen Amt der Stadt Nürnberg veröffentlichten Schrift Zur Frage der Fleischversorgung mit besonderer Berücksichtigung der Nürnberger Verhältnisse / Nürnberg 1912/, pag. 116, im Jahr 1911 nur 13% (!) seines Schweineauftriebs aus Bayern, während 87% (160 536 Stück) des Schweineumsatzes auf seinem Viehhof aus Preußen stammten. Daraus ergibt sich eklatant, daß Schmidts Operieren mit den Marktschlachtungsziffern bayrischer Regierungsbezirke für die Aufhellung des hier in Frage stehenden Problems, welche bayrischen Agrarverfassungsgebiete in der Schweineproduktion für den Markt am leistungsfähigsten sind, völlig wertlos und irreführend ist.

gehen. Am 10. Oktober 1910 wurden in Unterfranken 373 900 Schweine gezählt. Da nun die nicht zu Zuchtzwecken dienenden Schweine in der Regel in einem Alter von etwa 9 Monaten geschlachtet werden, lieferte Unterfranken mehr Schlachtschweine als sein am 10. Oktober ermittelter Bestand ausmachte. Nehmen wir die sogenannte Schlachtverhältniszahl für Schweine auf 105% des Gesamtbestands an<sup>6)</sup>, so stellte Unterfranken 1910 dem Konsum etwa 390 600 Borstentiere zur Verfügung. Ziehen wir hiervon die Zahl der nicht beschaupflichtigen Schweineschlachtungen (die Zahl also der dem Eigenkonsum der Schweinehaltenden Bevölkerung Unterfrankens dienenden sogenannten Hausschlachtungen) ab, so erhalten wir die Gesamtzahl derjenigen Schweine, die Unterfranken 1910 an den Markt zur Versorgung der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerungsteile abgegeben hat und die es auch in Zukunft in normalen Jahren wiederum wird abgeben können. Leider wurden die Hausschlachtungen bisher nur in mehrjährigen Zwischenräumen, zuletzt 1907 und 1912, gezählt. Sie betrug 1912 135 606 Stück. Mit Rücksicht auf die Anormalität der Schweineproduktion im Jahr 1912 glaube ich diese Zahl, um die Höchstzahl der unterfränkischen Schweinehausschlachtungen in normalen Jahren zu erhalten, um 10 000 erhöhen zu sollen.<sup>7)</sup> Diese so erhöhte Ziffer von 390 600 abgezogen, ergibt die normale Marktleistung der unterfränkischen Schweineproduzenten. Sie stellt sich auf nicht weniger als jährlich rund 245 500 Schlachtschweine. Meine Berechnung, deren Richtigkeit Genosse Kaspar Schmidt schwerlich wird anzweifeln können, ergibt also das Resultat, daß seine in 2 Artikeln mit so großem Nachdruck verfochtene Behauptung, die unterfränkische Schweineproduktion spiele für die Fleischversorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung »fast gar keine Rolle«, weil die Züchter die grunzenden Verteilger ihrer Küchen- und Wirtschaftsabfälle und ihrer zum menschlichen Konsum nicht benötigten Kartoffeln »zumeist selber verzehren«, grundfalsch ist. Richtig ist vielmehr das Gegenteil seiner Versicherungen: Die Marktleistung der Bauern und der auf dem Lande lebenden, Schweine haltenden Arbeiter Unterfrankens ist ganz erheblich höher als ihr Eigenkonsum an Schweinefleisch, was bei dem durch Hunderte von Enqueten festgestellten relativ geringen Fleischkonsum der Landbevölkerung ja von vornherein zu erwarten war. Wenn aber Unterfranken von dieser allgemeinen Regel in gewissem Grad abweicht und neben höheren Marktleistungen zugleich auch, nach der sehr beträchtlichen Zahl seiner Hausschlachtungen zu urteilen, einen höhern ländlichen Schweinefleischkonsum als irgendein anderer bayrischer Kreis zu haben scheint<sup>8)</sup>, so ist das ja nur höchst erfreulich; und es muß als weiterer Vorzug der klein- und mittelbäuerlichen Agrarverfassung und Grundbesitzverteilung Unter-

<sup>6)</sup> Die Schlachtverhältniszahl für Schweine, das heißt das Verhältnis, in dem die Zahl der Schweineschlachtungen zur Kopfzahl des zu einem bestimmten Zeitpunkt ermittelten Schweinebestands steht, berechnet Eßlen in seinem Werk Die Fleischversorgung des deutschen Reichs / Stuttgart 1912 /, pag. 244, auf 95% im Jahr 1875 und 102% in 1900. Da seit 1900 die Frühreife und Mastfähigkeit unserer Schweine weiter gesteigert, die Fütterungsweise verbessert und infolge dessen der Umsatz des Schweinebestands beschleunigt worden ist, muß die Schlachtverhältniszahl für 1910 auf mindestens 105% angenommen werden.

<sup>7)</sup> In Bayern rechts des Rheins wurden im normalen Jahr 1907 769 582, dagegen in dem noch unter den Nachwirkungen der Mißernte und der Seuche des Vorjahrs stehenden Jahr 1912 nur 724 480 Hausschlachtungen gezählt.

<sup>8)</sup> Niederbayern hatte zwar noch 5000 Schweinehausschlachtungen mehr als Unterfranken, seine landwirtschaftliche Bevölkerung ist aber auch um 104 500 Personen stärker. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil des in Niederbayern hausgeschlachteten Schweinefleisches später in geräuchertem Zustand als *Niederbayrische Osterchinken* oder *Bauerngesaltes* in den Konsum der städtischen Bevölkerung übergeht.

frankens gebucht werden, daß sie zahlreichen Industriearbeitern und kleinen Leuten die Möglichkeit gewährt auf dem Lande zu wohnen und ihren Fleischbedarf durch Eigenproduktion auf eigener Scholle billig einzudecken.

Zwei sehr bezeichnende Symptome bestätigen die Richtigkeit meiner Berechnungen. Das eine ist die bemerkenswerte Tatsache, daß auf 1000 Stück Rindvieh in Schwaben 1,3, in Niederbayern 1,4, in Oberbayern 1,5, in der Oberpfalz 1,6, dagegen in Unterfranken 2,7 selbständige Viehhändler (natürlich einschließlich der Schweinehändler) entfallen.<sup>9)</sup> Das spricht sehr dafür, daß das klein- und mittelbäuerliche Unterfranken besonders gute und reichliche Gelegenheit zum Einkauf von Schweinen und anderm Vieh darbietet; denn selbstverständlich haben sich die Viehhändler nicht deshalb in so ungewöhnlich großer Anzahl in Unterfranken niedergelassen, weil sie leidenschaftliche Liebhaber des Bocksbeutels und der übrigen edlen Frankenweine sind. Nun meint allerdings Genosse Schmidt, daß das von den unterfränkischen Viehhändlern aufgekaufte Vieh ebensowenig »in einem unterfränkischen Stall aufgezogen zu sein braucht, wie man annehmen darf, daß das von den ebenfalls zahlreichen Holzflößern Unterfrankens mainabwärts geleitete Stammholz in ihrem Garten gewachsen ist«. Aber es besteht denn doch unzweifelhaft ein großer Unterschied zwischen Viehaukäufern und Holzflößern, was ihre lokale Gebundenheit an ihr Arbeitsfeld anlangt. Jene müssen mit ihren Lieferanten in beständigem Kontakt stehen und deshalb in dem Gau wohnen, den sie in kurzen Zwischenräumen zum Einkauf von Schweinen, Kälbern, Kühen und Ochsen zu bereisen haben, während die Holzflößer so enge Beziehungen zu ihren Auftraggebern und zu den Waldbesitzern nicht zu unterhalten brauchen und deshalb sehr weit vom Produktionsort des von ihnen verflößten Holzes ansässig sein können. Noch beweiskräftiger ist ein anderes Symptom. Durch die verhältnismäßig gute Preisstatistik Bayerns ist festgestellt, daß nicht nur die Schweinepreise auf dem Viehmarkt in Würzburg erheblich hinter denen Münchens, Nürnbergs und Augsburgs zurückbleiben,<sup>10)</sup> sondern daß auch das Niveau der Schweinefleischpreise in Unterfranken bedeutend niedriger ist als in allen übrigen Regierungsbezirken Bayerns.

Regierungsbezirk	Im Gesamtdurchschnitt aller Berichtsorte betragen die Schweinefleischpreise in Pfennig für 1 Kilo			
	1909	1910	1911	1912
Oberbayern	174	179	169	183
Niederbayern	165	172	159	176
Pfalz	165	173	163	178
Oberpfalz	167	172	163	185
Oberfranken	163	169	161	181
Mittelfranken	170	175	161	187
Schwaben	169	176	169	179
Unterfranken	163	165	158	175
Königreich Bayern	169	175	164	182

<sup>9)</sup> Siehe Attlinger Zur Frage der Fleischversorgung in Bayern, im Landwirtschaftlichen Jahrbuch für Bayern, 1912, pag. 740.

<sup>10)</sup> Es betragen 1908 bis 1910 die Viehpreise für Schweine (in Pfennig pro 1 Kilo) in Nürnberg 127,5, 141,6, 141,1, in München 126,5, 141,3, 141,3, in Augsburg 132,3, 147,3, 146,6, in Würzburg aber 125,1 137,1, 136,8. Auch 1912 hatte Würzburg unter den 7 größten Städten Bayerns die zweitniedrigsten Schweinepreise: München 150, Augsburg 155, Ludwigshafen 157, Bamberg 160, Regensburg 162, Nürnberg 176, Würzburg dagegen 152.



Die vom statistischen Landesamt selbst hervorgehobene Niedrigkeit der Schweinefleischpreise in Unterfranken<sup>11)</sup> läßt sich nur dadurch erklären, daß die außerordentliche Produktionsleistung der unterfränkischen Klein- und Mittelbauern entgegen der Behauptung Kaspar Schmidts, aber ganz entsprechend der Erwartung, die der gesunde Menschenverstand zu hegen berechtigt ist, auch auf dem Markt als Angebot auftritt und hier preiserniedrigend wirkt. Diese Erscheinung gibt einen Fingerzeig, durch welches Mittel wir in Deutschland das Steigen der Fleischpreise auf die Dauer am wirksamsten aufhalten können.

Ich kann nunmehr den positiven Ertrag dieser notgedrungen geführten Polemik kurz zusammenfassen. Die Fleischversorgung Bayerns, die wie die des Reichs immer mehr auf die Steigerung der Schweinefleischerzeugung angewiesen ist, krankt an der beklagenswert geringen Schweinehaltung im rechtsrheinischen Bayern mit Ausnahme Unterfrankens. Diese hat zunächst eine historische und eine wirtschaftspolitische Ursache: die jahrzehntelange einseitige Bevorzugung der Rindviehzucht und die Vernachlässigung der Schweinehaltung durch die staatliche Landwirtschaftspflege und die Ausschließung des rumänischen Maises, der zumal in den Jahren der Kartoffelmißernte den Schweinemästern als Ersatzfuttermittel wertvolle Dienste leisten könnte, durch den zu hohen 3 Mark-Zoll. Aber selbst wenn diese Hemmnisse beseitigt würden, dürfte die so nötige und dringliche Vermehrung der Schweinehaltung an der großbäuerlichen Grundbesitzverteilung Südbayerns bald eine Grenze finden. Der südbayerische Großbauer leidet so sehr unter der Abwanderung der ländlichen Dienstboten, daß seine Frau und seine übrigen Familienangehörigen, infolge der Landflucht von Knecht und Magd mit Arbeit überlastet, für den viel Mühe erfordernden Anbau der Hackfrüchte (der in Bayern bisher allein üblichen Schweinefütterung) und für die Fütterung und Pflege der Muttersauen und der so empfindlichen jungen Ferkel nicht mehr genügend Zeit und Arbeit aufwenden können. Noch weniger ist von den bestehenden oder von neu zu schaffenden Großbetrieben jener Aufschwung der Schweinehaltung zu erhoffen, dessen Herbeiführung in unserer Zeit steigender Fleischpreise und periodisch wiederkehrender Fleischteuerung eines der wichtigsten Ziele der bayrischen Agrarpolitik sein muß. Hat doch der bayrische Landestierzuchtinspektor Oberregierungsrat Dr. Attinger durch genaue Auszüge aus dem vom Bayrischen Landwirtschaftsrat 1907 herausgegebenen Handbuch des größern Grundbesitzes in Bayern festgestellt, daß von 784 bayrischen Großbetrieben nur 514 = 65,5% überhaupt Schweine hielten.<sup>12)</sup> Dagegen weist den richtigen Weg, wie der daniederliegenden Schweinezucht und der ganz unzureichenden Schweinefleischversorgung Bayerns ein wirksamer Impuls gegeben werden kann, das Beispiel Unterfrankens. Die unbestreitbare Tatsache, daß hier wie nahezu überall die Kleinbauern und die auf dem Lande ansässigen Arbeiter, Handwerker und sonstigen kleinen Leute von ihrer großen Schweine-

<sup>11)</sup> Siehe die Zeitschrift des Königlich Bayrischen Statistischen Landesamts, 1913, pag. 421 ff.

<sup>12)</sup> Siehe Attinger Welche Aufgaben stehen der bayrischen Viehzucht für die Zukunft bevor?, in dem vom Klub bayrischer Landwirte herausgegebenen Sammelwerk Vorträge für praktische Landwirte / München 1912/, pag. 22 ff. Auch das vom Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrats Professor Dr. Dade herausgegebene Werk Die deutsche Landwirtschaft unter Kaiser Wilhelm II. / Halle 1913 / gibt manche Beschreibung viehloser und viehschwacher bayrischer Güter. So heißt es beispielsweise, im 2. Band, pag. 59, von dem 500 Hektar großen Gut Irlaching: »Schweinezucht war nie vorhanden, und die früher betriebene Schafzucht und Fohlensaufzucht wurde vor 6 Jahren aufgegeben.«

produktion ein sehr beträchtliches Quantum an den Markt abgeben, sollte auch von solchen Parteigenossen nicht länger geleugnet werden, die als eingeschworene Freihändler von einem Zugeben dieser Tatsache ihnen unerwünschte Konsequenzen für unsere Stellungnahme zu den Vieh- und Fleischzöllen befürchten. Daß die in Unterfranken für die Fleischversorgung bewährte Grundbesitzverteilung auch in Südbayern nicht versagen würde, lehren schon jetzt manche kleinbäuerlichen Landgemeinden südlich der Donau. So berichtete der bayrische Landestierzuchtinspektor Dr. Attinger: »Ich war erst vor wenigen Tagen in der Gegend von Velden an der Vils und habe gesehen, daß kleinste Leute, fast ohne Ar und Halm, Hunderte von Schweinen halten und große Fleischmengen der Großstadt München zuführen. Diese Leute kaufen die Ferkel und das benötigte Futter und stehen sich recht gut dabei. Ein Mann, der jährlich 300 bis 400 Schweine mästete, versicherte, daß er für Futtermittel im Jahr mehr als 10 000 Mark ausgibt . . . Gäbe es in Bayern mehr solcher Leute, dann brauchten wir keine Mastanstalten, keine Genossenschaftszüchtereien, ja nicht einmal Schweinezüchtgenossenschaften.«<sup>13)</sup> Tritt zu der hier empfohlenen Politik die Bodenverteilung im südbayerischen Großbauernbetrieb der unterfränkischen dadurch anzunähern, daß man bei Gelegenheit der hier so häufigen Güterzertrümmerungen neue Klein- und Mittelbauernwirtschaften und Landarbeiteranwesen schafft, noch die Aufhebung oder Ermäßigung des Maiszolls und eine bessere Schulung der Bauernmädchen und -frauen in der Tierzucht und Fütterungslehre<sup>14)</sup> hinzu, dann wird die Schweinehaltung in Bayern gewiß den selben Aufschwung nehmen, den sie in Nordwestdeutschland, getragen auch hier vom kleinen und mittlern Bauerntum, schon seit Jahren genommen hat.<sup>15)</sup>



UN könnte aber eingewandt werden: die bedeutende Leistungsfähigkeit der unterfränkischen Klein- und Mittelbauern in der Deckung des Eigen- wie des Marktbedarfs an Schweinefleisch allein berechtige mich noch nicht dazu die in der Nordwestecke Bayerns bestehende Agrarverfassung als für den Süden und Osten des Königreichs vorbildlich hinzustellen; denn der Vorsprung in dem einen

<sup>13)</sup> Siehe Attinger Genossenschaftliche Schweinezüchtereien, im Landwirtschaftlichen Wochenblatt für Bayern, 1913, pag. 478. An gleicher Stelle (pag. 476) schreibt der niederbayrische Gutsbesitzer Engelen, Besitzer einer Züchtereien mit 100 bis 130 Zuchtstauen: »Die Schweinezucht muß in der Hauptsache auf den kleinen und mittlern Mann basieren werden . . . Das Interesse des kleinern und mittlern Besitzers muß geweckt werden . . . Es wäre tief bedauerlich, wenn unsere bayrischen Landwirte nicht allmählich auch das fertigmachten auf dem Gebiet der Schweinezucht, was die kleinen Besitzer in Hannover und Westfalen schon seit Jahrzehnten geleistet haben.« Daß die Überlegenheit des Kleinbetriebs in der Viehproduktion nicht, wie Kaspar Schmidt dem Genossen K. Kautsky nachspricht, durch Überarbeit und Unterkonsum des Kleinbesitzers zustandekommt, bestätigt auch der landwirtschaftliche Sachverständige am Volksbureau in Passau Wagner in seinem Artikel Grundbedingungen für eine erfolgreiche Schweinezucht, im Bayrischen Bauern vom 22. Juni 1913: »Von sehr großer Bedeutung für den Schweinezüchter ist ferner auch die Personalfrage. Diese Frage ist umso schwieriger je größer der ganze Betrieb ist . . . Anders ist es natürlich in kleineren Betrieben. Da löst sich die Personalfrage von selbst, denn Eigentümer und Züchter vereinigen sich hier in einer Persönlichkeit. Das ist auch der Grund dafür, daß der kleinere Züchter, der seiner Zucht selbst die nötige Pflege angedeihen lassen kann, meist im Verhältnis eine größere Rente herauswirtschaftet als der Großgrundbesitzer.«

<sup>14)</sup> Siehe Kempf Die Frau in der bäuerlichen Landwirtschaft Bayerns, in den Annalen des Deutschen Reichs, 1913, pag. 62 ff.

<sup>15)</sup> Genosse Kaspar Schmidt meint, mein Hinweis auf Unterfranken als Musterbezirk für die Schweineproduktion beweise nicht viel, denn selbst »das klassische Land der Großbetriebe, Preußen« komme ja mit 61,5 Schweinen pro 100 Hektar sehr nahe an Unterfranken heran. Aber Genosse Schmidt sollte doch nicht vergessen, daß 1907 in ganz Ostdeutschland auf 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche nur 46, in Ostpreußen gar nur 37 Schweine entfielen, während auf gleicher Fläche in Oldenburg 101, in Westfalen 115, in Hannover 121, in Lippe-Detmold 157 und in Schaumburg-Lippe gar 215 Schweine gehalten wurden. Aus den letztgenannten Ländern und aus den Elb- und Weserhäfen bezog Bayern 1912 353 899 Schweine mehr als es dahin ausführte. Überhaupt stammt der Hauptteil der großen Schweinemehreinfuhr Bayerns aus ausgesprochenen Bauernländern.

Produktionszweig könne ja durch ein Zurückbleiben auf anderen Gebieten ausgeglichen sein. Dieser mögliche Einwand scheidet aber an der Tatsache, daß sich die unterfränkische Grundbesitzverteilung auch in allen übrigen Produktionszweigen auf das beste bewährt. Das gilt zunächst von dem in Unterfranken weitaus vorherrschenden Getreidebau, aber auch vom Kartoffel- und Wiesenbau, wie folgende dem Organ des statistischen Landesamts entnommene Tabelle lehrt:

Regierungsbezirk	Gesamter Mittelerntheertrag 1901 bis 1910 in Doppelzentner pro 1 Hektar					
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffel	Heu
Oberbayern	15,6	15,4	15,2	14,7	104	52
Niederbayern	16,6	15,8	16,8	15,4	122	47
Schwaben	16,5	15,8	16,0	15,1	97	55
Oberpfalz	13,7	14,4	14,5	14,4	123	41
Oberfranken	15,4	15,0	15,7	15,4	121	41
Mittelfranken	16,2	15,8	17,4	15,1	134	52
Unterfranken	16,6	16,8	18,1	17,3	141	52
Königreich Bayern	15,9	15,9	16,9	15,5	124	50

Unterfranken weist also, obwohl unfruchtbare Mittelgebirge wie Rhön und Spessart einen großen Teil seiner Bodenfläche einnehmen, bei allen 4 Hauptgetreidearten und bei den Kartoffeln von sämtlichen rechtsrheinischen Regierungsbezirken im 10jährigen Durchschnitt die höchsten Ernteerträge auf: nur im Heuertrag wird es von Schwaben ein wenig überholt, sehr erklärlicherweise, da die südliche Hälfte Schwabens, das Allgäu, ein geborenes Wiesen- und Weideland ist. Diese seine erste Rangstelle im Ackerbau Bayerns hat Unterfranken auch 1911 und 1912 behauptet, dank dem Fleiß seiner kleinen und mittlern Bauernschaft und dank der vorzüglichen Ackerbestellung, die ich besonders im Schweinfurter und Ochsenfurter Gau und in der Umgegend von Würzburg zu bewundern Gelegenheit gehabt habe. Auch die unterfränkische Rindviehhaltung kann sich in ihrer Quantität und Qualität und besonders mit ihnen in den letzten Jahren gemachten Fortschritten sehen lassen. Die Ziegenzucht ist doppelt so stark wie im gesamten Staat. In der Geflügelhaltung steht Unterfranken mit 248 Gänsen, Enten und Hühnern pro 100 Hektar weit über der durchschnittlichen Feder- und Ziegenzucht des Königreichs, die nur 202 beträgt. An Obstbäumen (595 auf 1 Quadratkilometer) übertrifft es den bayrischen Durchschnitt (297) um das Doppelte. Der Bauernvereinssekretär Reichstagsabgeordneter Gerstenberger konnte daher auf der vorjährigen Wanderversammlung bayrischer Landwirte zu Aschaffenburg zum Lob seiner Heimat und ihrer Bodenverteilung mit Recht sagen:

»Unterfranken baut, obwohl es im Verhältnis zur Gesamtfläche den meisten Wald hat, mehr Hackfrüchte als sämtliche diesrheinische Kreise zusammen; dazu noch so viel Kartoffeln wie die Oberpfalz und Gerste wie Niederbayern. An Obst steht es sogar an erster Stelle, was die Dichtigkeit auf die Fläche und die Einwohnerzahl anlangt. Das hat aber gerade in der günstigen Bodenverteilung seinen Grund. Darum viele mittlere, weniger große Güter und auch recht viele kleine.«<sup>10)</sup>

<sup>10)</sup> Siehe den Bericht über die Aschaffenburg Wanderversammlung bayrischer Landwirte, in der Wochenschrift *Der fränkische Bauer*, 1913, pag. 209. Die durchschnittlichen Ernteerträge haben sich von 1880 bis 1912 in Unterfranken beim Winterroggen von 16,8 auf 41,4, bei der Sommergerste von 26,4 auf 44,8, bei den Kartoffeln von 141 auf 268 Zentner pro 1 Hektar gehoben; ein packender Beweis für die Fortschritts- und Leistungsfähigkeit klein- und mittelbäuerlicher Landwirte auch im Ackerbau.

Den bedeutenden Leistungen der unterfränkischen Bauernschaft entspricht eine in Kauf und Verkauf landwirtschaftlicher Produktionsmittel und Produkte und in den Geldumsätzen sich reichentfaltende wirtschaftliche Aktivität, für deren Stärkegrad die Verbreitung der ländlichen Spar- und Darlehnskassen den besten Maßstab abgibt, da diese ja nicht nur den Kreditverkehr sondern auch den gemeinschaftlichen Bezug und Absatz der Landwirte vermitteln. 1912 waren in Bayern an eingetragenen ländlichen Spar- und Darlehnskassen vorhanden: in Oberbayern 566, Niederbayern 367, Schwaben 640, Pfalz 451, Oberpfalz 363, Oberfranken 357, Mittelfranken 428 und in Unterfranken 653. Demnach steht Unterfranken, das ja in Bayern die Wiege des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens war und noch 1880 mehr ländliche Genossenschaften als der ganze übrige rechtsrheinische Teil des Königreichs zählte<sup>17)</sup>, noch heute im ländlichen genossenschaftlichen Kreditwesen an der Spitze aller bayrischen Kreise. Die Umsätze, die diese Dorfbanken der kleinen und mittlern Bauernschaft Unterfrankens erzielen, sind recht beträchtlich. Sie bezifferten sich 1912 auf insgesamt 90,5 Millionen Mark, und die ihnen anvertrauten Spareinlagen und Einlagen gegen Schuldurkunden erreichten Ende 1911 52 688 000 Mark. Eine besondere Erwähnung verdienen die zurzeit in Unterfranken bestehenden 26 landwirtschaftlichen Lagerhäuser genossenschaftlichen Charakters. Sie rangierten 1911-1912 im Umsatz an Futter- und Düngemitteln und an Gerste, dem Hauptprodukt des unterfränkischen Ackerbaus, unter den Lagerhäusern aller bayrischen Regierungsbezirke an 2. Stelle. Die Klein- und Mittelbauern seiner Heimat scheinen demnach doch in engeren Beziehungen zum Markt zu stehen als Genosse Kaspar Schmidt annimmt.

Auch das landwirtschaftliche Versicherungs- und Vereinswesen ist in Unterfranken zu vorbildlicher Entwicklung gelangt, wie folgende vergleichende Übersicht über den Stand der Ortsviehversicherungsvereine und der Garten- und Obstbauvereine in Bayern im Jahr 1912 zeigt:

Regierungsbezirk	Ortsviehversicherungsvereine				Obst- und Gartenbauvereine Zahl der Vereine
	Zahl der Vereine	Mitglieder	Versicherte Tiere	Versicherungssumme	
Oberbayern	99	3 260	17 160	6 272 340	478
Niederbayern	127	3 884	15 473	4 699 515	215
Schwaben	125	4 133	30 554	13 019 790	401
Pfalz	272	19 677	56 031	16 442 610	283
Oberpfalz	141	5 911	18 643	5 650 925	159
Oberfranken	238	9 890	31 175	8 165 310	271
Mittelfranken	215	9 785	39 061	11 578 360	354
Unterfranken	421	24 324	83 649	23 531 485	571

Der am ausgesprochensten klein- und mittelbäuerliche Kreis Bayerns rechts des Rheins hat also auch in der Organisation der Viehversicherung und in der vereinsmäßigen Pflege des Obst- und Gartenbaus einen sehr ansehnlichen Vorsprung vor den übrigen Landesteilen.

Die Rührigkeit und Strebsamkeit der Klein- und Mittelbauern Unterfrankens, die auch in diesen Zahlen zu beredtem Ausdruck kommt, hat zur Folge, daß

<sup>17)</sup> Siehe Zahnbrecher und Loeweneck Die bayrischen Spar- und Darlehnskassen / München 1906 /, pag. 29 ff.

ihre ökonomische Lage sich im Lauf der letzten Jahrzehnte im allgemeinen gehoben hat. Ich will natürlich nicht leugnen, daß besonders in der Rhön und im Spessart zahlreiche kleinbäuerliche Gemeinden auf hausgewerblichen Nebenverdienst oder auf Lohnarbeit in den Industrien der benachbarten Städte angewiesen sind<sup>18)</sup>, im großen und ganzen aber habe ich im Lande den Eindruck gewonnen, daß die weitüberwiegende Mehrheit der unterfränkischen Klein- und Mittelbauern in ihrem allerdings nicht leichten Daseinskampf erfolgreich bleibt und vorwärtskommt. Dafür spricht auch die Statistik der Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Anwesen in Bayern.<sup>19)</sup> Es dürfte genügen in dieser Beziehung Unterfranken mit den 3 südbayerischen Regierungsbezirken zu vergleichen, die am meisten großbäuerlichen Charakters sind und für die hier vorgeschlagene Agrarreform an erster Stelle in Betracht kommen.

Regierungsbezirk	In dem Jahrzehnt 1908 bis 1912 wurden vergantet	
	Zahl der Anwesen	Fläche in Hektar
Oberbayern	453	5190
Niederbayern	489	4027
Schwaben	311	2092
Unterfranken	284	1433

Bei diesem für Unterfranken so günstigen Ergebnis ist noch zu berücksichtigen, daß die in Südbayern so zahlreichen außergerichtlichen Notverkäufe landwirtschaftlicher Anwesen zum Zweck der Zertrümmerung in dem am meisten klein- und mittelbäuerlichen Kreis Bayerns fast gar nicht vorkommen.

Übereinstimmend sprechen demnach zugunsten der landwirtschaftlichen Betriebs- und Besitzverfassung Unterfrankens fast alle Daten der Agrarstatistik. Sollte Genosse Kaspar Schmidt sie alle für trügerischen »Schein« erklären wollen, um ihnen eine »Wirklichkeit« entgegenzustellen, die doch nur die voreilige Verallgemeinerung zufälliger persönlicher Beobachtungen sein könnte? Eine solche Willkür traue ich dem Würzburger Genossen denn doch nicht zu. Ich hoffe vielmehr, er wird nunmehr zugeben, daß mir gerade Unterfranken keinen Anlaß bietet mich von meiner, wie er meint, »übertriebenen Bewertung der Kleinbetriebsform in der Landwirtschaft« abbringen zu lassen.<sup>20)</sup> Er wird hoffentlich nun auch einsehen, daß ich in meinem Artikel über die Güterzertrümmerung, der den Anlaß zu unseren

<sup>18)</sup> Eine lehrreiche Schilderung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände in unterfränkischen Landgemeinden, deren Bewohner in der Fabrikarbeit oder in Hausindustrien ihren Neben- oder Haupterwerb suchen müssen, hat uns der Direktor des Statistischen Amts der Stadt Halle Dr. Hellmuth Wolff in seinem gründlichen Werk Der Spessart, sein Wirtschaftsleben / Aschaffenburg 1905 / gegeben.

<sup>19)</sup> Siehe den Artikel Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Besitzungen in Bayern 1808 bis 1812. in der Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Landesamts, 1913, pag. 579 ff.

<sup>20)</sup> Glücklicherweise schließen sich immer mehr führende Genossen auch in Bayern meiner angeblich »übertriebenen« Bewertung der landwirtschaftlichen Familienbetriebsform an. Beispielsweise erklärte Genosse Hierl, dem der Unterfranken benachbarte Wahlkreis Ansbach-Schwabach in den Reichstag gesandt hat, bei Beratung des fortschrittlich-volksparteilichen Antrags auf Beschränkung der Fideikommissare als Redner unserer Reichstagsfraktion, jede Statistik über Volksernährung beweise, daß nicht der Großgrundbesitz die Hauptquelle sei, aus der die Nahrung des Volks fließe, sondern der kleine und mittlere Besitz. Und das vom bayerischen Parteivorstand herausgegebene Bayrische Wochenblatt schrieb am 20. Februar 1913: »Bauernfeindlich kann die Sozialdemokratie schon im Interesse der Konsumenten nicht sein, denn der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft ist für unsere Volksernährung weit wichtiger als der Großbetrieb; eben deswegen tritt sie für Zerschlagung des Großgrundbesitzes in Bauerntellen ein. Sie will den Bauernbesitz nicht bloß sichern sondern vermehren.«

Auseinandersetzungen geboten hat, im Interesse der Erhöhung der landwirtschaftlichen Betriebsintensität und Produktionsleistung mit Recht empfohlen habe die Grundbesitzverteilung Südbayerns der unterfränkischen anzunähern und mit Hilfe einer großen gemeinnützigen Land- und Siedlungsbank eine nach diesem Ziel orientierte aktive Bodenpolitik des bayrischen Staats zu inaugrieren.

**E**IN gemeinnütziges Institut dieser Art würde nicht künstliche, dem natürlichen Entwicklungsgang der bayrischen Landwirtschaft widerstrebende Ziele verfolgen sondern nur deren seit 3 Jahrzehnten vor sich gehende Eigenbewegung, die entgegen der agrar-marxistischen Doktrin die mehr großbäuerliche Betriebsgliederung und Grundbesitzverteilung im Süden und im Zentrum des Landes der mittel- und kleinbäuerlichen des Nordens anzugleichen strebt, in geregelte Bahnen leiten. Ein solches Institut könnte die süd- und mittelbayrische Parzellierungsbewegung vor allem von den zahlreichen schädlichen Nebenerscheinungen befreien, die sich daraus ergeben, daß es bis vor wenigen Jahren ausschließlich und noch bis heute überwiegend den gewerbsmäßigen Güterhändlern überlassen geblieben ist der allgemeinen landwirtschaftlichen Entwicklungstendenz durch Zertrümmerung von Hunderten und Tausenden von größeren Bauernanwesen in Süd- und Mittelbayern die Bahn zu brechen und dabei gleichzeitig rücksichtslos ihre Schäfchen zu scheren. Diese Ausbeutung der Konjunktur auf dem Grundstücksmarkt, die den Wert kleiner Anwesen sehr gesteigert und daher die Zerschlagung größerer Bauernwirtschaften zu einem lukrativen Geschäft gemacht hat<sup>21)</sup>, ist freilich den gewerbsmäßigen Güterhändlern durch das neue bayrische Güterzertrümmerungsgesetz vom 13. August 1910 stark beschnitten worden. Die vom bayrischen statistischen Landesamt vor kurzem veröffentlichte Güterzertrümmerungsstatistik für 1912<sup>22)</sup> zeigt die einschneidende Wirkung dieses Gesetzes:

Zeitraum	Es fanden in Bayern statt				Es betrug in Bayern die Zahl der tätigen Güterhändler
	Güterzertrümmerungen überhaupt		davon gewerbsmäßige		
	Zahl	Fläche in Hektar	Zahl	Fläche in Hektar	
1908-1909	1431	21 555	1173	18 665	462
1909-1910	1376	19 391	1130	17 051	437
1910-1911	908	13 068	635	10 035	423
1. März 1911 bis					
31. Dezember 1911	560	7 066	247	2 934	200
1912	725	8 513	212	2 405	287

<sup>21)</sup> Bei den 490 Anwesen im Wert von 11,6 Millionen Mark, die der gewerbsmäßige Güterhandel 1912 in Bayern erwarb, betrug der durchschnittliche Kaufpreis pro 1 Hektar in der Größenklasse unter 2 Hektar 6567 Mark, von 2 bis 3 Hektar 3331, von 3 bis 5 Hektar 2564, von 5 bis 10 Hektar 2240, von 10 bis 20 Hektar 1936, von 20 bis 50 Hektar 1717 und von 50 bis 100 Hektar 1485 Mark. Aus diesem so viel höhern Wert der kleineren Grundstücke erklärt es sich, daß der Güterhandel sämtliche 490 von ihm erworbene Grundstücke bis auf 80, die er im ganzen weiterverkaufte, und auf weitere 44, die ihm durch Ausübung des Vorkaufsrechts von Genossenschaften und Gemeinden entwunden wurden, zur Zertrümmerung gebracht hat. Da größere Güter ihrer geringern Rentabilität wegen so viel billiger als mittel- und besonders kleinbäuerliche sind und deshalb mit besserer Aussicht auf Profit als diese zertrümmert werden können, ist es nicht verwunderlich, daß 51,4% der 1912 zertrümmerten Fläche ganzer Anwesen und 59,8% der zertrümmerten Fläche von Anwesenanteilen zu den größeren Gütern von 20 bis über 100 Hektar gehört hatten.

<sup>22)</sup> Siehe Schmelzle Güterzertrümmerung in Bayern 1912, in der Zeitschrift des Königlich Bayerischen Statistischen Landesamts, 1913, pag. 559 ff.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß zu den 212 im Jahr 1912 beendigten gewerbsmäßigen Güterzertrümmerungen mit 2405 Hektar Fläche noch 184 im Jahr 1912 begonnene, aber noch nicht abgeschlossene Zertrümmerungen mit 2502 Hektar hinzugerechnet werden müssen, so bleibt der Rückgang der gewerbsmäßigen Zertrümmerungen dennoch sehr beträchtlich. Dieser Rückgang ist um so erfreulicher, als auch die Statistik des Jahres 1912 wiederum festgestellt hat, daß die Gewinne der gewerbsmäßigen Zertrümmerer sehr ansehnlich, nicht selten ungeheuerlich sind.<sup>23)</sup> In der Zurückdrängung des gewerbsmäßigen Güterhandels hat also das bayrische Gesetz vom 13. August 1910 einen Erfolg erzielt wie er einem Gesetz, das volkswirtschaftliche Verhältnisse regeln will, nur selten beschieden ist.

Aber das war nicht die einzige Absicht der bayrischen Gesetzgeber. Sie wollten ja die Güterzertrümmerung als solche, deren privat- und volkswirtschaftlich im großen und ganzen heilsame Wirkung von ihnen anerkannt wurde, nicht unterdrücken sondern nur aus den Händen der gewerbsmäßigen Güterhändler in die der Anwesensbesitzer selbst oder in die ihrer wirtschaftlichen Organisationen, der ländlichen Spar- und Darlehnskassen, hinüberspielen. Zu diesem Zweck wurde diesen Organisationen, sofern sie von den Verwaltungsbehörden nach gewissen Kriterien als gemeinnützig anerkannt werden können, den gewerbsmäßigen Güterhändlern gegenüber ein befristetes Vorkaufsrecht verliehen. Diese zweite Absicht des Gesetzes die Güterhändler durch die Spar- und Darlehnskassen zu ersetzen, ist jedoch in viel geringerem Grad erreicht worden. Das zeigt die Statistik des Jahres 1912 recht deutlich:

Regierungs- bezirke	Es fanden 1912 in Bayern rechts des Rheins statt						Durch Darlehns- kassenvereine wurden 1911 Gü- terzertrümme- rungen ausge- führt	
	beendigte Güter- zertrümmerun- gen überhaupt		davon durch ge- werbsmäßige Güterhändler		durch Dar- lehnskassen- vereine		Zahl	Fläche in Hektar
	Zahl	Fläche in Hektar	Zahl	Fläche in Hektar	Zahl	Fläche in Hektar		
Oberbayern	128	1868	31	423	59	774	39	806
Niederbayern	119	1899	55	781	23	491	23	706
Schwaben	164	1418	33	196	92	928	55	371
Oberpfalz	106	1416	52	612	24	311	12	140
Mittelfranken	97	851	26	176	45	445	25	342
Oberfranken	39	441	8	170	2	37	7	44
Unterfranken	62	595	4	37	10	82	6	53

Demnach hat der gewerbsmäßige Güterhandel mit seinen hohen Spekulationsgewinnen, seiner rein privatwirtschaftlichen Orientierung und dementsprechend geringen Rücksichtnahme auf die Interessen der Landeskultur noch in 3 Regierungsbezirken, darunter in seinen beiden Haupttummelplätzen Niederbayern und Oberpfalz, vor den gemeinnützigen Darlehnskassen trotz ihrer Privilegierung einen weiten Vorsprung. Das ist auch sehr erklärlich;

<sup>23)</sup> Bei 195 gewerbsmäßig zertrümmerten Anwesen lassen sich die Ankaufs- und Verkaufspreise der Güterhändler einander gegenüberstellen. In nicht weniger als 59 Fällen betrug der Mehrerlös des Güterhändlers über den Ankaufspreis zwischen 10 und 20%, in 57 Fällen zwischen 20 und 40%, in 8 Fällen zwischen 40 und 60%, in weiteren 8 Fällen zwischen 60 und 100% und in 1 Fall sogar über 100%. Die Gewinne der Güterhändler sind also auch bei Berücksichtigung ihrer Spesen sehr erheblich.

zunächst schon daraus, daß es gerade in Südbayern zahlreiche Gemeinden gibt, in denen ländliche Spar- und Darlehnskassen nicht vorhanden sind und daher den gewerbsmäßigen Güterhändlern auch nicht als vorkaufsberechtigte Konkurrenten entgegentreten können.<sup>24)</sup> Dann aber auch daraus, daß vielen Darlehnskassenvereinen trotz der Hilfeleistung, die sie bei ihren Zentralkassen finden, die Mittel, die Männer oder die Entschlußkraft fehlen, um riskante, schwierige und zeitraubende Landgeschäfte durchzuführen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die ländlichen Kreditgenossenschaften 1912 zwar bei 331 Gutskäufen gewerbsmäßiger Güterhändler mit 5524 Hektar Gesamtfläche berechtigt gewesen wären von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen, es aber mit Einschluß ihrer Zentralkassen tatsächlich nur in 41 Fällen mit 711 Hektar Land ausgeübt haben, also nur in einer geringen Bruchzahl (13%) der Fälle und nur bei kleineren Anwesen. Da auch die Gemeinden ihr Vorkaufsrecht nur in 3 Fällen bei ganz kleinen Grundstücken mit insgesamt nur 40 Hektar Fläche geltend gemacht haben, ist dieses Kampfmittel gegen den gewerbsmäßigen Güterhandel unwirksam geblieben. Bedenklicher noch ist es, daß in 3 Regierungsbezirken (Oberbayern, Niederbayern und Oberfranken) die von den gemeinnützigen ländlichen Spar- und Darlehnskassen zertrümmerte Fläche 1912 gegenüber 1911 einen Rückgang aufweist. Anscheinend haben die Raiffeisenvereine die Erfahrung gemacht, daß sie sich untauglich machen ihre noch wichtigere eigentliche Aufgabe: die Befriedigung des ländlichen Personalkredits, zu erfüllen, wenn sie ihre Barmittel in Resthypothesen und sogenannten Güterzielen festlegen.

Aber noch eine weitere Hoffnung, die man auf die Zertrümmerungstätigkeit der privilegierten ländlichen Genossenschaften gesetzt hatte, hat sich nicht erfüllt. Die bäuerlichen Landwirte Südbayerns leiden außerordentlich unter der Landflucht des Gesindes. Weil der Bauer verheiratete Arbeiter nicht brauchen kann, und weil im südlichen Bayern kleine Gütler- oder Söldneranwesen, durch deren Erwerb heiratslustige Dienstboten sich in ihrem landwirtschaftlichen Beruf selbständig machen könnten, nur in geringer Zahl vorhanden sind, ziehen die Bauernknechte und besonders die Bauernmägde in hellen Scharen in die Städte, zumal in die Großstädte, wo ihre Aussichten auf Heirat und wirtschaftliches Fortkommen günstigere sind als draußen in den Dörfern der Groß- und größeren Mittelbauern.<sup>25)</sup> Als wirksamstes

<sup>24)</sup> Ende 1912 waren in den Verzeichnissen der Distriktsverwaltungsbehörden insgesamt 2735 gemeinnützige Genossenschaften eingetragen. Ihr Geschäftsbetrieb erstreckte sich über insgesamt 5054 Gemeinden des Königreichs. Es blieben aber noch 2929 Gemeinden übrig, die nicht in den Geschäftsbereich dieser Genossenschaften fielen. In Niederbayern betrug die Zahl der vorkaufsberechtigten Genossenschaften nur 254, in der Oberpfalz nur 237, während im erstgenannten Regierungsbezirk 334, im letztgenannten 432 Gemeinden vorhanden waren, in denen vorkaufsberechtigte Genossenschaften nicht bestanden. In Oberbayern gab es solcher Gemeinden sogar 559. Hier waren 45%, in Niederbayern 35% und in der Oberpfalz 39% aller Gemeinden ohne vorkaufsberechtigte Genossenschaften.

<sup>25)</sup> Welchen Umfang die Abwanderung der ländlichen Dienstboten Bayerns nach den Großstädten angenommen hat, kann man aus 2 vom bayrischen statistischen Amt veröffentlichten wertvollen Monographien Das Heimats- und Armenwesen in Bayern, statistische Unterlagen zur Reform der bayrischen Heimats- und Armengesetzgebung / München 1911 /, pag. 16 ff., und Bayern und seine Gemeinden unter dem Einfluß der Wanderungen während der letzten 50 Jahre / München 1912 /, pag. 223 ff., ersehen. Danach sind von den 22 599 häuslichen Dienstboten Münchens nicht weniger als 18 795 und von den 8961 Nürnbergs 7466, also je 83% in einer andern bayrischen Gemeinde, und zwar zum allergrößten Teil auf dem Lande geboren. Selbst von den 18 909 Dienstboten Frankfurts am Main stammten nicht weniger als 3846, also ein Fünftel, aus Bayern, und zwar fast ausschließlich aus ländlichen Gemeinden. Infolge dieser Anziehungskraft der Städte nahmen in Bayern von 1882 bis 1907 die landwirtschaftlichen Mägde um 62 000, die ländlichen Dienstboten insgesamt um mehr als 100 000 ab. Im Jahr 1907 gab es um ein Drittel ländliche Dienstboten weniger als 1882.



Mittel zur Bekämpfung dieser Landflucht gilt in Bayern mit Recht die Ansiedlung solcher Dienstboten, die eine Familie gründen wollen und einige Ersparnisse aufzuweisen haben, auf kleinen Anwesen mit Haus und etwa 2 bis 4 Hektar Land. Zu dieser Seßhaftmachung heiratslustiger Dienstboten, die übrigens auch von unseren bayrischen Parteigenossen, sehr im Gegensatz zu der Stellungnahme der Agrarmarxisten, gebilligt und begünstigt wird, seien, meinte man bei der Beratung des Gesetzes vom 13. August 1910, die ländlichen Kreditgenossenschaften in erster Linie berufen und befähigt, und man bestürmte sie nach der Annahme des Gesetzes geradezu tüchtige Landarbeiter und Dienstboten durch Kreditgewährung instand zu setzen Restgüter oder Parzellen zertrümmerter Anwesen zu erwerben und auf ihnen seßhaft zu werden.<sup>26)</sup> Aber auch zur Übernahme dieser wichtigen agrarsozialen Aufgabe sind die Raiffeisenvereine nicht finanziell kräftig genug; sie können ihre flüssigen Mittel nicht durch Gewährung langjährigen Grundkredits festlegen, und sie müssen deshalb, falls sie überhaupt zur Durchführung von Güterzertrümmerungen sich entschließen, auf höhere Anzahlungen halten als selbst sparsame ländliche Dienstboten leisten können. Es ist daher kein Wunder, daß 1912 durch nichtgewerbsmäßige Güterzertrümmerer nur 15 landwirtschaftliche Arbeiter auf Restgütern ansässig gemacht wurden.

Nach alledem ist es nicht angängig das bayrische Gesetz vom 13. August 1910, wie es öfter geschieht, für das seit Jahren in Aussicht gestellte preußische Parzellierungsgesetz und für die Gesetze, die Württemberg und andere Staaten gegen die Güterschlächtereie erlassen wollen, als schlechthin vorbildlich hinzustellen; denn das bayrische Gesetz hat zwar den gewerbsmäßigen Güterzertrümmerer kräftig zurückgedrängt, dafür aber die Bewegung des süd- und mittelbayrischen Bodens zum besten Wirt und zur zweckmäßigsten Betriebs- und Besitzgröße gehemmt und die beiden heute wichtigsten agrarpolitischen Aufgaben Bayerns: die Dienstbotenansiedlung und die Erhöhung der Schweinehaltung durch Vermehrung der hierzu passendsten Produktionsstätten, um keinen Schritt der Lösung nähergebracht.

Um diese Aufgaben erfolgreich in Angriff zu nehmen und die gewerbsmäßigen Güterzertrümmerer vollwertig zu ersetzen, bedarf es, darin stimme ich dem Genossen Geißler, dem Vertreter Bayerns in der sozialdemokratischen Agrarstudienkommission, und dem bayrischen Bauernführer und Genossenschaftsorganisator Dr. Heim zu, der Begründung einer mit großem Kapital auszustattenden Land- und Siedelungsbank. Aber während Genosse Geißler sich diese Bank als Staatsinstitut denkt, und Dr. Heim ihr den Charakter einer staatlichen Kredit zu Hilfe nehmenden privaten Erwerbsgesellschaft geben will, empfehle ich sie nach dem Muster der gemeinnützigen provinziellen Land- und Ansiedlungsgesellschaften Ostdeutschlands zu gestalten, deren Tätigkeit die Anerkennung aller Parteien und Richtungen, natürlich mit Ausnahme der prinzipiellen Gegner der Bauernsiedlung, der Agrarmarxisten

<sup>26)</sup> So nahm beispielsweise der große christliche Bauernverein für Schwaben und Neuburg im März 1913 auf seiner Generalversammlung zu Buchloe nach einem Referat seines Vorsitzenden, des Reichstagsabgeordneten Dekan Hebel, einstimmig folgende Resolution an: „Der christliche Bauernverein für Schwaben und Neuburg läßt wiederholt die dringende Bitte an die Raiffeisenvereine ergehen ihren Einfluß beim Güterverkehr und namentlich ihr jetziges Vorkaufsrecht dazu zu benutzen, um jungen fleißigen und sparsamen Leuten auf dem Lande den Erwerb eines eigenen kleinen Anwesens und die Gründung einer Familie (Ansässigmachung) zu ermöglichen, um der Landflucht und der Leutenot auf dem Lande praktisch entgegenzuarbeiten.“

und gewisser feudaler Großgrundbesitzerkreise, gefunden hat. Danach müßte sich der bayrische Staat an der als Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu begründenden Bayrischen Land- und Siedelungsbank mit einer Kapitaleinlage von mindestens 2 Millionen Mark beteiligen, während ein mindestens ebenso hoher Kapitalbetrag, für den höchstens 5% Dividende zu verteilen wären, von den Kreisen, Distrikten, Gemeinden und landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden Bayerns aufzubringen wäre.

Wenn auch die Regelung des Güterzertrümmerungswesens das wichtigste Problem landwirtschaftlicher Bodenpolitik in Bayern ist, so gibt es doch noch zahlreiche andere Aufgaben auf diesem Gebiet, alte, wie die Flurbereinigung, und neue, wie eine dem Muster der Schweiz, Kärntens und Vorarlbergs nachzubildende Alpwirtschaftspolitik. Als die nächstwichtigsten möchte ich hier nur noch hervorheben: die Kultivierung der staatlichen Moore, der ihre Besiedelung durch kleine und mittlere Bauern möglichst bald folgen sollte<sup>27)</sup>, und die Verhinderung der Aufsaugung bäuerlichen Besitzes durch Familienfideikomisse und Luxusgüter. Glücklicherweise ist die bayrische Sozialdemokratie und besonders auch unsere bayrische Landtagsfraktion von der Bedeutung, die diese agrarischen Reformfragen gerade auch für die städtische Arbeiterschaft haben, überzeugt und mit ihrer Agrarpolitik im allgemeinen auf dem richtigen Weg. Es ist daher zu hoffen, daß sie an ihrer Lösung kräftig mitarbeiten und dadurch auch für unsere, in Agrarfragen bisher noch vielfach im Dunkeln tappende preußische Landtagsfraktion vorbildlich wirken wird.

XX

## MAX PICARD · INDIVIDUUM UND ORGANISATION



WEI Formen des Denkens haben wir zu unterscheiden: das Denken mit gerichteter Aufmerksamkeit, wo der gesamte Vorstellungsablauf von einer Obervorstellung beherrscht wird, und das Träumen oder Phantasieren, wo eine Obervorstellung dem Denkablauf fehlt oder mindestens ihm unbewußt ist. In der Verschiedenheit dieser von Jung einander gegenübergestellten Denkformen<sup>1)</sup> liegt die primäre

<sup>27)</sup> Während der Vorwärts dafür eintrat, daß die ostfriesischen Moore des preußischen Staats nach ihrer Kultivierung im staatlichen Großbetrieb bewirtschaftet werden sollten, wünschen das vom bayrischen Parteivorstand herausgegebene Bayrische Wochenblatt und unsere bayrische Landtagsfraktion mit Recht, daß die bayrischen Moore bald mit Bauern besiedelt werden sollten. Heftig greift das Bayrische Wochenblatt vom 19. Juni 1913 die bayrische Landwirtschaftsverwaltung gerade deshalb an, weil sie die vom Vorwärts empfohlene staatliche Moorbewirtschaftung im großen bisher vorgezogen hat: »Es kann sich niemand ansiedeln, weil vom Staat kein Grund zu haben ist. Darin liegt die Misere. Staatszopf und Bürokratismus sind die Hindernisse, sonst nichts . . . Der Staat in richtiger Erkenntnis der Bedeutung der Moorkultivierung für die Lebensmittelproduktion schuf die Moorkulturanstalt. Diese hat die günstigsten Erfolge, und nun bleibt alles stecken! Das ist traurig in einer Zeit fast unerschwinglicher Lebensmittelpreise. Die Moore gehören fast alle der staatlichen Forstverwaltung, und die Moorkulturanstalt hat sie nur pachtweise. Das ist mehr als Unsinn! Schon Dr. Baumann [der verstorbene verdienstvolle Begründer der Moorkultur in Bayern und Direktor der Moorkulturanstalt] drängte darauf, daß die staatlichen Moorgründe der Moorkulturanstalt überwiesen würden . . . So aber sind ihr die Hände gebunden. Guter Rat und Hilfe der Anstalt sind freilich keine genügende Hilfe, solange sie nicht Besitzerin ist; denn erst dann kann sie kolonisieren. Der Zweck der Moorkulturanstalt kann kein anderer sein als Moore zu kultivieren und sofort zu besiedeln; denn auf die Dauer ist eine viellose Wirtschaft unmöglich und für die Allgemeinheit von geringem Wert.« Ich kann mich diesen, indirekt gegen den Vorwärts polemisierenden sachkundigen Sätzen unseres bayrischen Parteiblatts nur völlig anschließen.

<sup>1)</sup> Siehe Jung Über die zwei Arten des Denkens, im Jahrbuch für psychoanalytische und psychopathologische Forschungen, 1911, pag. 119 ff.

psychologische Ursache des Gegensatzes zwischen Individuum und Organisation.

Hier schon, in den Formen des Denkens, beginnt der innere Zwiespalt, noch ehe es überhaupt zur praktischen Auseinandersetzung kommt. Die theoretische Grundlage einer Organisation kommt mit Hilfe des zielgerichteten Denkens zustande, des Denkens mit einer Obervorstellung, die dargestellt wird durch die Idee der Organisation; nach ihr richtet sich das ganze innere Gefüge einer Organisation. Das Denken des einzelnen aber geschieht mit dem entgegengesetzten Denktypus des Traumartigen und Phantasihaften. W. James sagt darüber: »Unser Denken besteht zum größten Teil aus Reihen von Bildern, von denen eines das andere herbeiführt, aus einer Art passiver Träumerei.«<sup>2)</sup> Der Bedeutung, die hier diesem Denktypus zugemessen wird, widerspricht es durchaus nicht, daß die Berufsarbeit, die den größten Teil der Gehirntätigkeit in Anspruch nimmt, doch unter der Herrschaft des zielgerichteten Denkens vor sich geht. Denn die Obervorstellung, die bei der Arbeit die Assoziation so regelt, daß dem Arbeitsziel fremde Assoziationen ferngehalten werden, wird durch die ständige Wiederholung der gleichen Arbeit immer weniger nötig und darum ins Unterbewußtsein verdrängt. Der Arbeiter spürt gar nicht mehr, daß die Assoziationen von einer Obervorstellung kontrolliert werden; das heißt: die Assoziationen folgen sich unbewußt wie im Traum. Das mechanische Arbeiten verwandelt also den durch eine Obervorstellung gekennzeichneten Denktypus in den Denktypus des Traumartigen, Phantasihaften. Bei einer Organisation kann aber die Idee, oder, wie wir uns psychologisch ausdrücken wollen: die Obervorstellung, von der die Organisation beherrscht ist, nicht in der gleichen Weise, wie es für die mechanische Arbeit dargestellt worden ist, durch die gehäufte Anwendung unbewußt werden. Denn das Objekt, für das die Obervorstellung funktioniert, bleibt nicht unverändert wie bei der mechanischen Arbeit. Bei der politischen Organisation zum Beispiel hat die Organisation zu den wechselnden politischen Ereignissen Stellung zu nehmen, und dazu muß die Obervorstellung klar und lebendig im Bewußtsein vorhanden sein, damit an ihr das einzelne politische Ereignis orientiert werden kann. Über die Umstände, unter denen dieser ursprüngliche Charakter der in einer Organisation wirkenden Denkform sich ändern kann, wird am Schluß des Aufsatzes noch zu sprechen sein.

Wir haben also zwei einander entgegengesetzte Typen von Denkformen: das traumartige, phantasihafte Denken als den gewöhnlichen Denktypus des einzelnen, und das Denken mit einer Obervorstellung, wie es dieser einzelne durch seine Zugehörigkeit zu einer Organisation anwendet. Beide stehen im Gegensatz zu einander, aber beide kommen zusammen in ein und demselben Individuum vor. Sie wirken in der Psyche eines einer politischen Organisation angehörigen Menschen in der folgenden Weise nach einander: Ein politisches Ereignis wird zuerst als anschauliches Bild, in reiner Gegenständlichkeit aufgenommen und löst eine Kette loser Vorstellungen aus, läßt also den traumhaften Denktypus spielen. Dann aber beginnt der gerichtete Denktypus zu wirken: Die politische Idee der Organisation ordnet als Obervorstellung die Assoziationen nach dem Ziel dieser Idee; alle anderen Asso-

<sup>2)</sup> Siehe James Psychologie, übersetzt von Dürr / Leipzig 1909/, pag. 352.

ziationen werden ausgeschieden. Es stehen sich also im gleichen Menschen gegenüber: ein bildhaftes Geschehnis, das im einzelnen Menschen zum traumhaften Denken Anlaß gibt, und eine abstrakte Norm als Obervorstellung, nach der dieses Geschehnis mit Hilfe des zielgerichteten Denkens orientiert wird, sobald sich der einzelne seiner Zugehörigkeit zur politischen Organisation bewußt wird. Diese Verschiedenheit der beiden Denktypen ist demnach die primäre psychologische Grundlage des Gegensatzes zwischen Individuum und Organisation.

Es handelt sich nun darum die Bedingungen zu unterscheiden, von denen die Umwandlung des traumhaften Denktypus in den gerichteten abhängig ist, das heißt die psychologische Grundlage für den Anschluß des einzelnen an eine Organisation.

Eine Eigenschaft des traumhaften Denktypus ist es vor allem, die es erschwert, daß er zugunsten des gerichteten aufgegeben wird: Das traumhafte Denken geschieht fast unbewußt und ermüdet darum nicht, dagegen ist das Denken mit einer Obervorstellung ermüdend, weil hier die Aufmerksamkeit ständig auf das Ziel des Denkens gerichtet sein muß, und der Prozeß, durch den die Assoziationen beiseite geschoben werden, die sich dazwischen schieben wollen, ist ermüdend. Im Zustand der Ermüdung ist der traumhafte Denktypus, der so wie so schon der gewöhnliche ist, noch mehr ausgeprägt, weil er nicht anstrengt. Die politischen Parteien, die eine allgemeine Teilnahme am politischen Leben wünschen, verlangen darum mit psychologischer Berechtigung nur ein solches Maß an Arbeitszeit, daß dadurch die ersten Bedingungen für das anstrengende Denken mit einer Obervorstellung gewährleistet sind, das dem politischen Denken eigen ist. Es besteht ferner im Zustand der Ermüdung die Gefahr, daß sich Assoziationen einschleichen können, die dem Sinn des betreffenden Organisierten eigentlich fremd sind. Denn im Zustand der Ermüdung fehlt die Obervorstellung, die wesensfremde Assoziationen verdrängt. Und wenn gewisse politische Parteien ihren Parteiangehörigen das Lesen politisch andersartiger Zeitungen verbieten, so geschieht das auch mit psychologischer Berechtigung. Denn die Zeitung entspricht mit ihrem vielgestaltigen Inhalt, dessen Teile sich ohne innern Zusammenhang lose aneinanderreihen, durchaus dem traumhaften Denktypus der Ermüdung. Und da die Zeitungen gewöhnlich abends, also im Zustand der Ermüdung, gelesen werden, so können sich leicht fremdartige und nicht gewünschte Assoziationen einschleichen. Wir erkennen die Ermüdung als ein Moment, das eine wichtige Rolle beim Übergang vom traumhaften zum gerichteten Denken spielt. Immerhin ist sie nur von vorübergehender Wirkung; sobald die Ursache der Ermüdung beseitigt wird, hört direkt damit der verstärkende Einfluß auf das traumhafte Denken auf.

Das Hindernis, warum der traumhafte Denktypus zugunsten des gerichteten nur sehr schwer aufgegeben wird, kann bei vielen Menschen darin gelegen sein, daß die erste Denkform überhaupt sehr stark entwickelt ist. Es sind dies Menschen, die nur eines Minimums an Außenwelterlebnis bedürfen, um daran die verzweigtesten Assoziationen anzuschließen, die mit dem tatsächlichen Ereignis kaum mehr Beziehung haben. Dieser Zustand kann entweder erworben sein, bei ungeschulten Gehirnen zum Beispiel, oder angeboren als natürlicher Defekt. Ein Analphabetenvolk ist nicht nur darum politisch un-

mündig, weil ihm die zur politischen Einsicht notwendigen Kenntnisse fehlen. Es ist von vornherein für das politische Begreifen ungeeignet, weil dieser Bildungsstufe der traumhafte Denktypus entspricht. Andererseits gibt es Menschen, denen das traumhafte Denken nicht als Fehler sondern als Auszeichnung zu eigen ist: die Künstler. Deren höchster Typ ist dadurch gekennzeichnet, daß ohne eine regulierende Obervorstellung die durch das Erlebnis hervorgerufenen Assoziationen zu einer anscheinend wie beabsichtigten Komposition verbunden werden. Man wird jetzt verstehen, warum das Interesse der Künstler am politischen Leben so gering ist: eben weil die Denkform des politischen Lebens ihnen widerspricht. Diese Beziehung geht so weit, daß bei manchen Dichtern, die sich der politischen Arbeit zur Verfügung stellten, die poetische Produktion damit aufgehört hat. Es sei an das Beispiel Ludwig Uhlands erinnert. Und wenn der Künstler sein Fernbleiben vom politischen Leben mit dessen Mangel an ästhetischen Werten zu entschuldigen versucht, so geschieht das nur, weil er dem Konflikt zwischen den beiden Denktypen, bei dem es sich um des Künstlers Sein oder Nichtsein handelt, ausweichen will, indem er den Konflikt auf das ihm adäquate ästhetische Gebiet überträgt und ihn da zu begreifen sucht. Diese Bemerkung gilt für unsere heutige Zeit durchaus, wo ein einheitlicher Stil, das heißt eine Obervorstellung fehlt, von der das gesamte Kunstschaffen beeinflußt würde. In den durch einen Stil gehobenen Epochen aber war auch den Dichtern das gerichtete Denken nicht fremd, und darum schlossen sich in jenen Zeiten dichterische und politische Betätigung nicht aus, weil beide die gleiche Denkform zur Grundlage hatten.

Wie ein Überwiegen des traumhaften Denktypus für die Organisierung des einzelnen hinderlich ist, so kann ihr andererseits auch der gerichtete Denktypus, wenn er besonders scharf ausgeprägt ist, im Weg stehen. Menschen, die von einer Idee außerordentlich beherrscht sind, subsumieren nicht nur die jener Idee entsprechende, sondern überhaupt ihre gesamte Erfahrung unter sie. Wer zum Beispiel alles einer ethischen oder ästhetischen Idee unterordnet, wird auch ein durchaus politisches Ereignis nicht anders als ethisch oder ästhetisch werten. Dahin gehören jene Menschen, die in der Einsamkeit oder in ausgewählten Zirkeln alle Erschütterungen von ihrer gewohnten Obervorstellung fernzuhalten suchen. Es kann aber auch die Gewohnheit ein Geschick der Außenwelt unter einem Reichtum an Gesichtspunkten, das heißt Obervorstellungen zu betrachten für die Organisierung des einzelnen ein ungünstiges Moment sein. Wer die Einzelheiten einer an sich politischen Angelegenheit bald dieser bald jener Obervorstellung unterordnet, der wird sich nur ungerne unter die einzige Obervorstellung einer bestimmten politischen Organisation zwingen. Dazu kommt noch, daß, wenn man ein Ereignis unter den verschiedensten Gesichtspunkten überdenkt, man an dem einzelnen jeweils nur leicht festhält und sich darum nicht sehr dafür einsetzt. Die letzten Bemerkungen stellen allerdings nur Einzelfälle dar, die zwar den Gegensatz zwischen den beiden Denktypen besonders scharf beleuchten, aber kaum eine wesentliche praktische Bedeutung haben.

Von größter Wichtigkeit wegen der ausgedehnten Verbreitung ist der Einfluß der mechanischen Tätigkeit auf unsere Denkformen. Diese Tatsache ist am Anfang des Aufsatzes kurz gestreift worden. Durch die ständige Wiederholung der gleichen Tätigkeit wird die Obervorstellung für das Ordnen der

Assoziationen unnötig. Die Assoziationen reihen sich, ohne daß eine Obervorstellung sie zu regulieren braucht, durch die mechanische Tätigkeit von selbst nach dem Arbeitsziel. Diesen Menschen, die nicht in der Lage sind sich selbständig eine Obervorstellung zu erwerben, die die verdrängte Obervorstellung der Arbeit ersetzen könnte, bietet die politische Organisation eine fertige Obervorstellung. Nun wird auch die Arbeit unter der Obervorstellung betrachtet, die der betreffenden politischen Organisation eigen ist. Dadurch wird auch das Verhältnis zwischen der Arbeit und der politischen Organisation bestimmt: Nehmen wir einmal an, die Arbeit wäre nicht mechanisch, so würde der Arbeiter die durch die Tätigkeit hervorgerufenen Assoziationen an der Obervorstellung orientieren, die von dem Arbeitsziel festgesetzt ist. Der Arbeiter würde so bei der Arbeit innerlich produktiv sein, indem er selbständig die unnützen, dem Endzweck der Arbeit hinderlichen Assoziationen ausschaltet. Damit würde er die Freude der Selbständigkeit, ein gewisses Maß an Produktivität genießen können. Nun hat aber in der Wirklichkeit die Obervorstellung, mit der er die Einzelheiten seiner Arbeit in Beziehung bringt, gar nichts mit dieser Arbeit zu tun. Er wird darum vergebens suchen sich an ihr zu orientieren. Er sucht das Glück der Produktivität, weil tatsächlich die beiden Komponenten, an denen er es erleben könnte, gegeben sind: einerseits die Obervorstellung, die durch die Organisation geboten wird, und andererseits die durch die Arbeit hervorgerufenen Assoziationen, die darauf warten nach einer Obervorstellung gerichtet zu werden. Aber eine innere Verbindung zwischen beiden ist unmöglich. Die aus der Organisation stammende Obervorstellung entspricht ganz anderen Assoziationen als die es sind, die die Arbeit begleiten. Darum pendelt die Psyche des Arbeiters beständig ins Leere, wenn sie versucht die beiden einander fremden Komponenten in Beziehung zu setzen und ist unbefriedigt.

Nun hat sich bis jetzt allerdings der Mißmut über die Unverträglichkeit der beiden Komponenten nur an der einen Komponente, an der die Assoziationen hervorrufenden Arbeit, geäußert. Aber wer kann dafür garantieren, daß diese Mißstimmung sich nicht eines Tags auch gegen die andere Komponente, gegen die Obervorstellung, den Gedanken der betreffenden politischen Organisation, wendet? Vielleicht gerade dann, wenn es sich als unmöglich erwiesen hat die eine Komponente, die durch die Art der Arbeit bestimmt ist, wesentlich zu ändern? Die Gefahr, daß sich der bereits organisierte eines Tags gegen die eigene Organisation wendet, kann noch durch das besondere Wesen der betreffenden Organisation vergrößert werden. Wenn der eine Organisation beherrschende Gedanke sich gegenüber neuen Erscheinungen, die von ihm eine Veränderung verlangen, unbiegsam zeigt, wenn er wie ein Dogma hingestellt wird, so wird die Arbeit in der Organisation, ähnlich wie die Berufsarbeit, mechanisch. Die Obervorstellung, der Organisationsgedanke, steht unverändert da, und nach diesem Schema werden die verschiedensten Geschehnisse in ganz der gleichen Weise orientiert. Mit der Zeit weiß dann der einzelne von vornherein das Verhältnis dieses Geschehnisses zu der von der Organisation vorgeschriebenen Norm. Da er in der Erinnerung eine große Reihe von Ereignissen hat, die in der ganz gleichen Weise behandelt worden sind, so hat er allmählich einen Maßstab gewonnen, der etwa ein mittleres Verhältnis zwischen der Idee der Organisation und den Ereignissen ausdrückt, auf die sie angewendet zu wer-

den pflegt. Die Idee selber verliert von ihrer Wirkung, wenn man sich nicht an ihr selber orientiert sondern an einem solchen *schematischen Verhältnis*. Dazu kommt noch, daß ein neues Ereignis jetzt nicht mehr in seiner Ganzheit beobachtet und bewertet wird sondern nur insoweit als dieses Schema darauf angewendet werden kann, damit es überall brauchbar ist. Dieser Schematismus der psychologischen Betätigung, der sämtliche Erscheinungen dem gleichen psychischen Ablauf unterwirft, stumpft natürlich die *innere Anteilnahme* ab. Durch ihn geht die Lust der produktiven Betätigung verloren, die dadurch gewonnen wird, daß jedes Ereignis seinem ganzen Wesen gemäß erfaßt und nach seiner Besonderheit an dem danach lebendig sich wandelnden Organisationsgedanken selber, und nicht an einem schematischen Ersatz, orientiert wird. Und was als *Massenmüdigkeit* bezeichnet wird, ist nichts anderes als der Überdruß der Psyche an diesem innern Schematismus.

Darum muß die Idee einer Organisation so weit sein, daß sie alle Ereignisse, zu denen sie Stellung nimmt, ohne schematisch zu werden, umfassen kann. Dann wird die Organisation auch den beiden Denkformen, die im einzelnen Menschen einander gegenüberstehen, gerecht: Es kann ein Ereignis eine Reihe der mannigfachsten Assoziationen in der Psyche des einzelnen auslösen und den ihr immanenten Trieb zum traumhaften Denken befriedigen, und andererseits ist der gerichtete Denktypus der Organisation zu der ersten Denkform kein absoluter Gegensatz mehr, weil nur mit beiden Denkformen zusammen das Glück der Selbständigkeit und der innern Produktivität gewonnen werden kann.

XX

## HANS FEHLINGER · DIE INDUSTRIE IN DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA



IT großer Geschwindigkeit schreitet die industrielle Entwicklung der Vereinigten Staaten vorwärts. Das beweisen die Industriezählungen, die nun alle 5 Jahre vorgenommen werden. Diese Zählungen unterscheiden sich von den in Deutschland üblichen Betriebszählungen in mancher Beziehung. Einesteils sind sie umfassender, denn sie beziehen sich nicht auf einen einzelnen Stichtag sondern auf ein ganzes Wirtschaftsjahr; sie geben ferner nicht allein über den Betriebsumfang Auskunft sondern auch über den Umfang und die Kosten der Warenproduktion. Andererseits aber beschränken sich die amerikanischen Industriezählungen auf solche Betriebe, die für den allgemeinen Warenmarkt produzieren; nicht einbezogen sind jene Betriebe, die nur auf Bestellung der Verbraucher Waren erzeugen oder Arbeiten verrichten, wie etwa Maßschneidereibetriebe, Kundenmühlen, Hufschmieden usw., ferner wurden übergangen die Baugewerbe, die Betriebe von Erziehungs-, Wohltätigkeits- und Strafanstalten sowie alle Betriebe mit weniger als 500 Dollar Jahresproduktwert.

Deshalb ist auch die Zahl der Betriebe, die in den Zählungsberichten angegeben sind, verhältnismäßig gering. Sie betrug 1899 207 514, 1904 216 180 und 1909 268 491. Die Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen wurde nur 1904 und 1909 ermittelt, 1899 wurden die mittätigen

Inhaber nicht gezählt; 1909 war ihre Zahl 273 265, und 1904 war sie 225 673. Die Anzahl der Beamten und Lohnarbeiter stellte sich wie folgt:

Jahr	Anzahl der Betriebsbeamten und Bureaubediensteten		Anzahl der Lohnarbeiter (im Jahresdurchschnitt)	
	absolut	in %	absolut	in %
1909	790 267	10,7	6 615 046	89,3
1904	519 556	8,7	5 468 383	91,3
1899	364 120	7,2	4 712 763	92,8

In den 10 Jahren 1899 bis 1909 vermehrte sich die Zahl aller beschäftigten Personen, ohne die mittätigen Betriebsinhaber, um 45,9%; bei den Angestellten betrug die Vermehrung 117%, bei den Lohnarbeitern jedoch nur 40,4%. Die Zahl der Lohnarbeiter wird für die Mitte eines jeden Monats festgestellt, und daraus wird der Jahresdurchschnitt berechnet; 1909 betrug die Mindestzahl 6 210 063 im Januar und die Höchstzahl 7 006 853 im November.

Nach dem Geschlecht und dem Alter verteilen sich die industriell beschäftigten Personen 1909 und 1904 wie folgt:

Kategorie	Anzahl 1909		Anzahl 1904	
	absolut	in %	absolut	in %
a) Lohnarbeiter				
Männliche Personen über 16 Jahre	5 163 164	78,1	4 242 643	77,6
Weibliche Personen über 16 Jahre	1 290 389	19,5	1 065 855	19,5
Kinder unter 16 Jahren	161 493	2,4	159 885	2,9
b) Angestellte				
Männliche Personen	567 360	80,0	381 181	83,0
Weibliche Personen	142 172	20,0	78 328	17,0

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß die Lohnarbeit der weiblichen Personen absolut nur unbedeutend zunimmt und relativ gleichbleibt, während sich die weibliche Beamtenschaft rasch vermehrt. Die Kinderarbeit hat seit 1899 relativ abgenommen; von allen Lohnarbeitern waren 1899 3,4%, 1904 2,9% und 1909 2,4% Kinder unter 16 Jahren. Bei der letzten Zählung wurden 89 129 Knaben und 72 364 Mädchen ermittelt.

Angaben über die Veränderungen in der Größengliederung der Betriebe sind leider nicht vorhanden; 1909 gliederten sich die Betriebe nach der Zahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Lohnarbeiter wie folgt:

Lohnarbeiter pro Betrieb	Anzahl der Betriebe jeder Größenklasse		Gesamtzahl der in jeder Betriebsklasse beschäftigten Arbeiter	
	absolut	in %	absolut	in %
keine	27 712	10,3	—	—
1 bis 5	136 289	50,8	311 704	4,7
6 bis 20	57 198	21,3	640 793	9,7
21 bis 50	23 544	8,8	764 408	11,6
51 bis 100	10 964	4,1	782 298	11,8
101 bis 250	8 116	3,0	1 258 639	19,0
251 bis 500	2 905	1,1	1 006 457	15,2
501 bis 1000	1 223	0,5	837 473	12,7
über 1000	540	0,2	1 013 274	15,3



Auch in den Vereinigten Staaten herrschen die Klein- und Mittelbetriebe noch sehr stark vor, aber über zwei Fünftel (43,2%) aller Lohnarbeiter sind in Riesenbetrieben mit mehr als je 500 Arbeitern beschäftigt, und auf die Großbetriebe mit je über 100 Arbeitern entfielen fast zwei Drittel (62,2%) aller industriellen Lohnarbeiter.

In den einzelnen Gewerbearten ist selbstverständlich die Entwicklung zum Großbetrieb ungleich weit gediehen. Unter den 86 hauptsächlichen Gewerbearten, die 1909 durchschnittlich über 10 000 Arbeiter beschäftigten, befanden sich 19 Gewerbearten, in denen mehr als die Hälfte der Arbeiter auf Riesenbetriebe mit mehr als je 500 Arbeitern traf; in weiteren 22 Gewerbearten waren über 25% der Arbeiter in solchen Riesenbetrieben beschäftigt. Am weitesten vorgeschritten ist die Konzentration zum Großbetrieb in der Gewerbeart Lokomotivbau, in der 92,6% der Arbeiter auf Riesenbetriebe mit je über 500 Arbeitern entfielen. In der Nähmaschinenfabrikation waren in Betrieben dieser Größenklasse 87,2% aller Arbeiter tätig, und in der Fabrikation von Gummischuhen 81,5%. Über zwei Drittel der Arbeiter waren außerdem in derartigen Betrieben beschäftigt: In Stahl- und Walzwerken, in der Eisenbahnwagenfabrikation, in der Uhrenindustrie, in der Teppichfabrikation, in Kupferschmelz- und Raffinieranstalten sowie in der Fabrikation von Schußwaffen und Munition. Von den 1763 Betrieben mit mehr als je 500 Lohnarbeitern befanden sich 1054 oder etwa drei Fünftel in den 6 Staaten Pennsylvanien, Massachusetts, New York, Ohio, Illinois und New Jersey.

Im Jahr 1909 erzeugten nur 3060 von allen 268 491 industriellen Betrieben (1,1%) Waren im Wert von je 1 Million Dollar oder mehr, aber der Produktwert dieser Betriebe bezifferte sich zusammen auf 9054 Millionen Dollar, was 43,8% des gesamten Produktwerts aller Betriebe entspricht. Bezeichnend ist, daß in den selben Betrieben bloß 2 015 629 Arbeiter oder 30,5% der Gesamtzahl beschäftigt waren. Hierin kommt die größere Leistungsfähigkeit der Großbetriebe, namentlich der Riesenbetriebe, sehr deutlich zum Ausdruck. In den 27 824 Betrieben mit je 100 000 bis nicht ganz 1 Million Dollar Produktwert waren 2 896 532 Lohnarbeiter (43,8%) beschäftigt, und der Jahresproduktwert dieser Betriebe machte zusammen 7 947 Millionen Dollar aus, das sind 38,4% des Jahresproduktwerts aller industriellen Betriebe. Die vielen Betriebe, die Waren im Wert von weniger als je 100 000 Dollar erzeugen, sind volkswirtschaftlich von sehr untergeordneter Bedeutung, denn auf sie treffen nur 17,8% der ganzen industriellen Produktion.

Die Aktiengesellschaft ist in den Vereinigten Staaten die herrschende Unternehmungsform. Von allen industriellen Betrieben befanden sich 1909 wohl nur 69 501 oder 25,9% im Besitz von Aktiengesellschaften, aber diese Betriebe beschäftigten 5 002 393 Lohnarbeiter (75,6%), und sie erzeugten Produkte im Wert von 16 341 Millionen Dollar oder 79% des Produktwerts aller industriellen Betriebe überhaupt. Von den übrigen Betrieben befanden sich 140 605 im Besitz einzelner persönlicher Inhaber, 54 265 im gemeinsamen Besitz mehrerer persönlicher Inhaber und 4120 im Besitz von Genossenschaften, Gewerkschaften, Behörden usw.

Die Summe des Jahresproduktwerts aller industriellen Betriebe be-

zifferte sich 1909 auf 20 672 Millionen Dollar, gegen 14 794 Millionen Dollar 1904 und 11 407 Millionen Dollar 1899. Von 1899 bis 1904 betrug die Zunahme des Produktwerts 29,7%, von 1904 bis 1909 betrug sie aber 39,7%. Es ist zu berücksichtigen, daß die Menge der Produkte in erheblich geringerem Maß zunahm, weil die Steigerung des Produktwerts zum größten Teil durch die bedeutenden Preissteigerungen veranlaßt wurde, die seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts hauptsächlich infolge der Monopolbildungen stattfanden.

Die gesamten Produktionskosten wurden nur bei den Industriezählungen von 1909 und 1904 ermittelt, wobei namentlich bei kleineren Betrieben vielfach zu Schätzungen Zuflucht genommen werden mußte. Diese Angaben sind also mit einem guten Maß von Vorsicht zu gebrauchen. In den beiden letzten Zählungsjahren gestalteten sich die Produktionskosten wie nachstehend:

Kategorie	Kosten 1909		Kosten 1904	
	absolut in Millionen Dollar	in %	absolut in Millionen Dollar	in %
Materialien	11 497	62,3	8 119	61,8
Kraftübertragung, Heizung	570	3,1	325	2,5
Frachten	76	0,4	57	0,4
Gehälter	939	5,1	574	4,4
Arbeitslöhne	3 427	18,6	2 610	19,9
Miete von Betriebslokalen	107	0,6	73	0,6
Steuern	351	1,9	59	0,4
Weitervergebung von Arbeiten	179	1,0	144	1,1
Sonstiges	1 308	7,0	1 177	9,9
<b>zusammen</b>	<b>18 454</b>	<b>100,0</b>	<b>13 138</b>	<b>100,0</b>

Der Jahresproduktwert der industriellen Betriebe war 1909 um 2218 Millionen Dollar und 1904 um 1656 Millionen Dollar höher als die Produktionskosten. Doch repräsentieren diese Überschüsse nicht vollständig Unternehmerprofit, weil in den Berichten über die Industriezählungen auf die Kosten der Erneuerung der Anlagen und der Betriebseinrichtungen, auf Betriebsverluste usw. nicht Bedacht genommen ist.

Wie weit die vorstehenden Zahlen der Wirklichkeit nahekommen, entzieht sich meiner Beurteilung. Immerhin glaube ich, daß die amerikanische Betriebs- und Produktionsstatistik die Beachtung aller Volkswirtschaftler verdient.

XX  
**LUDWIG QUESSEL · VON DER UNGLEICHHEIT  
 DER VÖLKER IM WIRTSCHAFTLICHEN LEBEN**



IE der einzelne nicht nur Konsument sondern auch Produzent ist, so treten auch die Völker auf dem Weltmarkt als Konsumenten und Produzenten, als Käufer und Verkäufer auf. Nun gibt es freilich auch heute noch Völker, die sich am liebsten vom Weltverkehr völlig abschließen möchten, wie dies früher bei den Japanern und Chinesen der Fall war. Aber das neuzeitliche Leben duldet eine solche Abgeschlossenheit nicht. Nationen, die nicht

freiwillig die Grenzen ihres Landes dem internationalen Personen- und Güterverkehr öffnen, werden von den großen Industriestaaten dazu gezwungen. Selbst von den Staaten der Halbkultur, wie Marokko und Abessinien, wird einer nach dem andern in dessen Strom hineingestoßen.

Solange die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern wenig entwickelt waren, konnte es den arbeitenden Klassen eines Landes im Grunde ziemlich gleichgültig sein, wie sich Konsumtion und Produktion in den anderen Ländern vollzog. Heute dagegen, wo ungeheure Gütermassen zwischen den verschiedenen Ländern hin- und hergeschoben werden, kann schon eine geringfügige Änderung der ausländischen Konsumtionssitten das wirtschaftliche Leben eines Volkes empfindlich beeinflussen. So führte die in Paris kreierte neue Mode, die an die Stelle der langen und breiten Frauenröcke die kurzen und enganschließenden setzte, zu einer schweren Absatzkrise in der deutschen Textilindustrie. Die Reisenden unserer großen Tuchengrosgeschäfte, die im Jahr 1911 von ihren Geschäftsreisen im Ausland heimkehrten, berichteten ihren Chefs, daß sie sich nicht nur die alte Kundschaft erhalten sondern auch noch neue Kunden hinzugewonnen hätten; nichtsdestoweniger sei aber die Gesamtsumme der erzielten Aufträge wesentlich geringer als in den Vorjahren, weil die neue Mode des engen und kurzen Frauenrocks zu einem bedeutend geringern Verbrauch von Kleiderstoffen geführt habe. Die Folge war, daß die deutsche Textilindustrie auf das Kommando der Herrscherin Mode ihre Produktion einschränken und zahlreiche Arbeiter entlassen mußte.

Die Ungleichheit der Völker im wirtschaftlichen Leben tritt uns nun bei ihrem Verhalten gegenüber der Mode besonders drastisch entgegen. Bei den Völkern europäischer Herkunft legen sowohl die Männer wie die Frauen Wert darauf modern gekleidet zu gehen. Und das gilt ausnahmslos von allen Schichten der Bevölkerung. Sobald eine neue Mode sich durchgesetzt hat, werden auch die arbeitenden Klassen von ihr ergriffen. Die unmodern gewordene Kleidung wird zwar im Arbeiterstand nicht weggeworfen sondern, soweit dies möglich ist, am Werktag aufgetragen. Für den Sonn- und Feiertag muß aber die moderne Kleidung die altmodische ersetzen. Bei den asiatischen Völkern herrscht aber für die Kleidung das Herkommen; nicht durch Modernität sondern durch Kostbarkeit der Gewandung und des Schmuckes suchen die Asiaten einander zu übertreffen. Während der Europäer große Opfer bringt, damit seine weiblichen Angehörigen modern gekleidet gehen können, behängt der Indier seine Frauen und Töchter mit reichem Schmuck aus Silber und Gold. Unglaubliche Mengen edler Metalle werden in Indien zu diesem Zweck verbraucht. Selbst die Frauen der niedrigsten Kaste, die fast nackt in den Bergwerken fronden, tragen immerhin an Armen und Beinen einige Spangen aus Silber oder Kupfer. Da der Indier den Schmuck nach Gewicht bezahlt, wobei die Fassung niemals mehr wie ein Viertel des Wertes des verarbeiteten Metalls betragen darf, hat diese Sitte den Vorzug, daß der Schmuck der Frauen leicht veräußert werden kann und damit der indischen Familie in Zeiten der Not einen gewissen wirtschaftlichen Rückhalt bietet.<sup>1)</sup> So sehr auch die Neigung den Körper zu schmücken gleichmäßig bei allen Völkern und Rassen anzutreffen ist, so weist doch die Art, wie diese Neigung Befriedigung sucht, große Unter-

<sup>1)</sup> Siehe Metin L'Inde d'aujourd'hui / Paris 1903 /, pag. 256.

schiede auf. Besonders groß ist aber in diesem Punkt der Unterschied zwischen den Völkern europäischer und asiatischer Herkunft. Hier die Herrschaft der Mode, dort die Herrschaft der Tradition. Selbst die gewaltigen Umwälzungen, deren Schauplatz die großen Reiche Asiens in den letzten Jahren waren, haben hieran wenig ändern können. Als die Chinesen anfangen sich die Zöpfe abzuschneiden, glaubten die europäischen Hüte- und Mützenfabrikanten, jetzt wäre die Zeit gekommen die gelben Söhne des Reichs der Mitte mit europäischer Kopfbedeckung zu versehen. Diese Spekulation hat sich als völlig verfehlt erwiesen. Noch heute sollen größere Mengen Hüte und Mützen in den chinesischen Hafenstädten lagern, für die man keinen Absatz finden kann. Selbst eine so radikale Änderung der Haartracht, wie sie das Abschneiden des Zopfes zweifellos darstellt, hat die Herrschaft der Tradition in der Kleidung nicht erschüttern können.

Noch stärker als bei der Bekleidung tritt aber die Ungleichheit der Völker europäischer und asiatischer Herkunft bei der Ernährung in die Erscheinung. Im gewissen Sinn typisch für die Ernährung der ackerbautreibenden Asiaten ist die Lebensweise der Japaner. Ihre Hauptnahrung besteht aus Reis, der einfach in Wasser mit Salz weich gekocht wird. In den ärmeren Teilen des Landes, wo der Reis nicht gedeiht, bilden Gerste und Hirse die Hauptnahrung der Bauern und Arbeiter. Dieser fast rein vegetarischen Lebensweise tritt an den Küsten des Inselreichs allerdings ziemlich unvermittelt die ganz anders geartete Ernährungsweise der japanischen Fischer gegenüber, die fast reine Fischesser sind. Man kann darüber streiten ob die vegetarische Lebensweise der Japaner den Charakter ihrer Landwirtschaft bestimmt, oder ob dieser sie zum Vegetarismus genötigt hat. Gegenwärtig ist jedenfalls die ganze japanische Landwirtschaft fast ausschließlich auf die Gewinnung pflanzlicher Nähr- und Rohstoffe gerichtet. Wenn man von einigem Geflügel absieht, ist die Landwirtschaft des japanischen Bauern als eine viehlose zu bezeichnen. Sowohl als Zugkraft wie als Düngerproduzent dient der Mensch selbst. Überall sieht man in Japan die Bauern die Arbeit verrichten, die in Europa vom Vieh geleistet wird. Der Japaner zieht selbst den Pflug und befördert die Lasten, soweit dies nicht von den Eisenbahnen besorgt wird. Die Viehlosigkeit der japanischen Landwirtschaft ist diejenige Erscheinung, die dem Europäer in Japan am meisten ins Auge fällt. So einfach wie die Nahrung ist aber auch die Wohnung und Kleidung des Japaners. Das Einkommen einer japanischen Bauern- oder Arbeiterfamilie wird 300 Mark im Jahr noch nicht erreichen. Auch der japanische Mittelstand weist keine wesentlich höhere Lebenshaltung auf, da zum Beispiel das Einkommen eines Volksschullehrers auf nur 400 Mark jährlich veranschlagt wird.<sup>2)</sup> Es wäre nun aber ganz falsch die Japaner als arm zu bezeichnen. In Asien gelten sie mit Recht als ein wohlhabendes Volk. Die Lebenshaltung der chinesischen und indischen Bauern und Arbeiter soll wesentlich tiefer als die der Japaner stehen. Wenn man auch vielleicht die Berechnungen des Engländers Digby, wonach das durchschnittliche Einkommen des Inders 7 Pfennig pro Tag betragen soll, als eine Übertreibung des indischen Elends zurückweisen kann, so wird man doch die Angaben neuerer, zuverlässiger Statistiker gelten lassen müssen, wonach die eingeborene Familie jährlich nicht viel mehr als 100 Mark erwirbt. Danach würde das Einkommen einer

<sup>2)</sup> Siehe Leroy-Beaulieu *La rénovation de l'Asie* / Paris 1900 /, pag. 235 und 245.

indischen Familie den dritten Teil des jährlichen Einkommens einer japanischen betragen. Auf den Kopf der indischen Bevölkerung kämen demnach 10 Pfennig täglich. Diese Summe steht auch in Übereinstimmung mit den Löhnen der erwachsenen gewerblichen Arbeiter, die sich zurzeit zwischen 40 bis 60 Pfennig bewegen sollen. Ein derartiger Tagelohn auf eine Familie von 4 bis 5 Köpfen verteilt, ergibt in der Tat ein tägliches Einkommen von 10 Pfennig pro Person.

Man mag nun demgegenüber das Einkommen eines europäischen Arbeiters noch so niedrig einschätzen, so ergibt sich doch eine so gewaltige Ungleichheit der Lebenshaltung, daß jede Lebensgemeinschaft zwischen dem asiatischen und dem europäischen Proletariat schlechterdings ausgeschlossen scheint. Das Proletariat europäischer Herkunft kann mit Interesse und Sympathie die Lohnkämpfe der gelben Arbeiter in ihrem eigenen Land verfolgen, sobald diese aber ihre Lage verbessern wollen, indem sie in den Ländern des weißen Mannes auf dem Arbeitsmarkt erscheinen, erweist sich die Ungleichheit der Völker im wirtschaftlichen Leben als so groß, daß angesichts des brutalen Rassenkampfes, der überall entbrennt, wo gelbe und weiße Arbeit aufeinanderstoßen, der Mahnruf »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« vorläufig wirkungslos verhallen muß. Die Unversöhnlichkeit gelber und weißer Arbeit ist aber nicht allein darauf zurückzuführen, daß der gelbe Arbeiter mit Löhnen vorlieb nimmt, bei denen der europäische Arbeiter physisch und moralisch zugrunde geht. Die Neigung für ihre Arbeitskraft einen möglichst hohen Preis zu erzielen ist auch bei den gelben Arbeitern vorhanden. Da ihre Leistungsfähigkeit aber so gering ist, daß in der Industrie für die Arbeitsleistung eines europäischen Arbeiters in der Regel 3 gelbe Arbeiter erforderlich sind, so setzt eine Erhöhung der Löhne der gelben Arbeiter auch bis zu einem gewissen Grad eine Steigerung ihrer Leistungen voraus. Dazu können sich jedoch die gelben Arbeiter nur schwer verstehen. Das Akkordlohnsystem, bei europäischen Arbeitern angewandt, führt fast überall zu einer Steigerung der Arbeitsleistung. Bei Arbeitern asiatischer Herkunft ist mit ihm oft die entgegengesetzte Wirkung erzielt worden. Der indische und japanische Kuli, der beim Akkordsystem in 3 oder 4 Stunden 50 oder 60 Pfennig verdient hat, eine Summe, die ihm für seine Lebenshaltung ausreichend erscheint, wird rebellisch, wenn er die Arbeit noch 3 oder 4 Stunden fortsetzen soll, um noch einmal so viel zu verdienen. Wie das Akkordlohnsystem so versagen bei den gelben Arbeitern auch alle anderen die Arbeitsleistung steigernden Methoden. Das ist einer der Gründe, weshalb das europäische Kapital in Asien mit der billigen gelben Arbeit auf keinen grünen Zweig kommen kann.

Wenn nun auch diese Ungleichheit der Völker asiatischer und europäischer Herkunft nicht als etwas völlig Unveränderliches angesehen werden darf, so ist es doch zweifellos, daß eine Ausgleichung dieser Gegensätze erst in langen Zeiträumen möglich sein wird, woraus sich ergibt, daß für die Nationalökonomie die die Ungleichheit der gelben und der weißen Arbeit begründenden Momente von größter Bedeutung zur Erklärung der Erscheinung sind, daß die japanische Industrie mit ihren wesentlich höheren Löhnen der indischen überlegen ist, und die europäische Industrie trotz oder besser wegen ihrer hohen Löhne wieder die japanische auf allen Gebieten aus dem Felde schlägt, wo die Qualität der Waren eine Rolle spielt.

Auf die Ungleichheit der Völker im wirtschaftlichen Leben ist auch ihre verschiedenartige Stellung in der Weltwirtschaft zurückzuführen. Die Bevölkerung Chinas wird auf 438 Millionen geschätzt. Trotz dieser kolossalen Bevölkerungsziffer bezieht die chinesische Bevölkerung aus dem Weltverkehr nur Güter im Wert von 1,2 Milliarden Mark. Deutschland dagegen mit nur 65 Millionen Einwohnern bezog 1912 aus dem Ausland Waren im Wert von 10,7 Milliarden Mark. Während auf den Kopf der chinesischen Bevölkerung ein Warenbezug im Wert von noch nicht 3 Mark kam, entfiel in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung eine vom Ausland bezogene Warenmenge im Wert von 164 Mark. Rechnet man zu jedem Haushalt 5 Personen, so wird man ohne Übertreibung sagen können, daß in den chinesischen Haushalt ausländische Güter im Wert von nur 10 Mark eingehen, in den deutschen Haushalt dagegen ausländische Güter im Wert von mindestens 400 Mark. Dieser geringe Anteil des chinesischen Haushalts am Weltverkehr muß auf die niedrige Lebenshaltung, nicht auf die reichere Eigenversorgung des chinesischen Volks zurückgeführt werden. Die größere Abhängigkeit der deutschen Haushaltung von der Weltwirtschaft ist also ein Merkmal höherer Kultur und höherer Lebenshaltung. Bei niedrigerer Lebenshaltung könnte auch unser Warenbezug aus dem Ausland geringer sein. Die Völker höherer zivilisatorischer Stellung haben daher auch, eben wegen dieser Stellung, ein Interesse an der Steigerung der kolonialen Produktion, die die mit der Weltwirtschaft verbundene Abhängigkeit von anderen Ländern und ihrer Politik mindert.

In den Zahlen der Handelsstatistik tritt die Ungleichheit der Völker im wirtschaftlichen Leben sozusagen meßbar in Erscheinung, wobei freilich nicht übersehen werden darf, daß zur Erklärung der wirtschaftlichen Ungleichheit der Völker eine Betrachtung, die von allen psychischen Motiven menschlichen Handelns absieht, notwendigerweise zu falschen Resultaten führen muß. Insbesondere sind aber die psychischen Motive des wirtschaftlichen Handelns zur Erklärung der tiefgehenden Ungleichheit der Menschen weißer und gelber Rasse nicht zu entbehren, da auch der Kapitalismus bei den asiatischen Völkern ganz andere Wirkungen zeitigt als bei den Nationen europäischer Herkunft.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Max Schippel

1913

Die ersten Jahresberichte liegen, wie gewöhnlich, von den Handelskammern von Berlin, Hamburg und Bremen vor. Obwohl sie naturgemäß keine weittragenden neuen Erfahrungen enthüllen können, so treten doch manche Grund- und Einzelzüge des abgelaufenen Wirtschaftszeitraums in diesen Darstellungen eindrucksvoll hervor. Einmütig ist man in der Konstatierung der rückgängigen Konjunktur. »Während wir im vorigen Jahresbericht feststellen

konnten, daß das Wirtschaftsjahr 1912 seine drei Vorgänger auf fast allen Gebieten des gewerblichen Schaffens überholt hatte, müssen wir das Jahr 1913 als eine Periode kennzeichnen, in der die wirtschaftliche Entwicklung eine deutlich hervortretende Abschwächung erfuhr.« So der Berliner Bericht, der jedoch gleich hinzufügt, von einem »plötzlichen unvermittelten Niedergang« könne nicht die Rede sein: »Im 1. Halbjahr 1913 erfreute sich die Mehrzahl der Gewerbe noch einer lebhaften Beschäftigung; die in den Vorjahren gesammelte Kraft reichte aus, um nahezu bis zur Mitte des Jahres den Betrieb

der nationalen Gütererzeugung unverändert in Gang zu halten und die Hindernisse, welche erwachsen, zu überwinden. Der Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen zeigte in der erwähnten Zeit einen Umfang, der über die Ziffern des (an sich sehr günstigen) Vorjahrs noch um etwa 7% hinausging. Hatten auch einige Gewerbe schon vor Ablauf dieses ersten Halbjahrs mit Absatzstockungen zu rechnen, so hoffte man doch, daß die Abflauung nur vorübergehend sein werde. Diese Erwartung erfüllte sich indessen nicht. Mit Beginn des 2. Halbjahrs 1913 wurde klar, daß die Abschwächung des Verkehrs sich auf fast alle Gewerbe erstrecken werde.« Wenn Einzelindustrien noch immer ihre Produktion voll aufrechterhielten, so erklärte sich dies oft aus noch nicht erledigten Aufträgen aus der vergangenen Zeit, aus Rücksichten auf den Arbeiterstamm und die Betriebseinrichtungen, unter Umständen auch aus dem Streben bei sinkendem Preis des Erzeugnisses die Generalunkosten, durch äußerste Anspannung der Leistungsfähigkeit zu vermindern; selbst der Großhandel könne sehr oft nicht »der schlechter werdenden Geschäftslage sofort durch Minderung seiner Bezüge Rechnung tragen«. Um so stärker habe diesmal der Detailhandel zuerst den Druck der Verbrauchseinschränkung gefühlt; »man darf ohne Übertreibung behaupten, daß es nur wenige Betriebe des Kleinhandels gibt (bei diesen lagen eigenartige Verhältnisse vor), deren Tageslosung im 2. Halbjahr 1913 nicht in empfindlicher Weise unter der Kaufunlust der Kundschaft litt. Den Kleinhandelsgeschäften schließen sich die Gastwirtschaften, Fleischereien, Bäckereien usw., kurz die Handwerksbetriebe an, die ebenfalls für den augenblicklichen Bedarf arbeiten.«

×  
**Ausnahmsindustrien** Als ausnahmsweise begünstigte Produktionszweige nennt die Berliner Handelskammer, zweifellos mit Recht, die elektrotechnische und die chemische Industrie. »Die Elektrotechnik, deren Bedeutung sich unter anderm darin ausdrückt, daß sie allein ein Sechstel der gesamten in den hiesigen Großgewerben tätigen Arbeiterschaft in Anspruch nimmt, setzte den Siegeszug, in dem sie sich seit längerer Zeit befindet, auch im Jahr 1913 fort. Der Umstand, daß das Anwendungsgebiet sich der elektrischen Kraft in wachsen-

dem Umfang erschließt, überhebt uns der Notwendigkeit die Gründe des Aufschwungs der überaus leistungsfähigen Industrie im einzelnen darzulegen. Ähnliches gilt von der chemischen Großindustrie, deren Geschäftsergebnis hinter dem günstigen Resultat des Vorjahrs nicht zurückblieb. Zwar hatte sie den Einflüssen, die im Berichtsjahr die allgemeine Unternehmungslust lähmten, insofern Rechnung zu tragen als sie zeitweilig erhebliche Absatzschwankungen überwinden mußte und den Preis der Fertigware nicht immer mit den gestiegenen Notierungen für Roh- und Hilfsstoffe in Einklang bringen konnte; indes änderte dies nichts an der Tatsache, daß die meisten Betriebe der Industrie während des Berichtsjahrs voll ausgenutzt werden konnten.« Daran reihen sich alsdann die großen Montanproduktionen, die durch ihre Syndikate noch besonders gefestigt dastehen und den Umschlag der Konjunktur bisher fast nur in forcierten Ausfuhren widerspiegeln. Auch die Großreedereien können auf das Jahr 1913 noch mit großer Genugtuung zurückblicken, so daß der Hamburger Überblick ohne Umschweife einräumt: »Die günstige Lage der Seeschifffahrt, die bereits das Jahr 1912 kennzeichnete, hat bis in das Berichtsjahr hinein fortgedauert. Erst zum Herbst trat ein Nachlassen der Frachtsätze ein. Das Geschäft der regelmäßigen Linien ist jedoch hiervon weniger berührt worden, so daß das Gesamtergebnis bei der Linienschifffahrt auch für 1913 ein durchaus befriedigendes sein dürfte.«

×  
**Baumarkt** Um so härter wurde von der Ungunst der Verhältnisse der Baumarkt getroffen, für den allein schon die Kreditknappheit und Kreditteuerung die verhängnisvollsten Lähmungen nach sich ziehen mußte. War bereits in den Vorjahren das Baugeschäft abgeflaut und im Jahr 1912 auf einen sehr tiefen Stand gesunken, so setzte während des ganzen Jahres 1913 der Niedergang sich ohne Unterbrechung fort. »Der Zufluß des Leihkapitals zum Grundstücks- und Hypothekenmarkt stockte in einem Grad, daß zweite Hypotheken überhaupt nicht oder nur gegen nahezu unerschwingliche Zins- und Provisionsätze erhältlich waren; aber auch die Beschaffung erster Hypotheken bedang hohe Unkosten. Die Schwierigkeit oder

Unmöglichkeit Hypotheken und Baugeld zu erlangen hemmten naturgemäß die Bautätigkeit aufs äußerste, und zwar nicht nur soweit es sich um Spekulationsbauten handelt, sondern auch soweit die Errichtung von Bauten auf Bestellung in Frage kommt.«

×  
**Landwirt-  
schaft**

Der Bedeutung der großen landwirtschaftlichen Produktionsinteressen wird man heute, nach nahezu einem Menschenalter agrarischer Agitationen, überall mehr gerecht als früher. »Erfreulich ist«, schreibt man in Bremen, »daß die deutsche Landwirtschaft glänzende Ernten erzielt hat; insbesondere ist auch die Futtermittelernte nach 2 schlechten Vorjahren sehr umfangreich ausgefallen, so daß eine Vermehrung der Viehhaltung möglich geworden ist und die Hoffnung ausgesprochen werden darf, daß die Fleischpreise in einem die Lebenshaltung der großen Masse des deutschen Volks erleichternden Grad herabgehen werden.« Das ist ganz und gar nicht die übliche antiagrarische Leitartikelsprache, die sonst in Bremen so beliebt war und noch ist. Später wird dieser Gedankengang bei der Darstellung des Preiszusammenbruchs der Futtergerste, die im Bremer Getreidehandel die führende Rolle spielt, nochmals, und zwar drastischer wiederholt. Von 156 Mark (für 1000 Kilo cif Weser) Mitte Januar sei die Futtergerste in der ersten Februarhälfte auf 137 Mark, schließlich in »panikartigem Zusammenbruch« bis auf 96 Mark gesunken, »ihren seit Jahren tiefsten Stand. Alsdann trat eine Erholung ein, und in der 2. Novemberhälfte vermochte sich der Deckungen der Baissiers und nachlassendes Angebot von seiten Rußlands sogar eine kräftige Steigerung bis über 110 Mark hinaus durchzusetzen. Die Fleischproduktion unseres Hinterlands hat sich mit der Verbilligung der Futtergerste von neuem stark gehoben.« Hamburg meint etwas kühler, aber immerhin ruhig abwägend: »In Deutschland war infolge der günstigen Witterung eine gute Ernte in sämtlichen Fruchtarten zu verzeichnen, so daß mit einer Teuerung für Nahrungsmittel, wie sie die Vorjahre gebracht hatten, nicht gerechnet zu werden braucht. Da außerdem der in den letzten Jahren vermehrte [landwirtschaftliche?] Wohlstand sich noch geltend macht, so haben die Verhältnisse sich gut weiterentwickelt.« Endlich lesen wir in der Berliner Handels-

kammerdenkschrift: »Auf dem Markt landwirtschaftlicher Erzeugnisse wirkte das günstige Ergebnis der 1913er Ernte preismildernd. Die Getreidepreise, die im 1. Teil des Jahres noch recht hoch gewesen waren, gingen später zurück; die Ermäßigung stellte sich Ende 1913 bei den Brotfrüchten auf etwa 10 % gegen Vorjahrspreise, bei anderm Getreide noch höher. Die Kartoffelpreise sanken im Lauf des Berichtsjahrs fast auf die Hälfte. Hopfen hatte in der 2. Hälfte des Jahres steigende Notierungen. Die Preise für Vieh hielten sich, soweit Rinder, Kälber und Hammel in Frage kommen, auf der ansehnlichen Höhe des Vorjahrs, gingen zeitweise noch darüber hinaus. Dagegen erfuhr der Preis für Schweine im Frühjahr 1913 eine starke Herabsetzung; Ende des Jahres war er um 15 % niedriger als im Vorjahr.« In einem andern Teil des gleichen Berichts wird das andauernde Hochbleiben der Rohstoffe für den Industrieverbrauch in Gegensatz dazu gestellt: »Ob eine für Produktion wie Verbrauch willkommene Entlastung durch Preisermäßigungen auf dem Rohstoffmarkt in umfangreichem Maß sich ergeben wird, ist fraglich, da die Ansätze des Jahres 1913 in dieser Beziehung nicht erheblich waren. Jedenfalls wird das kommende Jahr mit einer solchen Erleichterung sicher rechnen dürfen, soweit es sich um die Preise einer größeren Anzahl landwirtschaftlicher Erzeugnisse handelt.« Und charakteristischerweise wird weiter betont: »Die infolge der guten Ernte des Jahres 1913 gestiegene Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung« sei schon manchem Gewerbe »merkbar zugute gekommen«.

×  
**Rohstoff-  
teuerung**

Über die vorläufig noch ziemlich unerschüttert gebliebenen Rohstoffpreise gibt Berlin folgende Übersicht für 1913: »Zu den Rohstoffen, die höhere Preise aufwiesen, gehören Kohlen und Eisen. Hielt sich die Steigerung auch in mäßigen Grenzen, so fällt doch ins Gewicht, daß schon im Vorjahr, namentlich für Eisen, die Notierungen heraufgesetzt worden waren. Blei war gleichfalls teurer. Kupfer sank von dem Stand, den es zu Beginn des Berichtsjahrs eingenommen hatte, bald herab und war gegen Ende des Jahres etwa 10 % billiger als im Vorjahr. Zinn trat mit hohen Preisen in das Berichtsjahr ein und fiel bis Mitte des Jahres



auf die vorjährige Notiz, so daß in dieser Zeit noch mit verhältnismäßig teurem Einkauf zu rechnen war; das Sinken des Preises setzte sich aber weiter fort und brachte Ende des Jahres das Metall etwa 25 % unter Vorjahrespreis. Zink war im ganzen Jahr billiger; der Abschlag gegen das Vorjahr, der im ersten Teil des Jahres mäßig gewesen war, erweiterte sich hinterher bis auf 20 %. Was die Stoffe anlangt, welche in der Textilindustrie verarbeitet werden, so war Wolle um etwa 10 %, Rohseide um fast 15 %, Rohjute zeitweise um mehr als 20 % teurer als im Jahr 1912. Baumwolle, die zu Jahresbeginn nahezu 25 % über Vorjahrespreis gestanden hatte, büßte diesen Vorsprung im Lauf des 1. Halbjahrs ein, stieg aber nach wenigen Monaten wieder und holte den Verlust reichlich ein.« Das Gegenstück hierzu bot allerdings der Kautschuk, dessen Preissturz für die jüngst erschlossenen kolonialen Erdstriche die schwersten Nachteile mit sich bringt.

× **Güterverkehr** Kehren wir ausschließlich zur jüngsten Berichtszeit zurück, so haben sich die Begleiterscheinungen der Krisis und der Depression letzthin rasch vermehrt. Ein gutes Beispiel hierfür bieten die Einnahmen der Eisenbahnen. Beim Personenverkehr sind sie zwar bis zum Jahresschluß weiter gewachsen, obwohl das Wachstum zuletzt sehr geringfügig wurde. Aber die Personenbewegung lief niemals dem Wirtschaftsgang einfach parallel. Dagegen zeigt der Gütertransport seit November ein Abflauen. Die ganze Konjunkturkurve zeichnet sich eindrucksvoll ab, wenn man vom Beginn des Hochkonjunkturjahrs 1912 ab monatlich die Mehreinnahmen des Güterverkehrs pro Kilometer neben einander stellt:

Gegen das Vorjahr Mark		
mehr (+) oder weniger (-)		
Monat	1912	1913
Januar	+206	+247
Februar	+345	+96
März	+142	+11
April	+170	+313
Mai	+114	+49
Juni	+228	+94
Juli	+245	+141
August	+173	+3
September	+86	+77
Oktober	+203	+105
November	+60	-65
Dezember	+180	-69

×

×

**Arbeitsmarkt** Für den deutschen Arbeitsmarkt am Jahres-schluß liegt zurzeit nur die vorläufige Mitteilung des statistischen Amtes vor. Dabei müssen die Krankenkassennachweise diesmal außer Betracht bleiben, weil die organisatorischen Veränderungen in der Krankenversicherung und die dadurch bedingten Neuerungen in der Statistik das ganze Bild wesentlich verschieben. Um so auffälliger sind die Angaben der Gewerkschaften. Nach den Berichten von 15 größeren Arbeiterfachverbänden mit zusammen 1,72 Millionen Mitgliedern waren Ende Dezember 1913 79 345 oder 4,7 % der Mitglieder arbeitslos gegenüber 3,1 % Ende November 1913. »Die alljährlich von Ende November auf Ende Dezember steigende Arbeitslosigkeit erreichte in diesem Jahr einen besonders hohen Stand und übertraf sogar die des Dezember in dem Krisenjahr 1908 (4,4 %).« Von November bis Dezember 1912 war die Verhältniszahl der Arbeitslosen von 1,8 auf 2,9 % gestiegen.

× **Zolltarif und Handelsverträge** Was von jedem Kundigen mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen war, und was in unserer Parteipresse gewöhnlich in befremdender Weise verkannt wurde (siehe meinen Artikel Der handelspolitische Aufmarsch der Interessenten, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 3. Band, pag. 131 ff.), bestätigte am 20. Januar der Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstag ausdrücklich: Die Absicht einen neuen Zolltarif zu schaffen besteht vorläufig auf keiner irgendwie maßgebenden Seite: »Soweit sich zurzeit übersehen läßt, wird für uns keine Veranlassung vorliegen durch Kündigung der Tarifverträge von 1906 zur Neuregelung der Handelsbeziehungen den Anstoß zu geben. Es besteht daher einstweilen nicht die Absicht dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif vorzulegen. Wenn die Vertragsstaaten sich mit uns auf einfache Verlängerung der geltenden Handelsverträge einigen sollten, so würde sich eine umfassende Tarifnovelle überhaupt erübrigen.«

× **KurzeChronik** Der Wechsel d i s k o n t der deutschen Reichsbank wurde am 22. Januar von 5 auf 4½ % herabgesetzt (vorherige Ermäßigungen am 12. Dezember 1913 von 5½ auf 5 %, am 27. Oktober von 6 auf 5½ %). × Die Mißerfolge der letzten

4prozentigen Anleihen haben Preußen zur Wahl eines neuen Anleihetyps veranlaßt. Von den neu aufzunehmenden 400 Millionen Mark werden künftig in 16 Serien jährlich je 25 Millionen Mark ausgelöst und zum vollen Nennwert eingelöst. Dieser (wenn auch für das Einzelpapier unter wechselnden Chancen) gesicherte Nennwert soll eine festere Richtlinie für den Kurs schaffen und so eine gewisse Bürgschaft gegen das Kurssinken bieten, das in den letzten Jahren zur Verzweiflung aller Besitzer von größeren Anleihebeständen wurde, da man jedes Jahr immer von neuem abschreiben mußte. Die Verzinsung wird eine 4prozentige sein, der Zeichnungskurs ist 97. × Im Brauereigewerbe werden bedeutende Konzentrationen erwartet. Der Reigen scheint gleich durch die größte Verschmelzung eröffnet zu werden. Die Schultheißaktiengesellschaft übernimmt noch zwei weitere Großberliner Betriebe: die Unionsbrauerei und die Spandauer Bergbrauerei. Alsdann würde sie mit einem Ausstoß von über 2 Millionen Hektoliter bei weitem die größte Brauerei der Welt sein. Vor 2 Jahren stand die Buschbrauerei in Saint Louis mit 1,78 Millionen Hektoliter an der Spitze. Ihr hart auf den Fersen folgte die Schlitzbrauerei in Milwaukee mit 1,76 Millionen Hektoliter. Die dritte Stelle nahm bisher die Schultheißbrauerei mit 1,65 Millionen Hektoliter ein, nach der dann die Pabstbrauerei, ebenfalls in Milwaukee, mit 1,47 Millionen Hektoliter zu nennen ist.

× **Literatur** Den handelspolitischen Standpunkt der zwar nicht freihändlerischen, jedoch vorwiegend exportinteressierten deutschen Industrien lernt man sehr gut aus einem, auch sonst beachtenswerten Vortrag des Handelssyndikus Dr. B. Dietrich (Plauen) kennen: Deutschlands gegenwärtige handelspolitische Lage und die Vorbereitung der nächsten Handelsverträge /Leipzig, Herbig/. × Die grundlegende Bedeutung der Wasserstraßen für den deutschen Getreideverkehr, die eigenartigen Konkurrenz- und Ergänzungsbeziehungen zwischen Eisenbahn und Binnenschifffahrt analysiert Dr. Werner Teubert in der Studie Getreidefrachten und Getreideverkehr auf deutschen Eisenbahnen und Wasserstraßen /Berlin, C. Heymann/. Die beigegebenen statistischen Tabellen eröffnen einen überraschenden

Einblick in die Produktion, den Verbrauch, die Ab- und Zufuhr der verschiedenen deutschen Landesteile. Die auf Zufuhr angewiesenen Distrikte Deutschlands beziehen ihr Getreide zum größten Teil unter Benutzung von Binnenwasserstraßen; nur die an die See angrenzenden Gebiete können Getreide zu Bahn von den Seehäfen beziehen. Nach Rhein- und Elbegebieten kommen bis zu  $\frac{1}{10}$  des Getreides zu Wasser, und selbst Bayern, das die schlechteste Verbindung mit den Seehäfen hat, erhält fast die Hälfte seiner Zufuhr über Binnenumschlagplätze. Den hohen Frachtsätzen der Eisenbahnen stehen, wie statistisch eingehend dargestellt wird, die billigen Wasserfrachten gegenüber. »Trotz der Schiffsabgaben« wird nach Dr. Teubert »die jetzt in Aussicht stehende Verwirklichung des Ausbaus« der Binnenwasserstraßen vielleicht zur Verbilligung des Transports beitragen, »denn schnellerer und zuverlässigerer Verkehr und eine höhere Tragfähigkeit der Schiffe sind zu erwarten«. × Bei dieser Gelegenheit möchte ich gleich noch die eigenartig fesselnde kleine Gelegenheitschrift eines Handelspraktikers, des Vorstandsvorsitzenden der Getreidebörse Dortmund Isidor Goldschmidt erwähnen: Die Entwicklung des Getreidehandels im rheinisch-westfälischen Industriegebiet während der letzten 50 Jahre /Dortmund, Krüger/. Man kann kaum irgendwo ein bei aller Knappheit eindrucksvolleres Bild davon gewinnen, wie ein Gebiet, das bis etwa zum Jahr 1860 aus der eigenen Ernte seinen Bedarf deckte, allmählich immer mehr Länder für seine Lieferungen in Anspruch nahm, wie die Landmärkte sich bis zu modernen Börsen entwickelten, wie den Transportmitteln und Häfen, dem Speditionsgeschäft, der Mülerei und dem Handel immer größere Aufgaben gestellt wurden, und mit welchen immer vollkommeneren Hilfsmitteln sie zu lösen versucht wurden.

#### Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

1913 In der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau gibt Dr. August Müller eine Übersicht über die wichtigsten Ereignisse und die Entwicklung im Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahr 1913, soweit diese sich heute bereits übersehen läßt. Auch die Konsumgenossenschaftsbe-

wegung hatte natürlich unter der Ungun-  
 st der wirtschaftlichen Verhältnisse  
 zu leiden; doch kann jetzt schon gesagt  
 werden, daß die Bewegung auch im ab-  
 gelaufenen Jahr nicht stehengeblieben  
 ist sondern wieder sehr erfreuliche Fort-  
 schritte gemacht hat. Zwar hat das  
 Jahr 1913 zum erstenmal die auf den  
 ersten Blick vielleicht befremdende Er-  
 scheinung gebracht, daß die Zahl der  
 Verbandsvereine einen Rückgang  
 erfahren hat, nachdem sich schon in  
 den letzten Jahren eine Verlangsamung  
 der Zunahme bemerkbar gemacht hatte.  
 Es ist dies indessen kein Zeichen des  
 Rückschritts sondern im Gegenteil der  
 konzentrierten Entwicklung der Be-  
 wegung, da immer häufiger die Ver-  
 schmelzung benachbarter Konsumvereine  
 zu Bezirksvereinen stattfindet. Gleich-  
 zeitig nimmt naturgemäß die Zahl der  
 jährlichen Neugründungen von Konsum-  
 vereinen ab, da nunmehr bald jeder  
 größere Ort eine Konsumgenossenschaft  
 besitzt, die ihrerseits wieder die um-  
 liegenden kleineren Orte versorgt. Wäh-  
 rend das Jahr 1912 mit 1200 Verbands-  
 vereinen abschloß, waren Ende 1913 nur  
 etwa 150 Vereine vorhanden.

Die konsumgenossenschaftliche Presse  
 hat sich sehr erfreulich entwickelt: die  
 Konsumgenossenschaftliche Rundschau  
 hat ihre Auflage von rund 12 100 auf  
 14 400 erhöht, während die des Kon-  
 sumgenossenschaftlichen Volksblatts von  
 477 000 auf 647 500 stieg. Das Volks-  
 blatt ist damit die deutsche Zeitung mit  
 der größten Zahl ständiger Bezieher ge-  
 worden. In der Unterstützungs-  
 kasse des Verbandes haben die Bei-  
 träge die Summe von rund 800 000 Mark  
 erreicht, gegenüber 720 000 Mark im  
 Vorjahr, während gleichzeitig die Mit-  
 gliederzahl von 7194 auf 8400 stieg. Der  
 Neubau der Verlagsgesellschaft in Ham-  
 burg ist fast vollendet; mit dem Umzug  
 ist bereits begonnen worden, und man  
 rechnet damit, daß im Lauf des März  
 der Gesamtbetrieb der Gesellschaft in  
 dem neuen Gebäude untergebracht sein  
 wird.

Die Großeinkaufsgesellschaft  
 hat, wie bereits früher hier berichtet  
 wurde, im vergangenen Jahr die Kau-  
 tabakfabrik in Nordhausen übernommen  
 und ihre 3 neuerbauten Zigarrenfabriken  
 in Hamburg, Frankenberg und Hocken-  
 heim in Betrieb genommen. Die Teig-  
 warenfabrik in Gröbba ist nahezu  
 vollendet und die 2. Seifenfabrik in  
 Düsseldorf so weit fortgeschritten, daß

sie wahrscheinlich noch im Lauf des  
 Jahres 1914 ihren Betrieb eröffnen wird.  
 Die Unterrichtskurse des Zen-  
 tralverbands fanden diesmal in Magde-  
 burg, Lübeck, Frankfurt (Main) und in  
 Liegnitz statt. An den Kursen für Vor-  
 standsmitglieder nahmen 94, an den für  
 Aufsichtsratsmitglieder 760 Personen  
 teil. Die behandelten Fächer waren die  
 gleichen wie im Jahr 1912. Es ist  
 außerordentlich erfreulich, daß der Sinn  
 für die praktische und theoretische Fort-  
 bildung der Genossenschaftler in so  
 hohem Maß vorhanden ist. Die gewerk-  
 schaftlich-genossenschaftliche Volks-  
 fürsorge wurde am 6. Mai 1913 ge-  
 nehmigt und eröffnete am 1. Juli ihren  
 Geschäftsbetrieb. Die Zahl der abge-  
 schlossenen Versicherungen erreichte im  
 1. Halbjahr ihrer Tätigkeit die Höhe von  
 etwa 70 000.

Weniger erfreuliche Erscheinungen waren  
 die in dem Berichtsjahr auszufechtenden  
 Konflikte der Verlagsanstalt mit den  
 Buchdruckern und der Großeinkaufs-  
 gesellschaft mit ihren Zigarrenarbeitern,  
 die aber schließlich noch zur allseitigen  
 Zufriedenheit erledigt wurden. Die  
 wichtigste Aufgabe des Jahres 1914 wird  
 der Neuabschluß der Tarifverträge mit  
 den Bäckern und Transportarbeitern  
 sein, die in diesem Jahr vertragsgemäß  
 ablaufen. Die Vorarbeiten zu den Er-  
 neuerungen sind bereits abgeschlossen,  
 Anfang dieses Jahres finden die Ber-  
 atungen statt, die hoffentlich die  
 Grundlage für einen allseitig ersprieß-  
 lichen Neuabschluß der Verträge bilden  
 werden.

Die deutsche Konsumvereinsbewegung ist  
 mit frohem Mut in das neue Jahr einge-  
 treten. Denn wenn sie auch nicht absolut  
 gegen die Wirkungen ungünstiger wirt-  
 schaftlicher Verhältnisse gefeit ist, so ist  
 sie doch so gesund in den wichtigsten  
 Bedürfnissen des Volkes verankert und  
 trägt eine so große unverkennbare Ent-  
 wicklungs- und Wachstumstendenz in  
 sich, daß selbst schwere Krisen ihr  
 keine tatsächlichen Hemmungen aufer-  
 legen können.

× ×  
 Hessen: Krise Das landwirtschaft-  
 liche Genossenschafts-  
 wesen des Großherzogtums  
 Hessen wird augenblicklich von einer  
 schweren Krise erschüttert, die viel-  
 leicht noch weitere Kreise ziehen und  
 nicht ohne Rückwirkung auf die ge-  
 samte landwirtschaftliche, ja deutsche  
 Genossenschaftsbewegung bleiben wird.

Es handelt sich um die Vorgänge, die zu dem Zusammenbruch des Spar- und Kreditvereins Niedermodau geführt haben, und die Folgen, die dieser Zusammenbruch bisher schon gehabt hat. Der genannte Verein wurde im Jahr 1864 in dem ein paar Hundert Einwohner zählenden hessischen Dorf Niedermodau gegründet. Seine Mitgliederzahl betrug zur Zeit des Zusammenbruchs 199. Schon seit Jahren herrschte in dem Verein eine Mißwirtschaft, der man fast verständnislos gegenübersteht. Der Rechner Adam hatte es verstanden durch Ausbieten hoher Zinsen dem Verein hohe Kapitalien zuzuführen, die das eigene Vermögen um das 50fache überstiegen. Einem eigenen Vermögen von 60 000 Mark standen zeitweise 3 Millionen Mark Spareinlagen gegenüber. Diese Einlagen wurden nun wiederum in allerlei faule Unternehmungen gesteckt. Außerdem ließ sich Adam zu gewagten privaten Spekulationen verführen, deren Fehlschläge er durch Unterschlagung von Vereinsgeldern zu decken suchte. Der direkte Schaden, den die Genossenschaft auf diese Weise durch ihn erlitten hat, wird auf 400 000 Mark veranschlagt. Bücher wurden überhaupt nicht mehr geführt, Berechnung, Einforderung und Beitreibung von Zinsen vergessen. Schließlich waren die Forderungen des Vereins bis zu 10 Jahren rückständig und verjährt zu erheblichen Beträgen. Die Zinsrückstände allein erreichten die Höhe von 224 000 Mark. Als am 1. Dezember 1911 der Konkurs angemeldet wurde, waren  $2\frac{1}{2}$  Millionen Mark Aktienkapital und  $\frac{1}{2}$  Million Reserven verloren; außerdem war eine Überschuldung von  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark vorhanden. Da es sich um einen Verein mit unbeschränkter Haftpflicht handelte, so setzte der Konkursverwalter in der Vorschubberechnung eine Umlage von 200 000 Mark für das Mitglied fest. Man kann sich vorstellen, welche verheerende Wirkung diese Bestimmung auf die Verhältnisse der armen Dorfes hatte, welch unsagbares Elend die Folge davon war. Die Folge der dadurch hervorgerufenen Aufregung und Beunruhigung war dann der Zusammenbruch einer Reihe weiterer landwirtschaftlicher Genossenschaften in Hessen, bei denen gleichfalls überall schwere Verluste erlitten wurden. Daß die geschilderte Mißwirtschaft im

Niedermodauer Kreditverein einreißen und sich so lange behaupten konnte, wird darauf zurückgeführt, daß nahe Verwandte des Rechners Adam erste Rollen in der Gemeinde und im Verein spielten und diese ihn ohne Kontrolle schalten und walten ließen. Der Aufsichtsrat vernachlässigte seine Pflicht vollkommen; er prüfte weder Kasse noch Belege noch die Sicherheit der ausstehenden Forderungen. Als die Bilanz von 1908 einen Posten von 275 000 Mark uneinbringlicher Forderungen aufwies, verpflichteten sich Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in wenig einwandfreier Form zur Deckung des Schadens. Nach der viel zu späten Beseitigung Adams übernahm dann ein Beamter des hessischen Revisionsverbands die Leitung der Genossenschaft, wobei er im Interesse der in Mitleidenschaft gezogenen landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank in Darmstadt einen Konkurs möglichst hinauszuschieben suchte. Aber auch er konnte das Unheil nicht mehr abwenden; die Verluste wuchsen immer weiter, bis sie schließlich die oben genannte fabelhafte Höhe erreichten und der Zusammenbruch unvermeidlich war. Als das Unglück geschehen war und weitere Kreise gezogen hatte, riefen die hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften nach Staatshilfe, die ihnen auch zuteil wurde, aber unter Bedingungen, die die Selbständigkeit der Bewegung schwer antasteten. Es wurde der Zentralkasse der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften mit Zustimmung der Ersten und Zweiten Kammer von der Regierung ein zu  $3\frac{1}{2}\%$  verzinsliches und innerhalb 20 Jahren zu tilgendes Darlehen von einer Million Mark gewährt und außerdem ein Kredit bis zu 2 Millionen Mark eröffnet. Dafür sollte sich aber die Kasse in ihrem ganzen Geschäftsbetrieb der Aufsicht der Regierung unterwerfen; der Staatskommissar ist befugt den Generalversammlungen und den Sitzungen der Verwaltungsorgane der Kasse, soweit ihm nicht weitergehende Befugnisse zustehen, mit beratender Stimme beizuwohnen, die Berufung der Generalversammlung sowie von Sitzungen der Verwaltungsorgane zu verlangen usw. Und schon macht ein Landgerichtsrat Conradi in Darmstadt in der Zeitschrift Bankarchiv als Mitglied des Strafkollegiums im Prozeß gegen die Niedermodauer Genossenschaft Vorschläge zu einer Änderung des Genossenschaftsgesetzes, die neben anderen

wenigen wesentlichen Punkten die Umwandlung der Verbandsrevision in eine Behörde mit Aufsichtsrechten und Zwangsmaßregeln fordern. Diese Vorschläge, die nicht ohne Resonanz in leitenden Kreisen sind, würden eine ernsthafte Gefahr für die freiheitliche Entwicklung des Genossenschaftswesens bedeuten. So richtig und vernünftig die meisten der darin geforderten Dinge sind: Vermeidung der Vetterwirtschaft, Wahrung eines richtigen Verhältnisses zwischen eigenem und fremdem Kapital, Beschränkung der Ausdehnung der Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht auf einen bestimmten Bezirk: so sind das doch alles Dinge, die nicht gesetzlich erzwungen werden dürfen sondern aus der Bewegung selbst erwachsen müssen. Jedenfalls bildet der Niedermödel Fall keine typische Erscheinung innerhalb der deutschen Genossenschaftsbewegung sondern eine traurige Ausnahme, und es wäre deshalb gänzlich verkehrt auf Grund dieses Falles eine Gelegenheitsgesetzgebung zu betreiben, die für die Gesamtbewegung nur verhängnisvoll werden könnte.

× Studentengenossenschaft. Seit einigen Jahren regt es sich wieder in der deutschen Studentenschaft. Die alte Tradition, die die akademische Jugend zur Trägerin und Vorkämpferin fortschrittlicher Ideale machte, wird wieder lebendig. Allerdings erst sehr vereinzelt. Die große Mehrzahl der deutschen Studenten sieht immer noch im *Raufen und Saufen* die schönsten Blüten des studentischen Lebens, und wenn sie sich mit öffentlichen und politischen Fragen befaßt, dann geschieht dies meist im rückständigen, hurratriotischen Sinn. Um so mehr dürfen wir uns der schüchternen Anzeichen einer erwachsenen sozialen Gesinnung in diesen Kreisen freuen. Ein solches Zeichen ist in der Gründung eines Bundes für deutsche Studentengenossenschaften zu erblicken, die kürzlich erfolgte. Der Ausgangspunkt der Bewegung ist Tübingen, wo Professor Wilbrandt, dessen konsumverfeindliches Auftreten auf dem letzten evangelischsozialen Kongreß in dieser Rundschau (1913, 2. Band, pag. 687 f.) bereits gewürdigt wurde, ein volkwirtschaftliches Seminar leitet. Dieses Seminar besichtigte vor einiger Zeit die Anlagen des dortigen Konsumvereins, und im Anschluß daran fand die Errichtung einer Käufervereinigung für

Tübingen statt, in der sich Studierende der verschiedenen Fakultäten mit anderen ledigen Interessenten zur Organisation des gemeinsamen Bezugs von Lebensmitteln, Kollegartikeln, Bekleidung, Mahlzeiten, Wohnung usw. zusammenschlossen. Für den Nahrungsmittelbezug wird die Vereinigung dem dortigen Allgemeinen Konsumverein angeschlossen werden. Gleichzeitig wurde beschlossen ähnliche Vereinigungen in allen anderen Universitätsstädten ins Leben zu rufen und eine Zentrale der Bewegung in dem Bund deutscher Studentengenossenschaften zu gründen. Der Bund will, wie es in seinem, auch während des ersten Freideutschen Jugendtags auf dem Hohen Meißner verteilten Aufruf heißt, zur Genossenschaft erziehen, und zwar »in der Bedeutung sowohl einer für die Zukunft erstrebten gemeinnützigen und geordneten, tatsächlich volkswirtschaftlichen Wirtschaftsform als auch der notwendigen Grundlage einer höhern Kultur«. Er will der studentischen Jugend Anregung geben und Wege weisen zur Anwendung genossenschaftlicher Selbsthilfe in allen Kreisen, wobei er sich jeder Parteipolitik oder konfessionellen Bestrebung fernhalten will. Er unterstützt jede ernste soziale Betätigung innerhalb der Studentenschaft, im besonderen die Bewegung der Arbeiterunterrichtskurse und des Deutschen Siedlerbunds (Settlements). Der Bund wird eine Monatsschrift herausgeben; außerdem steht ihm die unabhängige Genossenschaftliche Kultur zur Besprechung seiner Angelegenheiten zur Verfügung.

Also ein jedenfalls ziemlich weitgehendes Programm, das man in seinen Einzelzügen nur billigen kann. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß die deutschen Krämer und ihre Organe bereits gegen diese ihnen nicht in den Kram passenden Bestrebungen der Studenten mobil gemacht haben und sich dabei auch zu einigen artigen Denunziationen speziell gegen Professor Wilbrandt hinreißen ließen. Hoffentlich wird ihnen die Resonanz ausbleiben.

× England: Das englische Arbeitsamt Genossenschaftsproduktion veröffentlichte vor einiger Zeit Mitteilungen über den Umfang der britischen Genossenschaftsproduktion im Jahr 1912. Der Gesamtbetrag des Wertes der von britischen Genossenschaften (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen) erstellten Waren

belief sich in dem genannten Jahr auf 563 067 480 Mark. Das bedeutet gegenüber dem Jahr 1903 eine Zunahme um 288 329 420 Mark oder um 105%. Auf die verschiedenen Formen der Produzenten- und Konsumentengenossenschaften verteilen sich diese Zahlen folgendermaßen:

Genossenschaftsarten	1903	1912	Zu- oder Abnahme in %
Konsumentengenossenschaften			
Großeinkaufsgesellschaften	108 344 540	273 823 760	+ 153
Konsumvereine	103 793 460	212 611 660	+ 105
Kornmühlengenossenschaften	27 534 060	22 274 580	- 19
Bäckerengenossenschaften	12 371 760	22 751 300	+ 84
Produzentengenossenschaften	22 674 240	31 606 180	+ 39
Arbeitsgenossenschaften	274 738 060	563 067 480	+ 105
zusammen			

Von diesen Genossenschaften sind die ersten 4 Arten als Konsumenten-, die letzte als Produzentengenossenschaften anzusprechen. Wie ersichtlich, ist die Produktion für den organisierten Konsum nicht nur viel umfangreicher als die für den freien Markt (wobei zu beachten ist, daß auch viele Arbeitsgenossenschaften heute schon nur für Konsumvereine arbeiten), sondern sie weist auch eine viel schnellere Zunahme auf. Die einzige hier zu verzeichnende Abnahme, die der Kornmühlengenossenschaften, erklärt sich durch die Übernahme zweier solcher Genossenschaften durch die Großeinkaufsgesellschaft. Heute umfassen die Konsumentengenossenschaften 95% der gesamten gewerblichen Genossenschaftsproduktion, während vor 10 Jahren erst 92% auf sie entfielen. Da der Umsatz der Konsumvereine im Jahr 1912 die Höhe von rund 1½ Milliarden Mark erreichte, wird also gegenwärtig

nahezu der 3. Teil des Bedarfs dieser Genossenschaften in eigenen Fabriken und Werkstätten respektive in denen ihrer Großeinkaufsorganisationen hergestellt. Etwa drei Viertel der genossenschaftlichen Eigenproduktion, 412 Millionen Mark, entfallen auf die Herstellung von Nahrungsmitteln (Müllerei-, Bäckerei-, Schlächtereiprodukte, Schokolade, Kakao, Konserven) und von Tabak. Das Bekleidungs-gewerbe ist mit 76,5 Millionen Mark, die Fabrikation von Seife und Lichtern mit 19, die Textilindustrie mit 18,4, Baugewerbe, Steinbrüche, Möbelfabrikation mit zusammen 18,3, das Druckereigewerbe mit 9,8, Metallgewerbe, Maschinen- und Schiffsbau mit 4,0 und andere Industrien mit 5,7 Millionen Mark vertreten.

Insgesamt waren in diesen Produktivbetrieben 56 691 Personen beschäftigt, während die Zahl der überhaupt in den gewerblichen Genossenschaften Großbritanniens tätigen Personen 134 303 betrug.

× **Kurze Chronik** Das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung hat am 14. Dezember 1913 eine vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband gegründete Volksversicherungsgesellschaft zum Geschäftsbetrieb im In- und Ausland zugelassen. Die Gesellschaft wurde mit einem Stammkapital von 1 Million Mark gegründet und wird Versicherungen bis zu 2000 Mark ohne ärztliche Untersuchung mit Monatsbeiträgen abschließen. Natürlich ist die Gründung eine Gegengründung gegen die Volksfürsorge. × Am 1. Januar 1914 ist in England eine Novelle zum Genossenschaftsgesetz in Kraft getreten, die einige fortschrittliche Bestimmungen über das Erbrecht an den Genossenschaftsanteilen sowie über die Neugründung von Genossenschaften und die genossenschaftliche Revisionspflicht enthält. × Die Schuhfabrik der französischen Großeinkaufsgesellschaft, die diese von einer Produktivgenossenschaft übernahm, erfreut sich einer außerordentlichen Entwicklung. Dieses mit den modernsten technischen und hygienischen Errungenschaften ausgestattete Unternehmen hatte im Geschäftsjahr 1906-1907, dem Jahr der Übernahme, einen Umsatz von 87 000 Francs. Dagegen betrug der Umsatz allein in den ersten 5 Monaten des laufenden Geschäftsjahrs 286 000 Francs. Die Arbeitsbedingungen sind vorzüg-

liche; um die in der Schuhfabrikation gefürchtete alljährlich mehrere Monate dauernde tote Saison zu überwinden, läßt die Fabrik in dieser Zeit unter erheblichen Opfern auf Vorrat arbeiten. X In Paris ist die Gründung einer großen Zentralgenossenschaft geplant, die der unheilvollen Zersplitterung der Pariser Konsumvereine ein Ende bereiten soll. Für die Umgebung der Metropole soll das Problem der Konzentration in der Weise gelöst werden, daß die ganze Umgebung in 4 Sektionen eingeteilt wird, für die 4 Bezirkskonsumvereine errichtet werden. Bis zur Konstituierung dieser Vereine können die Vorortgenossenschaften ihre Geschäftsführung dem Pariser Verein übertragen und so der Vorteile des Großbetriebs teilhaftig werden.

### Geistige Bewegung / Leo Kullmann

**Jugendbewegungen** Man kann in der Entwicklung der Demokratie drei Stufen beobachten. Auf der untersten Stufe handelt es sich um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der erwachsenen Männer, auf der zweiten um die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Emanzipation der Frauen. Erst der neuesten Zeit ist die schüchtern aufkeimende Erkenntnis vorbehalten, daß es auch eine Art Demokratie der Altersklassen gibt, daß auch die Jugend das Recht hat ihr eigenes Leben zu leben, daß sie Beachtung und Anerkennung ihrer natürlichen physischen und geistigen Bedürfnisse beanspruchen darf; allerdings gezügelt durch das sittliche Gebot der Selbstbeherrschung und durch die Erfordernisse einer Aufwärtserziehung zur Erfüllung späterer Aufgaben. Dieser neue Geist weht durch das Buch Dr. Gustav Wynekens Schule und Jugendkultur / Jena, Diederichs/. Wyneken ist der Gründer der Freien Schulgemeinde Wickersdorf, die zu verlassen vor annähernd 4 Jahren ihn »der Machtzwang einer blinden Bürokratie« zwang. Das Wesentliche dieser Schöpfung ist ihre Verfassung. In Anlehnung an englische und amerikanische Vorbilder ist hier der Schuljugend das Recht eingeräumt mit den Lehrern zusammenwirkend in parlamentarischen Formen Angelegenheiten der Schule und gemeinschaftlichen Erziehung selbstbestimmend zu regeln. Diesen freien Verfassungsformen entspricht auch der lebensbejahende Geist, der aus Wynekens gesammelten Aufsätzen, insbeson-

dere gerade auch dem Abschnitt Koedukation und Sexualerziehung, spricht. Den Atem der Auflehnung gegen die Hemmungen unserer Jugendkultur spürt man auch in der, ebenfalls von Diederichs verlegten Jubiläumsfestschrift Freideutsche Jugend: Zur Jahrhundertfeier auf dem Hohen Meißner 1913. Die Freideutsche Jugend bedeutet eine Zusammenfassung gleichgestimmter Jugendorganisationen, deren Programme in gefälliger Artikelform an uns vorüberziehen: erst die verschiedenen Wandervögel, dann Germania, Abstinentenbund an deutschen Schulen, die deutschen Landerziehungsheime, die Freie Schulgemeinde Wickersdorf, Dürerbund, Deutscher Vortragsbund und eine Reihe akademischer Vereinigungen. Die Art, wie in all diesen Aufrufen und den sich anschließenden Freundesworten das Deutsche betont wird, hält sich frei von allem herausfordernden Nationalismus und Chauvinismus. Die gemeinsame Grundstimmung wird wohl am treffendsten durch den Festgruß Herbert Eulenberg's wiedergegeben:

»Ich grüße die Jugend, die nicht mehr säuft.  
Die Deutschland durchdenkt und Deutschland durchläuft.

Die frei heranwächst, nicht schwarz und nicht schief.  
Weg mit den Schlägern, seid wirklich aktiv.  
Das Mittelalter schlägt endlich tot!  
Ein neuer Glaube tut allen not,  
Bringt Humpen und Säbel zur Rumpelkammer.  
Verjagt den Suff samt dem Katzenjammer  
Und alles, was euch verfault und verplündert!  
Auf, werdet Menschen von unserm Jahrhundert!«

In einem Artikel Die deutsche Jugendbewegung, in der Frankfurter Zeitung vom 28. Dezember 1913, nennt Wyneken »Jugendkultur« eine neue Lebensauffassung, einen neuen Lebensstil der Jugend, der ihr lebendigen Zusammenhang mit der Kultur ihrer Zeit gibt, die Möglichkeit natürlicher, der Jugend angemessener Lebensführung und Geselligkeit und endlich eine Tätigkeit, die ihr selber wichtig, ja heilig ist. Diese Jugendbewegung hat auch ihre eigene Zeitschrift; sie betitelt sich Der Anfang und ist von Schülern und Studenten geschrieben.

Wie kann die Sozialdemokratie dieser Bewegung gegenüberstehen? Ich meine, im Prinzip wohlwollend. Handelt es sich auch hier vorwiegend um Organisationsformen, die aus sozialen und finanziellen Gründen vorerst noch den unbemittelten Klassen verschlossen sind, so haben wir doch auch Anlaß den hier zum Ausdruck kommenden gesunden

Protest gegen einen falschen, parteipolitisch orientierten Chauvinismus nach Kräften zu unterstützen. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß man namentlich in die Wandervogelbewegung auch eine Rassenfeindschaft hineinzutragen versucht hat, deren Betonung das jugendliche Gemüt dauernd in häßlicher Weise zu beeinflussen geeignet ist. Die Leitung des Bundes hat sich zwar dagegen zur Wehr gesetzt, daß diese Tendenzen mit der Organisation selber zu tun hätten; es bleibt aber abzuwarten, ob sie nicht faktisch doch die Bewegung infizieren werden. Ferner ist auch auf die Gefahr aufmerksam zu machen, daß diese Jugendbewegung zu einem neuen Konventionalismus und zu einem Dünkel führt, der die Selbsterziehung zu wahrer innerer Freiheit beeinträchtigt und Scheinpersönlichkeiten züchtet. Symptome einer falschen Selbsteinschätzung sind jedenfalls zu konstatieren.

Wie bei jeder pädagogischen Bewegung wird auch bei dieser ihr Wert erst aus ihren Ergebnissen beurteilt werden können. Man darf vor allem den Wunsch und die Hoffnung aussprechen, daß die Jugend, die an dieser Bewegung teilnimmt, durch ein Streben nach Hingabe an eine Sache, die die persönliche Kräftebetätigung erst adelt, und durch innere Bescheidenheit sich das Maß der Freiheit, das sie sich äußerlich nimmt, auch wirklich innerlich zu erwerben wissen wird.

Die sozialistische Jugendliteratur erscheint mit zwei bedeutenden Schriften auf dem Plan: Das heilige Feuer von Jürgen Brand /Stuttgart, Dietz/ und Seht, wie die Zukunft euch grüßt!, herausgegeben von dem Arbeiterverein Kinderfreunde Niederösterreichs /Wien, Brand/. Die erstgenannte Schrift ist eine Sammlung novellistischer Skizzen aus dem täglichen Leben mit eindringlicher, nicht aufdringlicher sozialistischer Tendenz, zeugend von starker dichterischer Begabung des Verfassers und in hohem Maß geeignet in dem jungen Proletarierherzen das »heilige Feuer« des fruchtbaren Kampfes gegen die Ungerechtigkeit unserer Wirtschaftsordnung zu entfachen. Die zweite Schrift enthält Ansprachen an die schulentlassene Proletarierjugend von Max Winter, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Angelo Cawaro, Anton Afritsch, Engelbert Pernerstorfer, die dem jungen Arbeiter gleichzeitig die Richtung

weisen und ihm nach Möglichkeit die Lebensfreude innerhalb bewußter und zielenergischer Arbeit erhalten wollen.

× **Kurze Chronik** Der Bund für Schulreform hielt seinen letzten Kongreß für Jugendbildung und Jugendkunde in Breslau ab und beschloß für die endgültige Entscheidung der Koedukationsfrage nur die exakten Grundlagen der Erfahrung und Experimente gelten zu lassen (siehe auch die Rubrik Frauenbewegung, 1913, 3. Band, pag. 1650 f.). × Professor Natorp hat auf dem letzten Volkshochschultag in Frankfurt am Main die Aufnahme des Volksbildungswesens als Lehrfach an den Universitäten gefordert. Zwecks wissenschaftlicher Durchdringung des nationalen Arbeitslebens empfiehlt er eine freie Vereinigung von Lehrkräften und praktischen Volksmännern nach dem Muster der sozialpädagogischen Fakultät zu Chicago zusammenzurufen. × Ende Dezember weihte die Brüsseler Genossenschaft Maison du Peuple ihr mit einem Aufwand von 650 000 Francs erbautes Bildungsheim ein. Solvay erhöhte bei dieser Gelegenheit die nach ihm benannte, mit 100 000 Francs begründete Stiftung für sozialistische Bildungszwecke um 1 Million. Anatole France hielt die Festrede und predigte das Evangelium der Wiedererweckung unserer Kultur durch die Massen, aus den Massen. Für Deutschland sprach Genosse Heinrich Schulz. × Eine Sammlung schöner Bücher gibt das Deutsche Verlagshaus Vita in Berlin heraus; sie ist Leuchtende Stunden betitelt und wird schon wegen ihrer sympathischen Ausstattung Genuß bereiten. Die Reihe eröffnet Walter Bloem An heimischen Ufern, ein Buch, in dem mit Wort und Bild Liebe zur heimatlichen Flußlandschaft und Wanderlust geweckt werden; ihm folgen Georg Engel Auf hoher See, wie es scheint, der Flottenpropaganda gewidmet, und Johannes Trojan Unsere deutschen Wälder, worin ein seltener Kenner der heimischen Flora uns das intimste Leben der deutschen Bäume miterleben läßt.

× **Literatur** Von pädagogischen Neuererscheinungen ist zu nennen: Georg Kerschensteiner Begriff der Arbeitsschule, 2. verbesserte und vermehrte Auflage /Leipzig, Teubner/. Noch immer be-



gegnet der Begriff der Arbeitsschule Mißverständnissen. Der Hauptnachdruck liegt nicht auf der manuellen Ausbildung sondern darauf, daß dem Schüler, statt der in der Buchschule vorherrschend empfangenden Tätigkeit, eine mehr selbständig schaffende Betätigung zugewiesen wird, durch die er sich Geistes- und Charakterbildung erarbeiten kann. Die Schrift ist zu empfehlen. × Ferner Die Poesie in Not, ein neuer Weg zur literarischen Genesung unseres Volkes, von Adolf Jensen und Wilhelm Lamszus /Hamburg, Senger/. Warum läuft das junge Volk mehr denn je in die Kinos, statt sich auf die guten und billigen Erzeugnisse der modernen Jugendbüchereien mit Gier zu stürzen? Die Verfasser antworten: Wir, die deutschen Schulmeister, sind schuld; wir haben die Poesie erschlagen. Und dann kommen Beispiele so fürchterlich vivisektorischer Mißhandlung unserer Klassiker, daß unser Literaturunterricht als konsequenter Dichtermord bezeichnet werden müßte, wenn diese Beispiele typisch wären, was ich allerdings nach meinen persönlichen Gymnasialerfahrungen nicht ohne weiteres annehmen kann. × Das Buch Fr. W. Foersters Staatsbürgerliche Erziehung, Prinzipienfragen politischer Ethik und politischer Pädagogik /Leipzig, Teubner/ scheint in christlichsozialem Sinn die Lösung der sozialen Frage durch erzieherische Einwirkung auf die Erwachsenen anbahnen zu wollen. Es muß anerkannt werden, daß der Verfasser einen scharfen Blick für die aufreizenden politischen und sozialen Unsitten unserer Bourgeoisie hat. Wen es angeht, wird das Buch kaum lesen, ohne an seine Brust zu greifen. Es ist in der Tat geeignet politische und soziale Kultur, die uns Deutschen besonders nottut, zu fördern. × Die Teubnersche Sammlung Aus Natur und Geisteswelt bringt 2 über das Unterrichtswesen gründlich orientierende Schriften: Th. Ziegler Über Universitäten und Universitätsstudium und A. Sachse Die preußische Volks- und Mittelschule. × Wer in ein organisches Verständnis deutscher Gegenwart eingeführt sein will, nehme das schöne Teubnersche Sammelwerk Schaffen und Schauen: Von deutscher Art und Arbeit zur Hand. Land, Volk, Verfassung, Volkswirtschaft, Politik, Berufsgliederung, geistige Kultur und Lebensführung ziehen in fesselnd geschriebenen und doch streng wissenschaftlichen Einzel-

darstellungen berufener Fachleute an uns vorüber. An Einzelheiten der Bearbeitung wäre wohl Kritik zu üben, in ihrer Gesamtheit wird sie durch ihr Streben nach gerechtem Abwägen und durch ihre Anschaulichkeit befriedigen. × Zum Schluß greife ich noch aus den Erscheinungen des München-Gladbacher Volksvereinsverlags eine Schrift von allgemeiner Brauchbarkeit heraus: Die Konfession der sozialdemokratischen Wählerschaft 1907 von Dr. A. Klöcker; sie verdient wegen ihres fleißig gesammelten und verarbeiteten statistischen Materials hohe Beachtung.

## WISSENSCHAFT

### Biologie / Adolf Koelsch

**Chemie des Lebens** Mehr als sein Interesse auf Lehrbuchboden anzupflanzen kann die Lektüre eines kleinen Vortrags Der Anteil einfachster Stoffe an den Lebenserscheinungen /Bern, Drechsel/ nützen, den der Berner Physiologieprofessor Leon Asher an einem der dort üblichen akademischen Abende gehalten hat. Es ist jammerschade, daß ein Mann, der so vorzüglich zu schreiben und, wie ich von früher her weiß, nicht minder glänzend vorzutragen versteht, von den Herausgebern deutscher Zeitschriften, die Wert auf eine fesselnde Darstellung guter Gedanken legen, nicht gewaltsam zur Mitarbeit herangezogen und so der breitesten, intellektuell interessierten Öffentlichkeit zugeführt wird. Denn Asher ist der geborene Essayist, und sein Denken bewegt sich in mehr als bloß 3 Dimensionen. In dem vorerwähnten Vortrag rückt er einer Vorstellung zu Leibe, die nicht einzig in Laienköpfen noch spukt; ach, sie wird von gar manchem bücher- und aufsatzschreibenden Zeitgenossen, der trotz aller Anhänglichkeit an eine Lehrkanzeln den Kontakt mit der Wissenschaft seiner Zeit längst verloren hat, immer wieder in jubilo erneuert. Es ist die irrije Meinung, daß der organischen Chemie bei weiterem Fortschritt je die Erklärung der Lebenserscheinungen gelingen werde. Dies kann aus dem einfachen Grund nicht sein, weil nach neueren Einsichten die einfachsten anorganischen Stoffe am Zustandekommen der Lebensphänomene ebenso tief beteiligt sind wie die hochzusammengesetzten plasmatischen Eiweißkörper, mit deren Synthese der Physiologe von einst alles gewonnen hielt, und an denen der materialistische Barrikadenkämpfer

von heute sich immer noch ins Zentrum der Schöpfung selber zu schwingen hofft. Dem Nachweis dieses Irrtums ist Ashers Vortrag gewidmet. Er wird (höchst einfach) durch Vorlegung jener Tatsachen geführt, aus denen sich unwiderruflich entnehmen läßt, daß die einfachen anorganischen Stoffe »in den sinn- und planvollen Mechanismus des Lebens ebenso eingehen wie die höchst zusammengesetzten chemischen Stoffe«. Es wird weiter gezeigt, daß der Mechanismus des Lebens überhaupt erst verständlich wird, und »die Möglichkeit dieses Mechanismus überhaupt erst gegeben ist durch die Eigenschaften, welche jenen einfachsten Stoffen innewohnen«.

Und ihre Namen? Kennen wir sie? O, wir kennen sie gut. Sie heißen Natrium, Kalium, Magnesium- und Kalziumsalsze, ihr Hauptlagerplatz ist der Blutsaft. Was schien doch sonst einem Autor besonders mitteilenswert, wenn er uns einen Begriff von der Beschaffenheit und den Aufgaben des Blutes beibringen wollte? Er sagte, es sei ein besonderer Stoff, der die Ernährung und in gewissem Sinn auch die Säuberung des Zellenstaats zu besorgen habe und sich aus der Blutflüssigkeit auf der einen, den in ihr schwebenden roten und weißen Blutkörperchen auf der andern Seite zusammensetze. Dann wurde die ganze Aufmerksamkeit auf die Blutkörperchen konzentriert und die Blutflüssigkeit nebenbei geschildert als ein klares, gelbliches, wasserreiches Medium, das in feiner, schaumartiger Aufmischung die Abbaustoffe der Nahrungseiweiße, Stärkekörper, Fette, mancherlei Farbstoffe, Gase und ein Heer von unentwirrbaren Schutzfermenten enthalte. Vielleicht wurde der Gewissenhaftigkeit halber auch das Vorhandensein von Natrium-, Kalium-, Kalk- und Magnesiumsalzen erwähnt. Aber während der Physiologie nun über die Bedeutung aller organischen Blutsaiteinflüsse von den roten Zellkörperchen herunter bis zu den Farbstoffen und Schutzfermenten sehr wichtige und interessante Dinge zu erzählen mußte, erfuhr man über die Bedeutung jener alltäglichen Salze gar nichts. Ja, ich schlage das Handwörterbuch der Naturwissenschaften auf, das gerade im Erscheinen begriffen ist, und das auf etwa 120 000 Lexikonformatseiten eine systematische Übersicht über das naturwissenschaftliche Gesamtwissen unserer Tage bringen will; ich finde darin die Funktionen aller Bluteinschlüsse sorgfältig registriert, aber kein Wort über

die Rolle, die jene einfachsten anorganischen Beimengungen in der Chemie des Zellenstoffwechsels spielen.

Asher rückt diese Aschenbrödelgestalten ins Licht und verleiht jeder ohne ablenkende Zeremonie ihr Krönchen. Er weist darauf hin, daß bei Entfernung des Kalkions aus dem ernährenden Saft für ein Lebensgebilde jede Bewegungsmöglichkeit aufhört; ebenso unentbehrlich ist es für das Zustandekommen der Erregungsvorgänge und die Aktionen der so überaus lebenswichtigen Fermente. Viele von ihnen verlieren ihre Wirksamkeit, »wenn man ihnen ihren Salzgehalt entzieht, und sie kehrt wieder, sobald die entfernten Salze wieder zugesetzt werden«. Dann werden das Wasserstoffion, das Hydroxylion, das Ion des Eisens in ihrer vielseitigen Bedeutung für den Mechanismus des Lebens vorgeführt, und schließlich wird die Abhängigkeit der Hemmung, des Widerparts der Erregung, von den Eigenschaften der einfachsten Stoffe dargelegt, immer so, daß es sicher jedem Vergnügen bereitet zu folgen. Zum Schluß wird denen, die nun etwa glauben möchten, daß in den anorganischen Plasmaeinschlüssen jener Lebensfetsich gefunden sei, den der Materialismus ehedem in den Eiweißkörpern verehrte, ein sanfter Nasenstüber erteilt. Denn diese einfachsten Stoffe sind für sich allein genau so ein Totes wie die verwickeltesten Eiweißbausteine der Lebenssubstanz. Erst in der Wechselwirkung beider wird das Leben geboren. Was ist aber das, was sie zu solcher Wechselwirkung zusammenführt?

× Narkose ×  
 Im Institut des Bonner Physiologen Max Verworn ist in gemeinsamer Arbeit von Meister und Schülern während des letzten Jahrzehnts eine neue Theorie der Narkose aufgestellt worden, die bei der jüngern Generation viel Anklang zu finden scheint. Den ansehnlichsten Vorstoß dahinter hatten vor dem Overton und Meyer /1899/ gemacht. Ich kann im Augenblick quellenmäßig nicht feststellen, wer eigentlich als erster dahinter kam, daß jeder Organismus als Lösungsmittel für andere Stoffe nur 2 Substanzen zur Verfügung habe, und daß alle Agenzien, die hierin nicht lösbar sind, der Verwertungsmöglichkeit durch den Zellenstaat widerstehen. Jedenfalls wurden als jene beiden einzigen Lösungsmittel Wasser und Fette ausgedehnt, zwei Stoffe also, die in ein-

ander selber nicht löslich sind. In den undurchsichtigen Mechanismus der Narkose wurde nun von Overton und Meyer insofern Licht gebracht als sie zeigten, daß ein Stoff nur dann narkotische Wirkungen entfalten kann, wenn er bei spärllichem Lösungsvermögen in Wasser eine gute Löslichkeit in Fetten besitzt, und daß seine Betäubungskraft um so größer ist, je mehr seine Löslichkeitsverhältnisse sich zugunsten der Fette verschieben. Da nun die Nervenzellen erwiesenermaßen fettreicher sind als alle anderen Körperzellen, so werden sie es sein, die mit besonderer Gier die im Blut schwimmenden Äther- und Chloroformmoleküle aufsaugen und sich rascher als die übrigen, vom Blutstrom berührten Gewebe mit ihnen belasten. Warum also gerade das Nervensystem von gewissen Stoffen, die in gleicher Dichte doch an allen Körperzellen vorbeidiffundieren, so schnell und schwer getroffen wird, war aus der besondern chemischen Struktur seiner Zellmembranen und Plasmaeinschlüsse (Fetteintrittum) begreiflich. Eine andere Frage war, warum die Wirkung der eingedrungenen Stoffe nun gerade in einer Herabsetzung der Vitalität der Ganglienzellen bestehen konnte. Hier setzten Verworns Untersuchungen ein /1913/. Er fragte sich, aus welcher Quelle der Ausfall des Erregungsvermögens für äußere Reize (worin ja das Hauptmerkmal des narkotischen Zustands besteht) wohl fließe und nahm zu diesem Zweck eine Analyse jener Veränderungen vor, die der normale Zellstoffwechsel nach seinen verschiedenen Richtungen hin (als da sind Aufbau und Abbau der Ernährungssubstanzen, Leitungsfähigkeit, Sauerstoffaustausch usw.) unter dem Einfluß der narkotischen Stoffe erfährt. Heute ist die Theorie fertig. Sie besagt, daß durch die betäubenden Substanzen ausschließlich der Sauerstoffwechsel der Zelle getroffen wird. Jene selben Fette nämlich, die eine so hohe Anziehungskraft für die Narkotica bekunden, sind (nach Mansfeld) gleichzeitig auch die Überträger des im Blut schwimmenden Luftsauerstoffs an das Zellprotoplasma. Da nun aber ihre Lösungskraft für Äther, Chloroform usw. noch größer ist als die für Sauerstoff, saugen sie sich schnell so stark mit jenen voll, daß die Zirkulationsbedingungen für das unentbehrliche Sauerstoffgas immer schlechter werden, und schließlich das hinter der Fettwand versteckte Protoplasma überhaupt keinen Sauerstoff mehr erhält. Die Folge

ist, daß alle Verbrennungsprozesse in der Ganglienzelle mehr und mehr herabgesetzt werden und die Energieproduktion einschläft, gleichsam erstickt. Damit erstickt aber auch die Reizbarkeit. Ob Verworn in allen Stücken recht behalten wird, mag fraglich sein; schon heute fehlt es nicht an Einwänden. Der stärkste ist der, daß die (mögliche) Mitwirkung der anorganischen Blutsalze, auf deren allgemeine Bedeutung der vorausgehende Rundschauabschnitt hinweist, nicht berücksichtigt ist. So wird man auch auf dieses Thema wohl nach Jahren zurückkommen müssen.

× Kurze Chronik In Bonn ist im Alter von 61 Jahren der Zoologe Professor Hubert Ludwig gestorben. Er war internationaler Spezialist auf dem Gebiet der Echinodermenkunde und wirkte seit 1887 an der rheinischen Universität. × Shackleton rüstet eifrig zu einer neuen Südpol-expedition, die besonders der Küstenerforschung des antarktischen Kontinents und der Auskundung seiner Hochgebirgswelt gewidmet sein soll. × Nach dem Nordpol ist unter Leitung des Professors Urussov eine russische Expedition aufgebrochen, dadurch bemerkenswert, daß sich an ihr auch 3 Frauen und 2 Missionare beteiligen. × Rassenforscher seien darauf hingewiesen, daß unter dem Titel Die Rehobother Bastards und das Bastardierungsproblem beim Menschen von dem Freiburger Anthropologen E. Fischer ein großes Werk bei G. Fischer in Jena erschienen ist, das Referaten zufolge die Variations- und Vererbungserscheinungen an einer menschlichen Mischbevölkerung mit bisher nicht gekannter Vollständigkeit behandelt. × Das 1. Heft der von Krall herausgegebenen Zeitschrift Tierseele /Bonn, Eisele/ bringt einen sehr guten und sehr vorsichtigen Artikel von Professor Eduard Claparède (Genf) über die »gelehrten Pferde« von Elberfeld und Protokolle über Versuche, die Krall mit dem Klagen Hans im Jahr 1907 zur Feststellung seiner Sehschärfe unternommen hat. Der Rest ist, soweit er tierpsychologische Fragen berührt, unproduktiver interner Krawall. × Zum Nachfolger des Karlsruher Forstzoologen Professor Otto Nüßlin, der in den Ruhestand getreten ist, wurde Professor Karl Escherich, bisher Ordinarius an der Forstakademie Tharandt, berufen. × Die durch den Tod des Würzburger Botanikprofessors

G. Kraus an der dortigen Universität erledigte Lehrkanzel für Pflanzenkunde und Pharmakognosie übernimmt mit dem 1. April 1914 Professor Hans Kniep, bisher in Straßburg. X Die französische Akademie der Wissenschaften hat einen Preis von 10 000 Francs für den ausgesetzt, dem die künstliche Züchtung des Reihers gelingen sollte.

X  
Literatur

Von den 4 Sonderbänden, in denen Paul Hinnebergs riesige Enzyklopädie Die Kultur der Gegenwart /Leipzig, Teubner/ ein Bild vom Zustand der organischen Naturwissenschaften entwerfen soll, liegt nun einer ebenfalls fertig vor, der 34. der ganzen Serie. Man hat die 900 Seiten klugerweise auf 2 handliche Halbbände verteilt, von denen der 1. die Gestaltenlehre und Entwicklung der Pflanzen umfaßt, der 2. die Gestaltenlehre und Entwicklungsgeschichte der Tiere. Als Autoren des 1. Bandes zeichnen der vor 1½ Jahren verstorbene Bonner Botaniker E. Strasburger und W. Bennecke, den Tierband haben die Brüder Oskar und Richard Hertwig, K. Heider, H. Poll, F. Keibel und E. Gaupp geschrieben. Obgleich die Verfasser nun, wie man so sagt, lauter Koryphäen der Wissenschaft sind und beide Bände lediglich das morphologische Tatsachenmaterial vorlegen, auf das die übrigen Bände sich stützen sollen, ist es doch sehr schwer zu der Gesamtleistung wie zu den Einzelarbeiten ein bestimmtes Verhältnis zu gewinnen, wenn man seinen Standpunkt nicht fortwährend verschiebt. Kein Zweifel, daß an Gründlichkeit und Genauigkeit der Aussagen hier zu wünschen kaum etwas übrigbleibt. Kein Zweifel auch, daß jeder an geistiger Durchdringung des Stoffes sein Bestes herzugeben sich mühte. Aber aller gute Wille hat nicht hindern können, daß den Büchern doch jener Schwung der Gestaltung fehlt, der von der ersten bis zur letzten Seite wenigstens jeden Halbband zu einem Ganzen zusammenrisse. Schon im Stil fallen die Bände glatt auseinander, ja es scheint, daß nicht einmal jeder einzelne Autor sein Pensum in gleicher Laune geschrieben hat. In einigermaßen schönem, selbstsicherm Fluß gleitet Strasburgers Darstellung der pflanzlichen Zellen- und Gewebelehre dahin (2 Tage nach Absendung des Manuskripts ereilte den Verfasser den Tod). Gewandtheit lassen auch die schriftstellerisch so fleißigen Brüder Hertwig nicht missen. Die übrigen Ab-

schnitte kommen über den üblichen Lehrbuchton nicht hinaus, Keibel und Gaupp blieben vielfach darunter. Mindestens ebenso tiefe Ungleichmäßigkeiten durchziehen die Konzeption; besonders im zoologischen Band macht sich dieser Nachteil stark fühlbar. Gewiß muß unbedingt anerkannt werden, daß jeder Bearbeiter sich bemüht alle Theorien, die sich im letzten Jahrhundert als fruchtbar für die Forschung erwiesen haben, recht scharf herauszuarbeiten, so daß hier Boden genug hergerichtet wird, auf dem das Zeitempfinden und der Kulturwille der Gegenwart Wurzel schlagen können. In Oskar Hertwigs Abschnitt über die allgemeine und experimentelle Morphologie und Entwicklungsgeschichte der Tiere wie auch teilweise in Strasburgers Beisteuerung drängt sich die überragende wissenschaftliche Persönlichkeit dieser Forscher jedoch (notgedrungen) so stark in den Vordergrund, daß im Lautwerden einer sehr erfreulichen Subjektivität, die ein verwickeltes Stoffgebiet von einem zentralen Blickpunkt aus bewältigt und so Schmiß in die Leistung bringt, die übrigen Abschnitte noch rettungslos zu bloßen Referaten erblassen, in denen eben auch nicht mehr als in xbeliebigen anderen Sammelwerken vorgebracht wird. Teilweise (Gaupp) sind diese Referate sogar recht unproportioniert. In seiner Morphologie der Wirbeltiere nimmt der Bericht über das Skelett volle 45 Seiten ein, während Nervensystem und Sinnesorgane auf zusammen 20 Seiten erledigt werden. Auch einige Ungenauigkeiten, die nun freilich jeder selbst berichtigen kann, habe ich mir notiert. So schreibt beispielsweise Strasburger (pag. 7), daß die Pflanze im Gegensatz zum Tier keine besonderen Öffnungen hätte, um Abfallprodukte des Ernährungsstoffwechsels (Kotstoffe) zu beseitigen. In Wahrheit sind solche Afteröffnungen aber doch überall vorhanden in Form von Wasserspalten, Haaren, Duftdrüsen, Stinkdrüsen usw. In einer andern wesentlichen Beziehung ist das ganze Werk sogar schon um einige Millionen Jahre veraltet, weil — nun ja, weil eben die Herren Autoren am Seziertisch zwar sehr sehend, dem Leben gegenüber aber sehr blind und teilweise geneigt sind manch wertvoller Entdeckung neuerer Zeit grundsätzlich den Rücken zuzukehren. So definiert Rich. Hertwig das Protoplasma, die Grundsubstanz allen Lebens als den Stoff, dessen Grundfunktionen in selbständiger Bewegungsfähigkeit, Reizbarkeit, Ernährungsfähigkeit und

der Fähigkeit zur Fortpflanzung bestehen. Diese Definition war noch wahr in den siebziger und meinethalben auch noch im Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als R. Hertwig selbst noch ein sehr junger Professor war. Sie war aber schon nicht mehr zu reichend, als das Leben selber auf dieser Erde erschien. Denn Protoplasma hat außerdem die Fähigkeit zur Mnembildung und zur Empfindung, die, wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe, nur der Ausdruck der Beziehung ist, in der »zwei unmittelbar aufeinanderfolgende Erregungszustände des Protoplasmas, ein Zustand von eben und ein Zustand von jetzt«, zu einander stehen. Die Bücher sind gut illustriert, teilweise sogar mit ganz vortrefflichen, bisher nie gesehenen Bildern geschmückt, so daß dem Verlag, der den mitschleichenden Mängeln natürlich machtlos gegenübersteht, aus seinem Willen zum Guten und Besten alle Ehre emporblüht.

**Geschichte / Paul Kampffmeyer**

**Mirabeau** Das eindrucksvolle Werk Mirabeau von Louis Barthou /Stuttgart, J.

Hoffmann/ ist mehr als eine bloße Biographie des großen Revolutionslöwen, es ist ein farbenreiches Gemälde der ganzen Zeit. Um uns das elementargewaltige Wesen dieses Redners und Staatsmanns nahezubringen, greift Barthou auf die abenteuerlichen und heroischen Züge der Ahnen Mirabeaus zurück. Und wir erschauern vor dem rücksichtslosen Willen zur Macht und vor der wilden Leidenschaft dieser »ungezügelter Rasse« Mirabeau. Ein tollkühner Kriegsmann war namentlich der Großvater des Volkstribuns, aber, voll stolzen Herrsinnens, erteilte er selbst dem Sonnenkönig einst eine so impulsive Antwort, daß der Herzog von Vendôme zu ihm sagte: »Künftig werde ich dich dem Feind vorstellen, aber nie wieder dem König.« Die Erziehung, die dieser Mirabeau seinen Kindern angedeihen ließ, kennzeichnet vor allem die despotische Autorität des Familienvaters, die noch in dem Geschlecht der Mirabeau herrschte. Die Söhne des Kriegsmanns, so bemerkt Barthou, hätten es niemals gewagt ihrem Vater, Jean Antoine, »eine direkte Verehrung darzubringen« und durften sich nie in ihrem Leben einer längeren Unterhaltung mit ihm erfreuen. Ein Onkel Mirabeaus zeichnete sich als Schiffskapitän, als Gouverneur

von Guadeloupe, als Organisator des Marinewesens derart aus, daß er die Übertragung des Marineministeriums erhoffen konnte. Aber auch er hat es in ganz jungen Jahren schon »verteufelt toll getrieben«. Wüste Liebes- und Trinkexzesse in seinem 15. bis 18. Jahr. Ein heißes Blut ererbte also der Volksredner von seinen Vorfahren, aber das heiße Blut, das im Gehirn zündende geniale Gedanken erzeugt, erhitzt auch meist den Unterleib und läßt dort hitzige Leidenschaften entstehen. Geniale Menschen sind häufig ungebändigte Instinktmenschen. Indes, das ererbte Blut erklärt nicht allein das abenteuerliche und ausschweifende Leben des Staatsmanns Mirabeau. Die Zeit seiner Jugend- und seiner Mannesjahre ist eine Zeit wirklicher Auflösung, eine Zeit der Zersprengung aller Ehe- und Liebesbände, eines fast systematischen Ehebruchs. Und die Verführungs- und Entführungsgeschichten Mirabeaus reihen sich daher nur als typische Zeiterscheinungen der Geschichte der privilegierten Klassen des vorrevolutionären Frankreichs ein. Kurz nach seiner Verheiratung ist die Schuldenlast Mirabeaus schon auf ungefähr 180 000 bis 200 000 Livres angewachsen. Er zerfällt mit seiner Frau, die gleich ihm die Ehe bricht, und er wird nun in eine Skandal- und Ehebruchsaffäre verwickelt, die ihn mit der Gattin des Marquis de Mommier in die Flucht nach Holland treibt. Den jungen wilden Abenteurer Mirabeau schildert Barthou packend so: »Blendend und betäubend, frei heraus und lügenerisch, prahlerisch und aufrichtig, origineller Schriftsteller und literarischer Freibeuter, ein geborener und vollendeter Schauspieler, der von den höchsten und erhabensten Regionen der Gedanken- und Geisteswelt zu den gemeinsten Alltäglichkeiten und von den tiefstinnigsten Spekulationen zu den abstoßendsten Schlüpfrigkeiten herabsteigt, der durch sein lebhaftes Gebärdenspiel, seine beweglichen Blicke wie durch ein erschütterndes Lachen eine vielseitige und sprühende Unterhaltung zu beleben weiß und eine verschwenderische Fülle von Wissen an den Tag legt, das er aus einer unendlichen Zahl von Werken geschöpft und durch eigenes Nachdenken bereichert hat: so ist er eine glänzende Übertreibung.«

In Holland verfaßte er zahlreiche Pamphlete, namentlich eine Schmähschrift gegen seinen eigenen Vater, die wohl

vor allem zu seiner Verhaftung und Auslieferung nach Frankreich führte. 4 Tage vor seiner Festnahme wurde seine Entführungsgeschichte vom Bezirksrichter von Pontarlier hart geahndet: Mirabeau, »des Raubes und der Verführung angeklagt und überführt, wurde in absentia zum Tod durchs Beil (was in effigie durch den Henker auszuführen ist), zu einer Geldstrafe von 5000 Livres und zu einem Schadenersatz von 40 000 Livres« verurteilt. Frau von Monnier soll »auf Lebenszeit in eine Besserungsanstalt zu Besançon eingeschlossen, dort geschoren und wie eine öffentliche Dirne gebrandmarkt« werden. Das Schicksal der von Mirabeau entführten Frau gestaltete sich wesentlich milder als dieser harte Richterspruch bestimmte. Mirabeau selbst wurde vom 8. Juni 1777 bis zum 13. Dezember 1780 im Schloßturn von Vincennes eingekerkert. Hier verfaßte er das aufsehenerregende Werk *Des lettres de cachet et des prisons d'Etat*.

Für das Werden des Staatsmanns in Mirabeau ist von besonders entscheidender Bedeutung sein Aufenthalt in Berlin gewesen. Von Berlin aus hat Mirabeau an den Abbé von Périgord, den spätern Talleyrand, der als Generalagent der Geistlichkeit eine hohe Stellung bekleidete, etwa 70 politische Depeschen gesandt, die auch dem König unterbreitet wurden. Unter ihnen sind die Schilderungen des Berliner Hofes von gewisser historischer Bedeutung. Seinem Aufenthalt in Deutschland verdankt das Werk *Die preußische Monarchie* seine Entstehung, das er gemeinsam mit dem Genieoffizier und Professor in Braunschweig Mauvillon verfaßte. Die Briefe an den Abbé von Périgord erschienen im Januar des ersten Revolutionsjahrs, 1789, unter dem Titel *Geheime Geschichte des Berliner Hofes*.

In ein eigentümliches Licht rückt Barthou die Beziehungen Mirabeaus zum Hof. Mirabeau ist nach ihm vom Hof bestochen worden, aber »wenn auch Bestechung vorlag, so war es doch kein Verrat«. Nun, wenn man auch zugeben kann, daß Mirabeau von seinen monarchisch-konstitutionellen Prinzipien nicht abgewichen ist, so brachte er diese Prinzipien selbst ernstlich in Gefahr, als er dem Hof zu einer planmäßigen Unterminierung des Ansehens der gesetzgebenden Nationalversammlung riet. Dieser Rat, den er in seiner Note 47 dem Hof gab, muß tatsächlich als Verrat gewertet

werden. In dieser Note, die er als eine »Übersicht über die Lage Frankreichs und die Mittel die öffentliche Autorität mit der königlichen Freiheit in Einklang zu bringen« bezeichnet, strebt er zwar keine Gegenrevolution, wohl aber eine die Schöpfung der Konstituante völlig erschütternde »Gegenkonstitution« an. Sagt doch selbst Barthou über diese Note Mirabeaus: »Sein Plan die Nationalversammlung herabzuwürdigen, sie auf schlimme Wege zu führen und ihr Fallen zu stellen macht uns an ihm irre und widerstrebt uns wie ein verbrecherisches Beginnen. Läßt es sich entschuldigen, wenn er unter dem Vorwand der Bekämpfung des Ränkespiels Mittel empfiehlt, die er selbst als »obskure Intrige und verschmitzte Heuchelei« bezeichnet? Darf das Heil eines Landes von den gefährlichen Waffen abhängen, die er den Händen der Polizei anvertraut, um das Parlament in Verruf zu bringen, die Parteien zu zerklüften und die öffentliche Meinung zu erregen?«

Etwa im Januar 1790 setzte Monsieur, der Bruder des Königs, den Entwurf eines Vertrags auf, in dem der König Mirabeau einen Gesandtschaftsposten versprach und ihm bis dahin auf die Dauer von wenigstens 4 Monaten einen Gehalt von monatlich 50 000 Livres gewähren will. Dafür »verpflichtete sich Mirabeau den König mit seinem Talent, seinen Kräften und seiner Rednergabe zu unterstützen in allem, was Monsieur zum Wohl des Staates und im Interesse des Königs für nützlich erachten würde, zwei Güter, die die guten Bürger ohne Widerrede als unzertrennlich ansehen; und für den Fall, daß Herr von Mirabeau sich von der Stichhaltigkeit der Gründe, die man ihm etwa nennen würde, nicht überzeugen könnte, hätte er sich jeder Äußerung über die betreffenden Gegenstände zu enthalten«.

Für das Gedächtnis Mirabeaus ist es gut, so bemerkt Barthou, daß ein solcher Vertrag zu nichts weiterem geführt hat. Und erst im Mai 1790, nachdem Mirabeau ein zufriedenstellendes Gutachten dem Hof eingehändigt hat, traf dieser mit dem Volkstribun ein Abkommen. Mirabeau stellte ein Verzeichnis seiner Schulden (selbst die Kosten seiner Hochzeitskleider waren darin einbegriffen) auf. Sie beliefen sich auf 206 000 Francs. Da Mirabeau nun voraussetzte, daß der Hof ihn von dieser großen Schuldenlast nicht befreien würde, bat er um eine Zuwendung von monatlich

100 Louis. Der König übergab nun dem Unterhändler, dem Grafen von der Marck, 4 mit seiner Unterschrift versehene Scheine, deren jeder 250 000 Livres wert war, und fügte hinzu: »Wenn Herr von Mirabeau, wie er es verspricht, mir gute Dienste leistet, so werden Sie ihm nach Beendigung der gegenwärtigen Tagung der Nationalversammlung diese Scheine überweisen, für die er 1 Million einlösen wird. Vorerst werde ich seine Schulden bezahlen lassen, und ich bitte Sie die Summe zu nennen, die ich ihm zur Befriedigung seiner gegenwärtigen Bedürfnisse monatlich ausstellen soll.« Der Graf von der Marck schlug 6000 Livres vor, sie wurden bewilligt, und der Erzbischof von Toulouse, Herr von Fontanges, bezahlte die Schulden Mirabeaus.

Das Schicksal, das dem großen Redner und Staatsmann im allgemeinen nicht wohlgelaunt war, schenkte ihm wenigstens seine Huld, als es ihn schon am 4. April 1791 von dieser Erde abberief. Denn nun konnte er, dessen Entschlußfreiheit durch das Abkommen mit dem Hof gebunden war, nicht sein eigenes Werk zerstören.

× **Kurze Chronik** Für den Kulturzustand Portugals sind folgende jetzt bekannt werdende Tatsachen aus der Volksbildungstatistik dieses Landes, die bis auf den Dezember 1911 zurückgeht, von besonderem Interesse: Unter der 5 960 560 Personen umfassenden Gesamtbevölkerung wurden 3 360 447 Analphabeten (nicht eingeschlossen sind hier Kinder unter 7 Jahren) und 1 481 978 des Lesens und Schreibens Kundige gezählt. Langsam nahm die Zahl der Analphabeten ab: sie betrug 1890 76%, 1900 gegen 74,7% und 1911 69,7%. Nur in Coimbra sind die Analphabeten gegenüber den des Lesens und Schreibens Kundigen in der Minderzahl. In Setubal konnten von 6420 Kindern im Schulalter nur 1646 lesen und schreiben, in Faro von 2662 nur 757, in Beja von 2165 nur 629. × Die Abteilung Hannover der Deutschen Orientgesellschaft plant die Entsendung einer Expedition nach Ägypten, um dort Ausgrabungen im großen Stil vorzunehmen. Die Expedition soll von Dr. Kühmann, Dr. ing. Hölcher und Professor Dr. Rubensohn (Heidelberg) geleitet werden. × Zeitgeschichtlich fesselt unsere Aufmerksamkeit die Verbreitung der Kirchnaustritts-

bewegung über große Teile des Reichs. So traten zum Beispiel nach Kirchnaustrittsversammlungen aus: in Frankfurt am Main 600 Personen, in Hamburg 150, in Kiel 600, in Hannover 500, in Ketschendorf, einem Dorf bei Fürstenwalde, über 50 usw.

× **Literatur** Sein an Dokumenten × reiches kulturhistorisches Werk Das Neueste von gestern / München, Langen/ hat Eberhard Buchner mit der Erhebung Bonapartes zum Ersten Konsul abgeschlossen. Seine Berichte über die Zeitgeschichte, namentlich über das grandiose Schauspiel der großen französischen Revolution, hat Buchner vorwiegend aus der Vossischen Zeitung geschöpft. Ein Teil seiner ersten zeitgeschichtlichen Dokumente entstammt der Haude-Spencerschen Zeitung. Wir durchleben an der Hand sorgfältig geordneter Zeitungsberichte das ganze erschütternde Revolutionsdrama. Lebensvoll sind herausgebracht: der Bastillensturm, der Marsch nach Versailles, der Prozeß und die Hinrichtung des Königs, die Ermordung und das Begräbnis Marats, der Tod Dantons usw. Die Berichte der Vossischen Zeitung sind natürlich Spiegelungen der revolutionären Ereignisse in einer königlich privilegierten, unter Zensur stehenden Zeitung; aber das gibt diesen Berichten wieder eine besondere historische Note. Wir können aus ihnen eben die politische Denkweise größerer gebildeter deutscher Zeitungsleser über die französische Revolution erkennen. Den Berichten der konservativ gerichteten Vossischen Zeitung stellt übrigens Buchner dann und wann die Mitteilungen des radikalen Straßburger Kuriers gegenüber. Kulturhistorisch bringen der 4. und der 5. Band Buchners wieder eine erstaunliche Menge kleiner kultur- und sittengeschichtlicher Details zur Geschichte des Internationalismus, der Frauenbewegung, der Struktur der Familie im 18. Jahrhundert und deren Auflösung, der sozialen Massenerscheinung der Prostitution, der Bildungsbestrebungen usw.

## KUNST

### Bildende Kunst / Gustav Linde

Van der Goes Im Berliner Kaiser Friedrich-Museum befindet sich seit kurzem Die Anbetung der Könige von Hugo van der Goes. Die

Begegnung mit diesem Werk ist groß, berauschend. Hier ist tatsächlich Neuheit, die das Lebensempfinden emporgöttert, in kostbarer Trunkenheit. Jene berauscheden Eindruck bewirkt eine Farbe, die von so hinreißender Gewalt, sonorer Satttheit hier, klarer Lichtheit da unter den Werken jedenfalls der Berliner Museen einzig ist. Diese scheinende Pracht in dem roten Königsmantel. Und in dem untern Gewand der Maria; dieses Lila, das in seiner strengen Vornehmheit, verwirkt in Mystik an sich eine Kunstschöpfung auf das Thema Muttergottes ist. Die Farben sind von solch einer brausenden Imbrunst, daß um ihretwillen die wirkenden künstlerischen Instinkte fast aus ihrem bildgesetzlichen Maß springen, was sich aus Entfernung als ein wahrnehmbarer Grad von Unklarheit über das räumliche Getrenntsein der Formen nach der Tiefe hin gibt. Diese Farben, in wundervollem Verhältnis gegen einander, sind nicht Geschmack, sind ganz Temperament. Ein rasendes Temperament, das in der Dunkelheit abgeschiedener Klosterräume Dämpfung suchte; und vielleicht ebenso rasend, sich ebenso in das absolute, transzendente Dunkel der Farben dückend, ausgießend, in flehentlichen Entzückungen, erlösendem Selbstaufbrechen.

Damit berichtete ich auch das Hauptsächlichste, was über das Leben des van der Goes auf uns gekommen ist. Hugo van der Goes wurde zu Goes geboren in Zeeland, vermutlich 1440. 1467 trat er in die Genter Malergilde ein. Während er nun 1476 an jenem berühmten Altar für den Florentiner Tommaso Portinari arbeitete, oder nachdem er ihn eben beendet hatte, zog er sich in das Augustinerkloster Roodendale bei Brüssel zurück. Hier ergriff ihn Wahnsinn: die Überzeugung zu ewiger Verdammnis verurteilt zu sein. Der Versuch einer Heilung durch Lautenspiel versagte. Der Wahnsinn wuchs und wurde tödlich im Jahr 1482.

Mir geht van Gogh durch den Sinn. Die gleiche Heftigkeit im Farbensausdruck. Das sei nicht Gleichbewertung. Dort hintergründet die Größe des Mittelalters, in dessen Dämmerlicht die gotischen Bündelpeiler ungeheuer hinaufstreben als Sehnsucht erratischer Menschennaturen. Weiterhin finden wir bei beiden eine Art Überrealismus. In überheftiger Aktion der rezeptiven Organe erfaßt und durch ein siedendes Temperament hindurch in

Form gefaßt. In besessener Heftigkeit sitzt so ein Mensch des van Gogh, er raucht, er hält den Blick auf uns, gigantisch untersetzte Baumwesen brausen aus der Erde heraus in den Luftraum. Aber jene übersteigerte Natürlichkeit geht hier lediglich auf den Moment der Lebendigkeit, die Funktionsenergie, die so herrschend ist, daß sie die Farbe sich analog abstrahiert und potenziert, sie eben sich unterordnend. Van Gogh erfährt sein gesamtes Erscheinungsobjekt gleichmäßig unter diesem Aspekt: ein wahnsinniger Despot in dieser Einseitigkeit.

Wie manifestiert sich in van der Goes jener Überrealismus? In welcher visionär besondernden Vergewaltigung? In der Farbe? Nein. Trotz der Kraft der Farbe dieses dennoch mit kraftvollere Kraft Beugende, Fügende. Das bezwingt, indem es gleichsam jenes ausgleichende Element der Raumlöslichkeit, der Nacht anwendet. Es lasiert über diese sonst zu heftigen weißen, roten, lila, goldnen, blauen, grünen so kleinen und so großen Feuertropfen gleichsam etwas Nächtliches, tiefer als der Tag, die unterschiedenen Farben zu Fenstern machend, auf sich selbst, auf seine Hintergrundlosigkeit. Diese Farben, anders also gesagt, sind auf Nacht gemalt. Doch diese Nacht ist nicht unter ihnen, ist hinter ihnen. So hat selbst jenes frühlingshafte Grün einen Gehalt von Rauch. Auch die Hautfarbe der Maria und des Kindes vibriert in einem rauchigen silbernen Rosa. Doch wirkt dieses Gesamtelement nicht farbentödllich. Es durchscheint nur die Farben oder läßt sie durch sich hindurchscheinen. Es gibt in die eine Hälfte des Bildes jenes besondere alte heilige Silber des Visionären, in die andere, nämlich in die Gruppe der Könige (nicht gerechnet der König in jenem roten Mantel in des Bildes Mitte) eine ganz goldene Sonorigkeit, eine so goldene, daß schon in den Farben an sich eine irdische Blutsentzückung hier hereinbricht, daß das Ganze wie ein Kampf zwischen Orgel und Glocken ist. Also auf der einen, auf der linken Seite das Christuskind, jenes aschweiße, unwirkliche Licht ausscheinend, im Schoß der Maria, eines mittelalterlichen Typs in schwerer, vornehmer, weicher Mütterlichkeit, in kühler Kaiserlichkeit unter den Königen. Aufrecht vor ihr knieend in steiler Haltung in diesem, zum Erschüttern eklatanten und zugleich ganz gezügelten Rot des Mantels, das zwischen



Kühl und Warm, es in sich enthaltend, sich schiebt, der erste der Könige, im Mittelteil des Bildes, mit flach und schwer aneinandergelegten anbetenden Händen.

Schwer in ihrer Bewegung sind sie alle. Aber von ruhiger Heftigkeit. Ein heftiger, aber von schwerem Blut nach innen gerichteter Affekt. Es fehlt diesen Königen die eckige Stolperart jener alt-deutschen Figuren, wie sie unserer Vorstellung geläufig sind, so daß sich uns die Idee aufdrängt, wir müßten diese etwas sensiblen Kondottierfiguren auf italienischen Tafeln auffinden können. Ganz rechts nun bei dem Kopf eines Knaben bemüht sich einfach automatisch unsere Erinnerung in ihren Archivbeständen: sie ist überzeugt, irgendwas von italienischen Malwerken wiederzuerkennen. Aber was wiederzuerkennen? Das heißt hier: was zu erkennen? Italienische Schule? Dazu bei diesen Gestalten rechts, die ganz durchtränkt sind von jenem rauchigen Gold, diese einfach einzige lockere Intensität der malenden Meisterhand, diese Sicherheit des eigenen Genies, die uns Farben nach Schmelz und Wucht in so bodenloser, ja schmerzhafter Schönheit schafft, wie wir, im Bann dieses Bildes, sie in der Wirklichkeit zu finden nicht glauben wollen. Ist das Italien? Ist das Holland? Das Holland Rembrandts? Und dieser junge aufrechte König, der das Schönste an dem Bild ist, mit diesem Patina von Schatten über Händen und Gesicht: wo erfahren wir gleichermaßen ein so urhaftes Erlebnis von neuer menschlicher Körpergeste? Bei Grünwald? Empfinden wir diese durchgeistigten Arbeitshände, diese fabelhaft beseelten schweren Hände, zu denen noch Leibl das Genie fehlte und, wenn nichts anders, so doch solches Maß von Dämonie sich in das Wesen der Hand einzufühlen? Diese Wucht der Einfühlung, in die Hände seiner Schöpfungen, in die ganzen Gestalten, diese Überwucht, mit der er über bloße reproduktive Einfühlung in den darzustellenden Organismus hinaus gegen das Typische das Wesen organischer Funktion aktiv steigerte, typisch über das Normale hinausdrückte: diese Art von genialer Nahsicht wäre jener Überrealismus. Und wie dieser Maler in eben der Nahsicht Farbe, Linie, Körperhaftigkeit, Beseelung in einander schafft, Mensch unter Menschen, Geschöpf unter Geschöpfen, Ich unter Erscheinungen ist, und wie er nun über

dieses Ausdruckswerk sein Temperament wie einen firnissenden Wein gießt: dies ist vollendetes Kunstwerk.

× KurzeChronik Am 14. Januar starb Alfred Lichtwark.

In der Organisation der Hamburger Kunsthalle hatte er als deren Direktor große Erfolge; um die allgemeine Kunsterziehung hat er sich ein erhebliches Verdienst erworben. × In dem Sezessionsgebäude am Kurfürstendamm in Berlin ist unter der Leitung von Felderhoff, Schlichting und Schmitz eine Januar-Kunstausstellung 1914 veranstaltet worden, die angeblich frei sowohl vom »konventionellen Schema« als auch von den »Übertreibungen der Jugend« die Kunst »auf der mittlern Linie« versammeln will. × Das Berliner Kunstgewerbemuseum erwarb einen wundervollen altdeutschen Teppich aus dem Jahr 1548. Er stellt den Fackeltanz bei einer Hochzeit dar, worüber als Wandbild das jüngste Gericht sich zeigt. × Die Gründung eines großen Ausstellungs- und Verlagsunternehmens zum Zweck der Verbreitung guter Kunst im ganzen Reich durch die Deutsche Kunstgenossenschaft ist jetzt ermöglicht, indem die notwendige Summe von 150 000 Mark nahezu erreicht ist. Um nun das Unternehmen für dauernd durchaus sicher zu basieren, bemüht man sich auch nach der Gründung noch um weitere Geldmittel. × Die Stadt Erfurt beauftragte Henry van der Velde mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Museum, zu dessen Errichtung sie jüngst 600 000 Mark bewilligt hat. × Der Verlag Axel Juncker in Berlin gibt eine Sammlung von Büchern respektive Mappen ganz kleiner Gestalt heraus, die mit gleich beiliegenden Gratulationskarten bestimmt sind in verehrungsvollster Weise dem Glückwunsch moderner Ritterlichkeit Nachdruck zu geben. Sie nennen sich Orplidbücher. Der 8. und 9. Band enthalten, der eine von Ludwig Kainer, der andere von Fritz Wolff, je über 20 kolorierte Zeichnungen.

× Literatur In der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt erschien ein Fändchen Der Impressionismus von B. L a z a r. Wenngleich die darin niedergelegten Ansichten über das Wesen der künstlerischen Produktion mir nicht mehr genügen wollen, empfinde ich doch

eine gute Charakterisierung der großen Vertreter dieser Kunstepoche. × In der gleichen Sammlung bemüht sich mit der klaren reichen Begeisterung des Gelehrten E. Hildebrandt um den Giganten der Renaissance Michelangelo. Und nicht erfolglos. Dieser beginnt sich zu regen und herauszutreten aus dem Bann eines gigantischen Gestorbenseins. × Gelegentlich der Ausstellung aus dem Nachlaß Karl Steffecks im Oktober 1913 bei Paul Cassirer erschien ebendaher ein Katalog mit Abbildungen von Werken des Meisters. Er enthält weiterhin Erinnerungen an Karl Steffeck aus der scharf erfassenden Feder Max Liebermanns, die mir durch Karl Schefflers Buch über letztern bereits bekannt waren. Ihnen folgt eine biographische Darstellung durch Alfred Gold. Als Anhang schließen den Katalog Briefe von Franz Krüger, Begas dem Ältern und Menzel.

### Bühnenkunst / Adolf Behne

**Giampietro** + Unerwartet starb Joseph Giampietro, 47 Jahre alt.

Er gehörte in den letzten Jahren dem Berliner Metropoltheater an. Die Aufgaben, die er hier zugeteilt erhielt, waren Couplets von meist recht magerm Witz und von recht mäßigem Charakter. Aber Giampietro hat aus vielen dieser Couplets menschlich packende und künstlerisch fesselnde Wirkungen herausgeholt, um derentwillen man in das Metropoltheater ging. Im Grunde genommen paßte er in das Metropoltheater am allerwenigsten. Er hatte nicht das bourgeoismäßig Breite, das der Stil dieser Bühne ist, er war knapp, aggressiv und einem Thielscher gegenüber aristokratisch. Dem entspricht es, daß sich Giampietro der größten Achtung bei den guten Europäern erfreute, aber kaum einer wirklichen Popularität. Giampietro war Schüler des Wiener Konservatoriums gewesen, kam über Karlsbad an das Deutsche Volkstheater in Wien als Komiker und Bonvivant. Eine Zeitlang spielte er im Theater an der Wien in Operetten. 1900 ging er auf den Ruf Baron Bergers an das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg, von wo er im folgenden Jahr an Reinhardts Neues Theater in Berlin kam. Hier gab er auch den Riccaut. Diese Rolle, die er prachtvoll gestaltete, bezeichnet ungefähr das Gebiet, für das Giampietro berufen war.

×

×

**Hauptmanns** Der Bogen des Odysseus, **Odysseus** der bei der Premiere nach den Berichten der Tageszeitungen enthusiastischen Beifall gefunden hatte, wurde nach einer halben Woche bereits vor leeren Bänken gegeben. In dieser Rundschau ist mehrfach auf die strenge und ernste Arbeit des Deutschen Künstlertheaters hingewiesen und dem Bedauern Ausdruck gegeben worden, daß unser Publikum so wenig Interesse für diese Bühne zeigt. Aber in Rücksicht auf die Aufführung, die man dem Bogen des Odysseus gegeben hat, wäre es doch eine Einseitigkeit alle Schuld an dem mangelnden Zusammenkommen dieser Bühne mit dem Publikum allein diesem zuzuschreiben. Bereits bei der Inszenierung des Hannele wurde bemerkt, daß man zwar dem realistischen Moment dieser Dichtung gerecht wurde, aber leider nicht dem innern Klang, dem Visionären und Phantastischen. Ähnliches wäre nun auch von der Inszenesetzung des Odysseus zu vermerken. Der Stil der neuen Hauptmannschen Dichtung war nicht getroffen. Es war alles nur richtig und zureichend. Aber es fehlte der letzte, schwingende Reiz. Der künstlerische Ernst, die Gewissenhaftigkeit und die Reinheit der Absichten sollen auch hier nicht in Frage gezogen werden; das, was fehlte, entzieht sich diesen Kräften, Phantasie, ausdeutende und neuschaffende Erfindungs-gabe müssen angeboren sein. Ich möchte sagen: Die Aufführung war ohne innere Musik. Es sind nur zwei Schauspieler, die den richtigen Ton treffen: Else Lehmann und Emanuel Reicher. Sobald sie auf der Bühne stehen, ist man ergriffen, horcht man auf, man empfindet dann, daß in dem Bogen des Odysseus besondere Werte stecken. Merkwürdig genug, daß es gerade die ältesten der alten Brahmkämpfer sind, gerade die Säulen des frühern Hauptmann, die den Ton für die neue Hauptmannweise am reinsten finden. Und doch ist es begreiflich. Die Schule des Realismus hat ihnen alles äußerlich Theaterhafte abgewöhnt, hat sie zur größten Schlichtheit und Innerlichkeit genötigt, und diese Vorzüge der Schlichtheit und Innerlichkeit sind nun einmal für alle Hauptmannspieler die erste Vorbedingung. Else Lehmanns Eurykleia, Reichers Laertes: sie sind Menschen, und sie haben vom ersten Wort an, das sie sprechen, unser Ohr. Das hätte gewiß

auch der Odysseus, wenn Rudolf Rittner ihn spielte. Rittner hat die Gabe Elend und Verstörtheit auszudrücken, ohne jeden Zug der Konvention, und er hat die Gabe aufzuwachsen zur Rachewut und zur Größe. In Marrs Odysseus war ein störendes Zuviel an Ächzen und Stöhnen. Sein Spiel war tief durchdacht, er war ehrlich bemüht, aber ergreifen, rühren, mitreißen konnte er uns nicht. Die Spieler des Telemach (Theodor Loos), des Eumaios (Mierendorff), der Freier und der Mägde vermochten nicht zu interessieren; von den Mägden spielte die böse (Dagny Servaes) besser als die gute (Hedwig Reicher), aber über das *Theater* kam auch sie nicht hinaus. Die von Rochus Gliese entworfenen Dekorationen waren der gute Rahmen für diese Aufführung; aber nicht für die Aufführung des Odysseus, wie man sie sich wohl wünschte.

× **Berlin: Les-** ×  
**singtheater**

Mit der vortrefflichen Inszenierung des Bernard Shaw'schen Pygmalion bewies Victor Barnowsky, daß die künstlerische Zukunft des Lessingtheaters in guten Händen liegt. Die Aufführung hatte Witz und Temperament und nahm Shaw nicht schwerer, aber auch nicht leichter als er genommen sein soll. Sie war von Trockenheit und Ängstlichkeit ebenso weit entfernt wie von Alberheit und plumper Karikatur. Daß die Szene mit dem Bourgeois gewordenen Doolittle davon eine Ausnahme macht, ist gewiß die Schuld des Dichters, nicht des Regisseurs. Nicht minder lobenswert als die Auffassung ist die Durchführung der Inszenierung. Ein höchst erfreuliches Zusammenspiel, ein trefflicher Geschmack in allem Äußern und eine feine Charakterisierungsgabe in allem Wesentlichen zeichnen sie aus. Man kann so für die Zukunft des Lessingtheaters Gutes hoffen. Auch in der Wahl der Stücke ist Barnowsky bisher nicht schlecht beraten gewesen. Ibsens Peer Gynt eröffnete seine Tätigkeit und erlebte vor einem vollen Haus die 50. Aufführung. Dieses Drama sowie Büchners *Leonce und Lena* und *Wozzek* bewiesen, daß Barnowsky literarische Verpflichtungen anerkennt. Unterstützt wird er durch eine Truppe von vorzüglichen Schauspielern. Die Rolle der Liza Doolittle kommt Tilla Durieux' Eigenschaften sehr entgegen. Den Übergang von dem Straßenmädcl zur Herzogin gab sie mit großer Feinheit und

mit vielen humorvollen Einzelzügen, die doch niemals eigenwillig waren. Die Einfachheit und unfehlbar sichere Charakteristik ihrer Liza ist zu loben. Besonders dankbar darf man der Regie sein, daß sie auch die kleineren Rollen zur einwandfreien Darstellung brachte, wie die Frau Pearce (Paula Eberly) und den Vater der Eliza (Alexander Eckert). Vorbildlich wie immer wirkte Ilka Grüning als Frau Higgins: vollkommen schlicht und ungekünstelt. Die Lehrer Lizas sind Heinz Salfner (Higgins) und Max Landa (Oberst Pickering). Der derbe und ein wenig ungeschlachte Humor Higgins', die formvollendete Kameradschaftlichkeit Pickering's haben in ihnen den treuesten Ausdruck gefunden. Alles in allem gehört der Abend zu den erfreulichsten der letzten Zeit.

× **Atlantisfilm** ×  
Ich gehöre zu den treuesten und dankbarsten Freunden des Kinos. Aber es sind nicht die Kinodramen, die mich im Lichtbildtheater fesseln. Wenigstens bis heute nicht. Vielleicht kommt das Kinodrama noch. Heute ist es im wesentlichen nur ein Anlaß schöne Landschaften oder interessante Typen zu sehen. Ob der verbindende Text von Hauptmann oder von einem anonymen Angestellten einer Filmfabrik herrührt, ist kaum sehr wichtig. Denn im ersten Fall ist er doch nicht von Hauptmann, und der anonyme oder auch nicht anonyme Angestellte der Filmfabrik ist letzten Endes doch immer der *Dichter*. Deshalb ist es sinnlos von Autorenfilms zu sprechen, es sei denn, daß der Autor nicht nur das Programm gab sondern auch, was viel wichtiger ist, die Regie selbst führte. Kurz, der Atlantisfilm ist kein Hauptmannfilm. Der Umstand, daß er die Vorgänge aus Gerhart Hauptmanns Atlantisroman benutzt, kann ihn allein niemals dazu machen: deshalb braucht er von des Dichters Geist noch keinen Hauch zu enthalten (und er enthält ihn tatsächlich nicht). Das einzige Mittel in ein Kinodrama (übrigens spräche man wohl besser von Kinoromanen) das Talent eines Dichters einzufangen ist der Dichter selbst die Vorgänge und mit unbedingter Machtfülle stellen zu lassen. Wenn man sich darüber einig ist, daß das Ausdrucksmittel des Kinos der bewegte Vorgang ist, so ist es doch eigentlich selbstverständlich, daß man bei einem Dichtersfilm eben diese bewegten Vorgänge der Arbeit des Dich-

ters unterstellen muß. Das war beim Atlantisfilm nicht so der Fall. Durch die Zeitungen ging sogar eine Notiz, daß die vom Dichter entworfene Szenenfolge von den Regisseuren der Nordischen Filmkompanie verworfen und durch eine im Haus verfertigte ersetzt worden ist. Damit ist der Film natürlich im künstlerischen Sinn entseelt worden. Gerade im Fall Hauptmann ist übrigens schwer zu verstehen, daß man bei der Arbeit auf die Mitwirkung des Dichters verzichtete. Hat doch Hauptmann mit seiner Tell- und Kleistinszenierung bewiesen, daß ein Regisseur von seltenem Grad in ihm steckt. Andere Dichter müßten vielleicht erst in die Schule der Regiekunst gehen, ehe sie dem Kino mit Nutzen helfen könnten. (Die photographisch-technische Arbeit sollte man in ihrer Wichtigkeit nicht überschätzen. Aus ihrer Vervollkommnung, so wünschenswert sie ist, kann eine künstlerische Blüte nicht kommen. Die Technik des Operateurs muß eine solche sein, daß sie alle Angaben des regieführenden Dichters in das photographische Bild umsetzen kann.) Man wird den Einwand machen, daß Kinoregie nicht identisch ist mit Bühnenregie. Das ist richtig. Aber genau so wie der intelligente Schauspieler die Wirkungsverschiebungen des Kinospieles gegenüber dem Theaterspielen bald in sich aufgenommen hat, so wird auch der begabte und einsichtige Bühnenregisseur das Zeug zum Kinoregisseur in sich haben.

Daran, daß Hauptmann die Fähigkeit hätte gegebenenfalls eine Kinoregie zu üben, kann man kaum zweifeln. Im Atlantisfilm nun hat er diesen Einfluß auf den Film nicht gehabt, und damit ist gesagt, daß der Film nicht in einem ernsthaften Sinn als Hauptmannfilm angesehen werden kann, gleichgültig, ob Hauptmann die Regie nicht führen wollte, oder ob man ihn beiseite geschoben hat. Einzig durch die Beeinflussung und Durchbildung der Wirkungsmittel kann in aller Kunst der Wille eines Künstlers etwas gestalten, das mit seinem Geist, mit seiner Absicht, mit seiner Gesinnung angefüllt ist. Ein Film, der von einem fremden Regisseur nach einer Erzählung Hauptmanns gearbeitet wird, hat mit Hauptmann nicht mehr zu tun als ein Bild, zu dem sich ein Maler durch die Versunkene Glocke hätte anregen lassen. Das Gemälde des Malers in unserm Ver-

gleich könnte an sich gut oder schlecht sein. So könnte auch der Atlantisfilm an sich ein guter Film sein, ja vielleicht größere Werte enthalten als der Roman. Aber wie man auch Hauptmanns schwächste Leistung einschätzen mag; der Film steht doch nicht auf ihrem Niveau. Er ist in seinen interessantesten Teilen nicht mehr als ein gemütliches Schwimmbad, in den zahlreichen uninteressanten Teilen ein Durchschnittsfilm wie tausend andere, die heute kommen und an die nach ein paar Tagen niemand mehr denkt.

× **Kurze Chronik** Im Alter von 73 Jahren starb in Paris Jules Claretie (mit bürgerlichem Namen Arsène Arnaud), der seit 1885 Administrator der Comédie Française gewesen ist. Ursprünglich zum Juristen bestimmt, wandte er sich schon sehr früh dem Beruf des Schriftstellers zu. Romane, Bühnenstücke und geschichtliche Veröffentlichungen sind mit seinem Namen verbunden. Auch als Politiker ist Claretie tätig gewesen. Als Korrespondent hatte er an dem Krieg mit Deutschland teilgenommen. Die Katastrophe von Sedan hat er miterlebt. Clareties Hauptleistung ist die Leitung der Comédie gewesen, die besonders in wirtschaftlicher Hinsicht unter ihm gedieh. In künstlerischer Hinsicht war er ein Hüter der Tradition, ohne sich doch dem Neuen grundsätzlich zu verschließen. Seit 1888 war Claretie Mitglied der Akademie. × In Lichterfelde bei Berlin starb Nuschä Butze, ehemals eine Künstlerin von kräftiger Persönlichkeit, die in manchem schon erheblichen Eindruck machen konnte. In den letzten Jahren freilich war sie nur Mitglied des Berliner Königlichen Schauspielhauses. × Die Stadtverordneten von Düsseldorf beschlossen, um das Dumontsche Theater zu halten, einen städtischen Zuschuß von 50 000 Mark an die Düsseldorfer Schauspielhausgesellschaft und einen Zuschuß von je 20 000 Mark auf 3 Jahre zur Erweiterung der Theaterakademie zu einer Bühnenhochschule. Der Plan der Direktion Luise Dumont und Gustav Lindemann nach München überzusiedeln ist daraufhin aufgegeben worden. × Mit dem Sitz in Königsberg ist nach dem Muster des Märkischen Wandertheaters ein Ostdeutsches Wandertheater gegründet worden. × Der Verlag der Zeitschrift Die Neue Kunst

Heinrich F. S. Bachmair in München veranstaltete eine Sondervorstellung von Franz Bleis Schauspiel *Die Welle*, unter der Regie Hugo Balls. × Carl Friedrich Wiegands schweizerisches Volksdrama *Marignano* wurde im Leipziger Neuen Theater aufgeführt. Das Werk ist eingeständenermaßen angeregt durch Hodlers Züricher Wandbild vom Rückzug bei Marignano. Der gewaltige Landsknecht, der am linken Bildrand sich zur Abwehr umwendet, ist der Held des Wiegandschen Dramas. × Am 24. Dezember führte das Stuttgarter Hoftheater zum erstenmal den Florian Geyer Hauptmanns auf. Die Regie hatte Walter Bloem, den Geyer spielte Kurt Junker. × Das Bremer Schauspielhaus brachte Hans Kysers Erziehung zur Liebe zur 1. Aufführung. Am nämlichen Theater erlebte ein Stück von Lily Braun, Mutter Maria, seine Premiere. × Der verschwundene Berliner, eine Berliner Posse von Alfons Fedor Cohn, erhielt den 1000 Mark-Preis, den die Vereinigten Berliner Volksbühnen zusammen mit dem Verlag Oesterheld ausgeschrieben hatten. Ein früheres Stück des Preisträgers, *Der Kulturpalast*, wurde von der Freien Volksbühne vor kurzem aufgeführt. × Die Cinesgesellschaft schrieb einen internationalen Wettbewerb für Kinodramen aus mit Preisen von 25 000, 5000, 2000, 1000 und 500 Lire. Die eingereichten Arbeiten dürfen sich nicht an eine Dichtung anlehnen. × Vor dem Reichsgericht kam die Revision zur Verhandlung, die Dr. Th. Lessing gegen das Urteil eingelegt hat, das ihn zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt hatte, weil er Sudermanns Guten Ruf bereits vor der Veröffentlichung des Werkes in der Schaubühne kritisiert hatte. Das Reichsgericht verwarf die Revision mit der Begründung, daß der Herausgeber der Schaubühne, Siegfried Jacobsohn, zwar als der eigentliche Täter anzusehen sei, wie das auch in seiner Verurteilung zu der doppelten Buße zum Ausdruck gekommen wäre, daß aber Dr. Lessing als der Verfasser des Aufsatzes als Mit-täter gelten müsse. × Der Schutzverband deutscher Schriftsteller erließ eine Veröffentlichung, in der er auf Grund des Plagiatprozesses Meyerfeld gegen Bernauer und Schanzer zu den Ergebnissen kommt, daß unsere Richter den Anschauungen und den Gewohnheiten des literarischen Marktes ungemein fremd

gegenüberstehen, daß sie in gar zu weitgehendem Maß den Sinn des § 13 des Urheberrechts deuten, und daß dieser § 13 dringend nach einer Novelle verlangt.

× Literatur Das amtliche Organ des Deutschen Bühnenvereins, die Deutsche Bühne, die bei Oesterheld in Berlin erscheint, bringt seit kurzem die Spielverzeichnisse der deutschsprachigen Bühnen mit Angabe sämtlicher Rollen, auch der kleinsten, des Spielleiters, Inspizienten und Kapellmeisters, so daß sich ein lückenloser Überblick sowohl über das Repertoire der deutschen Bühnen als auch über die Tätigkeit der darstellenden Künstler und der geistigen Mitarbeiter gewinnen läßt.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

**Trockenlegung der Zuidersee** Durch Beschluß des holländischen Parlaments ist die Trockenlegung der Zuidersee, durch die das Königreich der Niederlande um ein Siebentel seines Landbestands vergrößert werden wird, in Angriff genommen worden. Bereits seit dem Jahr 1892 bemüht sich der jetzige Minister Lely um die Durchführung dieses großzügigen Projekts, durch das von dem Meer das zurückerobert werden soll, was es sich in gewaltigen Sturmfluten in den Jahren 1277 und 1278 geraubt hatte. Zu Caesars Zeiten war die heutige Zuidersee ein größerer Süßwassersee, der Lacus Flevo, der durch eine breite Landbarre von der Nordsee getrennt war. In den beiden ersten Jahrhunderten wurde diese Barre von Sturmfluten zernagt und im 13. Jahrhundert schließlich völlig eingerissen, so daß auf unseren Landkarten der ehemalige Süßwassersee als große Meeresbucht erscheint. Diese Entstehungsgeschichte der Zuidersee läßt das Projekt ihrer Trockenlegung überhaupt erst durchführbar erscheinen.

Die Trockenlegung, zu deren Durchführung ein volles Menschenalter Arbeitszeit erforderlich werden wird, soll sich in der Weise vollziehen, daß zunächst ein großer Damm von Ewijk in Nordholland zur Insel Wieringen und weiter von dieser nach Piaam in Friesland gebaut, und daß dann das gewaltige Wasserbecken von 3139 Quadratkilometer bis auf einen Binnensee von zirka 600 Quadratkilometer ausgepumpt werden wird.

Für den Bau des 40 Kilometer langen Damms werden 6 Jahre gerechnet. Auf dem halben Weg zwischen Friesland und der Insel Wieringen wird zunächst eine künstliche Insel aufgeschüttet werden, so daß der Dammbau an 4 Stellen gleichzeitig begonnen werden kann. Der Damm soll  $5\frac{1}{2}$  Meter hoch, an seiner Basis 9 Meter und an der Krone 2 Meter breit werden. Die innere Böschung wird einen 7 Meter breiten Fahrweg und eine zgleisige Eisenbahn aufnehmen. Zum Schutz des Hauptdamms wird ein niedrigerer Vordamm errichtet werden, an dem sich die Gewalt der Wellen und der Sturmfluten brechen soll. Von dem Gelingen der Dammbauten, die etwa 40 Millionen Mark kosten werden, hängt das Gelingen des ganzen Unternehmens ab. Hier liegt die einzige technische Schwierigkeit; denn eine Sturmflut kann in wenigen Stunden die Arbeit eines ganzen Jahres wieder vernichten, besonders wenn der Damm noch nicht geschlossen ist. Nach Errichtung der neuen Landbarre, die bei Wieringen eine große Schleusenanlage erhalten wird, kann sogleich mit dem Auspumpen der Zuidersee begonnen werden. Die Trockenlegung darf aber nur ganz allmählich weitergeführt werden, um nicht große Gefahren in gesundheitlicher Hinsicht durch Sumpffieber heraufzubeschwören. Man wird deshalb mit der Weiterführung des Auspumpens immer so lange warten müssen, bis das dem Meer abgerungene Land sich mit Pflanzenwuchs bedeckt hat. Deshalb rechnet man für das Auspumpen allein einen Zeitraum von 24 Jahren. Die Kosten für die Trockenlegung werden auf 321 Millionen Mark geschätzt. Diese Summe wird aber kaum verbraucht werden, denn jeder Hektar gewonnenen Landes kann fast sofort nutzbar gemacht werden. Man hofft insgesamt 14 500 Hektar urbaren Landes zu gewinnen mit einem Wert von 3200 Mark für den Hektar. Hieraus erhellt allein schon die immense volkswirtschaftliche Bedeutung des Projekts, die noch weiter dadurch illustriert wird, daß das gewonnene Land 200 000 Menschen Lebensunterhalt bieten wird. Abgesehen von dem zu erhaltenden 600 Quadratkilometer großen Binnensee, in den die Yssel und die anderen Zuflüsse der Zuidersee auch später einmünden werden, wird das wieder gewonnene Land im Interesse der Schifffahrt von einem planmäßig angelegten System schiffbarer Kanäle durchzogen werden. Die freie Verbindung von Amsterdam mit der Nordsee wird durch die Trockenlegung

der Zuidersee nicht behindert werden, und die Binnenschifffahrt Amsterdams auf der Zuidersee wird durch den Schiffsverkehr auf den Kanälen ersetzt werden.

Der hauptsächlichste Nachteil, den das Verschwinden der Zuidersee im Gefolge haben wird, besteht im Fortfall der Anchovisfischerei, die heute einen Ertrag von 5,5 Millionen Mark jährlich liefert. Dieser Ausfall steht aber in gar keinem Verhältnis zu dem Gewinn, den die Urbarmachung des Landes ergeben wird.

×  
**Moorkultur** Die gewaltigen Moorländerien Deutschlands, die noch vor einem Jahrhundert als wertvolle Energiequelle gegolten hatten, haben mit der Verbesserung der Verkehrsmittel ständig an Bedeutung eingebüßt. Bei gleichem Heizwert ist der aus dem Moor gewonnene Torf beinahe 3mal so schwer als die Steinkohle und nimmt etwa 4mal so viel Raum ein als diese. Während also Kohle relativ billig fortgeschafft werden kann, lohnt die Versendung von Torf in unseren Zeiten überhaupt nicht mehr; so daß die Verfeuerung von Torf heute nur noch in unmittelbarer Nachbarschaft der Torfmoore stattfindet. An der Schwierigkeit der Torfbeseitigung und seiner Nutzbarmachung scheiterte aber zugleich auch die Durchführung einer rationellen Moorkultur. Während ein großer Teil des fruchtbaren Holland aus dem öden Moorland erwachsen ist, hegen in Deutschland noch gewaltige Flächen als Ödland da und harren der Urbarmachung. Die Entwicklung der Elektrotechnik schafft allmählich auch hier Wandel, und die Verwandlung der im Torf aufgespeicherten Energie in Elektrizität macht nicht nur die Nutzbarmachung des Torfs für industrielle Zwecke möglich, sondern sie schafft auch die Basis für eine wirkliche Moorkultur. Wird im Torfmoor direkt Elektrizität erzeugt, so fällt die Schwierigkeit des Transports des Brennmaterials fort, indem elektrische Energie weitergeleitet wird, und das Moorelektrizitätswerk befindet sich in analog günstiger Situation wie ein Elektrizitätswerk, das in unmittelbarer Nachbarschaft von Kohlenbergwerken errichtet ist. Aber das Moorelektrizitätswerk leistet mehr als die bloße Energieverwandlung. Das Kohlenkraftwerk verwandelt seine Umgebung durch die Schlacken- und Aschenhalden in Wüsteneien, während das Moorelektrizitätswerk durch die Abtorfung des Moores den Moorboden in Kulturland verwandelt, für

das die Verbrennungsrückstände des Torfs ein wertvolles Auffüll- und Düngematerial bilden. Die Elektrotechnik leistet hier also doppelte Kulturarbeit, und das Elektrizitätswerk im Wiesmoor in Ostfriesland zeigt in einem klassischen Beispiel, was zu erwarten sein wird, wenn in gleicher Weise wie hier auch in anderen Teilen Norddeutschlands rationelle Moorkultur gefördert wird. Die Kultivierung der Moore vollzieht sich nun in folgender Weise: Zunächst muß das Moor entwässert werden, indem man schiffbare Kanäle aushebt, die das durch Dränierungsanlagen abfließende Wasser aufnehmen und zugleich neue Verbindungswege für das zu schaffende Kulturland bieten; sie dienen auch wesentlich dem Torfransport nach den Elektrizitätszentralen. Der beim Ausheben der Kanäle gewonnene Torf liefert gleichzeitig die Energiequelle für die Kanalbauten selbst, da das Herstellen der Kanäle fast ausschließlich durch elektrisch betriebene Baggermaschinen geschieht. Das durch die Kanäle und Dränierungsanlagen genügend entwässerte Moor in der Nachbarschaft der Kanäle wird sogleich unter den Pflug genommen und nach reichlicher Kalkdüngung bestellt. Man kultiviert hier also zunächst auf dem unabgetorften Moor. Die Arbeiten der Moorversuchsanstalt in Bremen haben gezeigt, wie man den Moorboden chemisch und physikalisch behandeln muß, um ihn ertragsfähig zu machen. In dem zirka 6200 Hektar großen Wiesmoor reicht der allein aus den Kanälen ausgehobene Torf auf mindestens 20 Jahre für den Betrieb des Elektrizitätswerks aus. Erst nach der Vollendung der Kanäle werden dann die bereits unter Kultur genommenen Flächen enttorft, denn diese sogenannte Verfehnung ist das Endziel der Moorkultur. Während zunächst bei den Aufschließungsarbeiten eines Moorlands die Torfgewinnung von der Zentrale aus geschieht, natürlich auch auf elektrischem Weg, werden nach Vollendung der Kanalarbeiten die Kolonisten der Moorkulturländereien wegen des gewinnbringenden Absatzes von Torf an das Elektrizitätswerk leicht dazu zu bringen sein die Verfehnung des unter Kultur genommenen Landes selbst durchzuführen. Nachdem der preussische Landtag bedeutende Mittel für die Moorkultivierung ausgeworfen hat, steht zu erwarten, daß die Urbarmachung der Moorkulturländereien, die in Deutschland einen Flächenraum fast so groß wie den von ganz Württemberg

umfassen (zirka 2,3 Millionen Hektar), energischer als bisher fortgeführt werden wird.

× Schlagwetterpfeife ×

Den besten Schutz gegen die folgenschweren Wirkungen der schlagenden Wetter bietet deren rechtzeitiges Erkennen. Gegen Gefahren, die man als solche erkennt, vermag man sich zu schützen, nicht aber gegen solche, die plötzlich und unvermutet auftreten. Nun sollte man allerdings meinen, daß in Steinkohlenbergwerken der Bergmann immer auf das plötzliche Auftreten von schlagenden Wettern gefaßt sein müßte, und daß er demzufolge von vornherein alle Maßnahmen trifft, die deren Explosion verhindern. Zu diesen prophylaktischen Maßnahmen gehört die sorgfältigste Entlüftung aller, auch der abgebauten Strecken eines Kohlenbergwerks und die Ausschaltung jeder offenen Flamme. Die Durchführung dieser Maßnahmen scheidet jedoch an ökonomischen Widerständen und unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten, zum Teil aber auch an dem Mangel an gutem Willen bei den Unternehmern. Auf lange Zeit hinaus wird man sich deshalb mit der Forderung begnügen müssen in allen Schlagwetter führenden Gruben solche Einrichtungen vorzuschreiben, die das Auftreten von schlagenden Wettern sowohl dem arbeitenden Bergmann als auch dem zentralisierten Überwachungsdienst sofort und zuverlässig anzeigen. In dieser Rundschau (1913, 1. Band, pag. 263 f.) sind solche Einrichtungen kurz beschrieben worden. Zu diesen teilweise recht brauchbaren Apparaten ist neuerdings die von Haber und Leiser konstruierte Schlagwetterpfeife hinzutreten, die in ebenso origineller wie zuverlässiger Weise dem Bergmann das Auftreten von explosiblen Gasen anzuzeigen vermag. Das Prinzip dieses Wetterindikators beruht auf der Anwendung der bekannten physikalischen Tatsache, daß eine Pfeife verschiedenen hohe Töne von sich gibt, je nachdem sie mit Luft oder einem andern Gas angeblasen wird. Verwendet man nun gleichzeitig 2 auf den gleichen Ton gestimmte Pfeifen, von denen die eine mit Luft, die andere dagegen mit Luft unter geringer Beimengung eines andern Gases angeblasen wird, so entstehen 2 Töne verschiedener Höhe. Bei geringerer Schwingungsdifferenz treten hierbei Tonschwebungen auf, die bei größerer Differenz in direktes Trillern übergehen. Dieses Prinzip der Schlag-

wetterpfeife ist bereits früher angewandt worden; die allgemeine Einführung scheiterte aber daran, daß man beide Pfeifen gleichzeitig mit der zu untersuchenden Grubenluft und reiner Luft unter Tage anblasen wollte und deshalb einen erheblichen Vorrat reiner Luft mitführen mußte. Gerade diese Schwierigkeit ist von Haber und Leiser in sehr origineller Weise behoben worden. Innerhalb des selben Raums sind 2 gleichgestimmte, gedeckte Pfeifen angeordnet, die von dem gleichen Gasstrom angeblasen werden. An und für sich müßten deshalb auch beide Pfeifen den selben Ton geben. Die Abdeckung beider Pfeifen geschieht nun durch gespannte Glimmermembranen, und zwar in der Weise, daß die Rückseite der Glimmermembrane der einen Pfeife gegen eine Säule reiner Luft, die der andern Pfeife dagegen gegen die Gassäule anliegt, mit der beide Pfeifen angeblasen werden. Die Glimmermembranen schwingen daher auch in einer von dem spezifischen Gewicht der auf ihrer Rückseite anlehenden Gassäule abhängigen Weise beim Anblasen der beiden Pfeifen mit, so daß sich verschiedene Töne ergeben. Enthält die anblasende Luft auch nur 1% Grubengas beigemischt, so treten bereits deutlich hörbare Schwebungen auf; ist der Gehalt an Grubengas so hoch angestiegen, daß in dem Raum, dessen Wettergehalt untersucht werden soll, ein explosives Gasgemisch vorhanden ist, so tritt ein bis auf 100 Meter weit hörbares Trillern auf. Gegenüber anderen Schlagwetterindikatoren hat die Habersche Schlagwetterpfeife aber den großen Nachteil, daß sie die Schlagwetter nicht automatisch anzeigt sondern stets von einer Hand betätigt werden muß; sie ist deshalb auch nur ein in der Hand des kontrollierenden Beamten brauchbares Werkzeug. Der arbeitende Bergmann, der sein vorgeschriebenes Quantum fördern muß, wenn er nicht abgekehrt werden will, wird sich kaum Zeit dazu nehmen in bestimmten Zwischenräumen die Grubenluft auf ihren Schlagwettergehalt zu kontrollieren. Für diesen ist die Davysche, mit Benzin gespeiste Grubenlampe ein weit zuverlässigerer Wetterindikator.

× **Kurze Chronik** Drehstrom s y n c h r o n m o t o r e n v o n 2550 P f e r d e s t ä r k e n D a u e r l e i s t u n g s i n d f ü r d i e R a n d m i n e n i n S ü d a f r i k a v o n

den Siemens-Schuckert-Werken geliefert worden. × Von der türkischen Regierung sind bedeutende Anlagen zur Bewässerung der Ebene von Konia mit 50 000 Hektar und der Ebene von Adana mit rund 500 000 Hektar geschaffen worden. × An unbewachten Eisenbahnübergängen werden jetzt Läutewerke mit Kohlensäureantrieb mit großem Erfolg angewandt, da das Aufziehen der elektrischen Läutewerke besondere Bedienung erfordert und leicht vergessen wird. Eine Flasche flüssiger Kohlensäure von etwa 20 Kilo Inhalt reicht für Monate.

× **Literatur** Über Maße und Messen spricht in der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt Dr. Walter Block. Der Laie, der beim Messen etwa an die Manipulationen eines Schnittwarenhändlers denkt, wenn dieser Kattun vom Stück schneidet, wird verblüfft über die Tatsache sein, daß der Physiker Michelson den Nobelpreis für seine Auswertung des Metermaßes (in Lichtwelleneinheiten) erhielt. In der Aufstellung unserer Maße und der Ausarbeitung der Meßmethoden besteht die wichtigste praktische Arbeit des Physikers. Da eine vollständige Behandlung der physikalischen Maße und Meßmethoden ein Lehrbuch der Experimentalphysik ergeben hätte, so beschränkt sich der Verfasser auf die physikalischen Grundlagen des metrischen und des absoluten Maßsystems. Die Darstellung ist so einfach wie es bei der Schwierigkeit der Materie überhaupt nur möglich ist; immerhin werden zum Verständnis einige physikalische Kenntnisse notwendig sein. Dr. Block hat auch in der, gleichfalls sehr verdienstlichen Sammlung Thomas' Volksbücher /Leipzig, Thomas/ ein Bändchen erscheinen lassen, das die Grundlagen der Photographie betitelt ist. Die Abschnitte über das photographische Objekt und die Photographie in natürlichen Farben sind sehr annehmbare Leistungen vom Standpunkt der populären Darstellung. Auch der Abschnitt über den Positivprozeß ist brauchbar. Die Ausführungen über die Herstellung von Trockenplatten hätten ohne Schaden wegleiben können, ebenso die unzulänglichen Belichtungstabellen. Trotz dieser Ausstellungen kann die Schrift empfohlen werden.